

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Erhalten-Geld beginnt von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für diese Ausgaben: 20 Btg. monatlich, Nr. 2.- vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. Nr. 3.- vorwärts durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Zentraldruck-Veranstaltung Nr. 10, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Würzburg die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Vorkreisen und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Btg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenform; 20 Btg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Btg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Anzeigen; 2 Mt. für auswärtige Anzeigen. — Menge, Farbe, Inhalt und Inhalt, durchlaufene, nach bestimmter Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unerschütterter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechendes Rabatt.

Anzeigen-Aufnahme: Nur die Morgen-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerichteten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr abgenommen.

Samstag 25. Juli 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 341. • 62. Jahrgang.

Der politische Streik in Russland.

Herr Kofowzow, der westeuropäisch gesinnte russische Premierminister, verkündete im vorigen Jahre bei seinem Besuche in Deutschland, daß Russland der inneren Wiedergeburt entgegengehe. Es läßt sich nicht leugnen, daß unter seinem Regime ernsthafte Versuche zur Konsolidierung des Reiches unternommen worden sind. Er setzte es durch, daß die innere Kolonisation unter Mitwirkung von Beratungsbehörden, die sich zum Teil aus Bauern rekrutierten, auf der Grundlage der neuen Agrarverfassung energisch in Angriff genommen wurde. Herr Kofowzow hatte eben den Ehrgeiz, so etwas wie ein liberaler Minister zu sein, und das machte ihn den einflussreichen, reaktionären und streng orthodoxen Kreisen verdächtig, die, wie man jetzt wieder gelegentlich der Rasputin-Affäre erfährt, mit ihrem unheilvollen Einfluß auf Russland lasten. Es dauerte darum nicht lange und Herr Kofowzow mußte dem reaktionären früheren Polizeiminister Goremykin weichen.

Gleichwohl wäre es verfehlt, anzunehmen, daß Kofowzow in der Lage gewesen wäre, Russland wirklich freieren Zuständen entgegenzuführen und eine ruhige Entwicklung des Landes zu gewährleisten. Möglich ist ja, daß er sich selbst über den wahren Zustand seines Landes hinwegtäuschte und vielleicht das Wünschenswerte für das Wirkliche hielt. Unter der Hand aber gelang es ihm, die revolutionäre Kunde weiter. War die Polizei unausgesetzt bemüht, Verdächtige aufzuspüren und sie nach Sibirien oder sonstwohin zu bringen, so vermochte das die Erstarkung der revolutionären Organisation doch in keiner Weise zu hindern. Von der Polizei lernten die Revolutionäre, und ihre stille Arbeit hat offenbar große Erfolge davongetragen.

Mit blutiger Leidenschaft stammte jetzt die Revolution wieder hervor. Darüber täuschte man sich nicht. Was an zensurierten Telegrammen jetzt nach Westeuropa von Russland herüberkommt, das gibt nur einen schwachen Abganz der wahren Lage. Tatsache ist, daß der Generalstreik in Petersburg über 150 000 Personen ergriffen hat; daß Bahn und Post, Verkehr und Beleuchtung vollständig stoden. Die Polizei ist längst machtlos und hat schon bei Beginn des Streiks zur Unterstützung Militär herangezogen. Die Brutalität, mit der man verfuhr hat, zunächst den Ausbruch des Streiks niederzukalten, hat wieder einmal den gegenteiligen Erfolg gehabt. Es war den russischen Machthabern natürlich sehr peinlich, daß im Augenblick, wo der französische Präsident bei ihnen als Gast weilte, die Öffentlichkeit erfährt, wie wenig sicher heute Russland vor schweren inneren Erschütterungen ist. Das mag für die Machthaber maßgebend gewesen sein, daß man den zunächst lokalen Streik einiger tausend Petersburger Arbeiter durch Moskauer um jeden Preis unterdrücken wollte. Aber die Reaktion ist ein schlechtes Friedensinstrument auch für den sozialen Frieden. Das schonungslose und geblühige Vorgehen der Polizei erbitterte die Arbeiterklasse und warf dem Streik über Nacht große Sum-

pathien, und so erfährt man selbst aus den zensurierten Telegrammen, daß Petersburg einem Kriegslager gleich. Die Arbeiter und Revolutionäre haben alles Erreichbare zum Bau von Bunkern verwendet: Telegraphenmasten und Eisenbahn-Schienen; aufgerissenes Straßengpflaster und Wagen sperren den Verkehr und an vielen Stellen sind reguläre Schlachten geschlagen worden. Die Stadt ist ohne Gas und elektrisches Licht, ohne elektrische Bahnen und auch ohne Zeitungen. Das ist die Revolution oder doch ihr sicherer Anfang! Die Geschichte der ersten Revolution beweist, daß man in Russland eine Volksbewegung nicht so leicht im Blute erstickt kann. Die Opfer werben neue Anhänger und jedem Getöteten erzieht mindestens in einem Kameraden ein Räder. Schon jetzt wird der Tod mehrerer Polizisten und Kosaken gemeldet, und wenn auch die Arbeiter größere Verluste haben werden, so steigert sich dadurch doch nur ihre Erbitterung.

Der Streik ist übrigens durchaus nicht lokal auf Petersburg beschränkt. Aus Moskau kommt die Nachricht von Arbeiterunruhen, in Riga wird gestreikt, in Wafu ist die Arbeit niedergelegt worden und alle Zeichen deuten darauf hin, daß der Generalstreik, der Vorläufer russischer Revolutionen, großzügig angelegt und systematisch vorbereitet worden ist.

Außerordentlich interessant ist, daß in diesen Tagen der internationale Austausch der verschiedenen Richtungen der russischen und polnischen Sozialdemokratie in Brüssel getagt hat, um die Einigkeit herzustellen. Nach der ersten Revolution zerfielen bekanntlich die russischen, polnischen und lettischen Sozialdemokraten in unwählige Richtungen, die sich gegenseitig beschiedeten. Der Ausschuss hat eine Entschlieung angenommen, die zur Einigkeit mahnt, die auf einem sobald wie möglich einzuberufenden Kongress endgültig hergestellt werden soll. Die sozialrevolutionären Organisationen in Russland wollen wahrscheinlich bei der kommenden Einigung sich die Herrschaft sichern und die proletarische Bewegung durch den Generalstreik neu beleben. Es kann ihnen natürlich nicht verborgen sein, daß bei den russischen Zuständen ein Generalstreik so gut wie gleichbedeutend mit Revolution ist. Aber vom Blute erhoffen sie wohl den Kitt, der ihre Bewegung künftig fester zusammenhält. Die nächste Zeit wird zeigen, ob die revolutionären Ideen auch wieder in den Köpfen der Intelligenz lebendig geworden sind und ob Heer und Flotte von ihnen abermals erfasst wurden. Dem Panlawismus stört die neue Bewegung am empfindlichsten die politischen Kreise. Die europäische Öffentlichkeit erkennt, daß Russland noch immer der Koloss auf eisernen Rufen ist, und den französischen und panlawistischen Kriegshebern ist wieder einmal gerade zur rechten Zeit ein empfindlicher Dämpfer aufgesetzt worden.

Der Verlauf der Nacht zum Freitag.

++ Petersburg, 24. Juli. Die heutige Nacht verlief ziemlich still, wozu freilich die stärkere Besetzung aller Posten durch Militär, das abends aus Krasnoje Selo eintraf, beitrug. Einige Bunkern, die offen-

bar von früheren Soldaten errichtet worden waren, und mit Drahtgeflecht kunstgerecht zu Hindernissen ausgebaut wurden, wurden zerstört. Im übrigen kam es zu einem Zwischenfall durch eine Weiberschlacht zwischen Arbeiterinnen einer Zigarettenfabrik. Die streikende Hälfte der Arbeiterinnen suchte die andere Hälfte zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen. Während des Kampfes der wütenden Frauen wurde ein Schuttmann schwer verletzt. Auf der Nikolaibahn kam es zu einer kurzen Verkehrsstörung, weil außerhalb der Stadt die Schienen beschädigt waren. Auch der Telephonkabel nach Finnland ist zerschnitten.

Neue Zusammenstöße in Petersburg und Worotta

wb. Petersburg, 24. Juli. In den Vororten Staraja und Derewnja rühten berittene Schutzleute gegen Streikende vor, die mit Steinen warfen und Schüsse abfeuerten. Mehrere Arbeiter wurden verwundet. Im Schlüsselburger Stadtteile richteten die Arbeiter mittags in zwei Gastwirtschaften Verwüstungen an. Bei dem Einschreiten der Polizei wurden mehrere Arbeiter verwundet, einige verhaftet. Gestern nacht fand außerhalb der Stadt eine Arbeiterversammlung statt, woran 8- bis 10 000 Arbeiter teilnahmen.

Die gestrige Zahl der Ausständigen.

wb. Petersburg, 24. Juli. Nach den amtlichen Mitteilungen betrug die Zahl der ausständigen Fabrikarbeiter und Seher gestern 135 000. Ein Teil davon suchte sich zusammenzutrotten und revolutionäre Lieder zu singen, wurde jedoch sofort zerstreut. Pojaken und Schutzleute gaben an einigen Stellen Schüsse gegen offene Fenster ab, aus denen mit Steinen geworfen worden war. Vier Polizeibeamte sind leicht verwundet worden. 61 Personen wurden wegen Ausschreitungen verhaftet. Der Straßenbahnverkehr ist wieder hergestellt. Die Arbeiter versuchten vergebens, an einigen Stellen den Verkehr zu hindern. Bei drei Wagen sind die Fensterscheiben eingeschlagen worden; ein Wagenführer wurde durch einen Steinwurf verletzt.

wb. Wafschau, 24. Juli. Von 50 Fabriken streiken 15 000 Arbeiter.

Abflauen der Streikbewegung.

PTA. Petersburg, 24. Juli. Die Streikbewegung beginnt abzuflauen. Die Mehrzahl der Fabriken, Druckereien und kleinen Betriebe arbeiten aber auch heute nicht. Einige Fabriken wurden auf Anordnung ihrer Verwaltung geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist wieder aufgenommen worden, mit Ausnahme der Vorstadtlinien. Die Arbeiter verhalten sich ruhig. In Riga haben die Fabrik- und Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Eine Kundgebung des vom Kaiser nach Wafu entsandten Generals.

wb. Wafu, 24. Juli. Der vom Kaiser hierher abkommandierte General Generalmajor à la suite Schunkowskij ist hier eingetroffen. Er ließ sofort in Tausenden von Exemplaren gedruckte Kundgebungen in der Stadt und dem Gouvernement Wafu verteilen, in der er belobt, daß er durch weitgehende Vollmachten

Heimisches Naturleben.

Skizzen von Walter Schulte vom Brühl.

LII.

Die Erle.

Wenn ich an einem Bachein, dahinspaziere und seine freundliche Begleiterin, die Erle, sehe, muß ich immer innerlich lachen, denn dieses Gewächs löst eine alte Erinnerung in mir aus. Meine Gedanken hüpfen um mehr als ein Menschenalter zurück; im Geiste sehe ich mich als spitziger, langhaariger Junge, und der schön gewachsene, wohl 15 Meter hohe Erlebaum neben unserm Karpfenteich taucht vor mir auf. Zum Schmerz meines Hösleins kletterte ich daran empor, fast bis zu dem Wipfel, wo die Rinde glatter und praller wurde, und mich mühselig auf einem der dünnen Zweige haltend, begann ich mit scharfem Federmesser eine kunstvolle Tätigkeit. Ich schnitt nämlich in die Rinde meine Initialen und die eines andern Wesens entgegengesetzten Geschlechts — ich habe mich heute noch im Verdacht, daß es die unsereer neuen, wohlgerundeten „Stäbe der Hausfrau“ waren — und umgab das mit dem Contour eines veritablen Herzens. Da die Rinde der feuchtigkeitsliebenden Erle immer sehr saftig ist, löste sich der ausgeschnittene Rindenstreifen leicht, und da der Saft des Baumes eine orangefarbene Färbung annimmt, so hatte das, was ich da eingeschnitten, auch gleich die richtige Liebescouleur und war viel schöner, als wenn ich die Sache nach üblicher Art in die glatte Rinde einer Buche geschnitten hätte. Den profanen Widen verborgen, hoch über der Erde im weispelnden Wipfel, bewahrte der wackere Baum das Geheimnis meines leicht entzündbaren Knabenherzens, und so ist es schon eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn ich der Erle eine kleine feuilletonistische Monographie widme.

Wir haben der heimischen Erlengewächse mehrere. Der Gärtner kennt auch eine Anzahl aus dem Kaukasus oder aus Amerika eingeführter Arten als Fierzeholz. Bodenständig ist in Europa und Asien vor allen unsere an allen Wasserläufen als Strauch oder als wohlgewachsener, aber schwachweiger Baum vorkommende „Schwarzlerle“ (Uler, Ule), so genannt von der Farbe ihrer mit weissen Wärgchen besetzten Rinde, die sich, wie schon gesagt, sehr leicht abschälen läßt, worauf die Schälstellen alsbald, wie auch das geschlagene Holz, eine kräftig orangefarbene Färbung annehmen. Nach dieser Eigenschaft hat die Pflanze auch wohl die Bezeichnung „Kotzerle“. Die leichte Ablösung ihrer Rinde bringt der Erle viel Gefahr. Ich selber bekenne mich schuldig, in meiner Jugend unzählige „Kaldhöerner“ und Nadelstacheln aus abgeschälten Erlendrinde fabriziert zu haben, und sicher hat das häufig das Absterben des so geschundenen Astes oder Stämmchens zur Folge gehabt. Die Schwarzlerle hat keilförmig gerundete, breite Blätter, die an den jungen Trieben fast wie lackiert aussehen und dann klebrig sind, von einem würzig bitterlichen Geschmack; hingegen sind die unserer zweiten Erleart, die nach ihrem weiblichen Stamme genannte Weiß- oder Brauerle, aus der nach der nordischen Mythologie die Frau entstand, spitzer, weichhaarig und niemals klebrig. Diese Erle steigt höher ins Gebirge und geht auch weiter nach Norden. Die Klebrigkeit der Schwarzlerleblätter ist so charakteristisch, daß dies im botanischen Namen des Baumes: *Alnus glutinosa* (glutinosa = zäh, klebrig) zum Ausdruck kommt. Eine dritte, einheimische Erleart ist die Grünerle mit ihren leuchtig grünen, scharf gefägten Blättern. Sie kommt fast nur im Gebirge, hoch bis zur Baumgrenze, vor, ein Strauch mit knieförmigem Gezweige und Genosse der ähnlich gewachsenen „Regelöhre“.

Wenn wir von der Erle sprechen, ist eigentlich immer

unsere Schwarzlerle gemeint, diese treue Begleiterin unserer Bachläufe, wo sie aber oft geküßt und zu Stodauschlägen veranlaßt, gewöhnlich in Buschform vorkommt. Diese ist dekorativer als die lichte, immer etwas spitzige, im Stamm selbst sich nie verzweigende Baumform mit der dünnen, wagrechtigen Ästelung. Das Rummeln des Wachs und der Sang der Nachtigall gehören zu ihr wie das Aroma zum Waldmeister, und so ist sie uns, die Gefährtin der Bachweide, zu einer posticumgebenden Pflanze geworden. Sie ist die eigentliche Charakterpflanze des Bruchwalds. Im Spreewald und in den sumpfigen Niederungen Ostpreußens, zumal am Kurischen Haff, ist ihr eigentliches Reich. Ihr starkes Ausschlagsvermögen und ihre Nachwüchsigkeit machen sie für den Niederrwald mit 20- bis 40jährigem Umtrieb in solchen Gebieten besonders geeignet. Dem Erlebaum aber gönnt man gewöhnlich das biblische Alter: „siebzig Jahre und wenn es hoch kommt, so sind es achtzig Jahre“. Sonderlich wertvoll ist das erst rote, später bräunlich werdende Holz der Erle nicht. Nur im Wasser hält es sich vorzüglich. So wird es denn meist zu Brennholz benutzt oder dient zu Zigarettenstücken milderer Sorten, da das Holz in der Farbe dem der für bessere Stimmstengel verwendeten amerikanischen „Yedrela“ ähnlich ist, doch weniger Saftgefäße, aber ein feiteres Gefüge hat. Auch bei der Holzschuhfabrikation und in der Modellstscherei findet es reiche Verwendung, und wegen seiner schönen Wurzelmaserung wird es zu mancherlei Drechselwaren benutzt.

Die Verwendbarkeit einer Pflanze interessiert einen Naturfreund immer erst in zweiter Linie; die biologischen Verhältnisse erscheinen ihm weit fesselnder, und diese bieten bei der Erle mancherlei Bemerkenswertes. Sie gehört, wie viele unserer wichtigsten Laubbäume, der weitverbreiteten Ordnung der Röhrenblütler an. Je nach Lage und Stand

zu den strengsten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung und Ruhe ermächtigt sei. Nachdem der Oberbefehl über die örtlichen Truppen und die Überleitung über die örtliche Zivilverwaltung übernommen habe, fordere er die Bevölkerung auf, ihn bei seiner Aufgabe zu unterstützen. Die Kundgebung drückt die Überzeugung aus, daß der Erfolg seiner Aufgabe weniger von der Strenge als von der Achtung vor dem Gesetz abhängen und von der Besonnenheit der Streikenden. Die Zahl der Streikenden beträgt 22.000.

Das Einschreiten Oesterreichs gegen Serbien.

Ein Oesterreichischer Kronrat.

Wien, 24. Juli. Hier verlautet, daß Kaiser Franz Joseph am Abend einen Kronrat abhalten wird, an dem die beiden Ministerpräsidenten, der Landwehrminister, sowie der Kriegsminister Ritter Robatsch und der Generalfeldmarschall Graf Söhndorff teilnehmen werden.

Allgemeine Mobilisierung in Oesterreich im Fall der Nichtbefolgung des Ultimatum.

Wien, 24. Juli. (Fig. Drahtbericht) Offiziell wird hier bekanntgegeben, daß, wenn bis morgen Abend 6 Uhr die Forderungen Oesterreich-Ungarns von Serbien nicht erfüllt sind, die allgemeine Mobilisierung in Oesterreich-Ungarn angeordnet wird. Eine Vermittlung der Mächte wird von der Oesterreichischen Regierung im jetzigen Stadium nicht mehr angenommen. Man erklärt, der Streitfall sei eine Angelegenheit, die nur Serbien und Oesterreich-Ungarn etwas angehe.

Oesterreichs Entschlossenheit zum Äußersten.

Wien, 24. Juli. (Fig. Drahtbericht) Zu der Note an Serbien fügt man an hiesiger maßgebender Stelle hinzu: Die Entscheidung liegt bei Serbien allein, denn Oesterreich wird keine Abänderungen seiner Forderungen noch eine Fristverlängerung für die Antwort zugestehen. Wenn Serbien die Note in der gesteckten Frist nicht beantwortet wird, ist der kriegerische Konflikt unvermeidlich. Auf Grund unbedingt zuverlässiger Mitteilungen kann versichert werden, daß man auch an höchster Stelle durchaus gewillt ist, im Notfall bis zum Äußersten zu gehen.

Einberufung Oesterreichischer Reservisten.

Berlin, 24. Juli. (Fig. Drahtbericht) Die Verlautung, hat eine Reihe von in Berlin ansässigen Oesterreichern die telegraphische Aufforderung erhalten, zu ihren Truppenkörpern einzurücken.

Ein Oesterreichischer Ministerrat.

Wien, 24. Juli. Ein unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Sturck heute abgehaltener Ministerrat hat Maßnahmen festgesetzt, die zu treffen sind, falls die serbische Regierung die Forderungen Oesterreichs ablehnen sollte.

Die erklärende Mitteilung der Oesterreichischen Botschafter bei den Großmächten.

Wien, 24. Juli. Die A. O. Botschafter im Deutschen Reich, in Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland und der Türkei sind von ihrer Regierung beauftragt worden, den Inhalt der Oesterreichisch-ungarischen Note an die serbische Regierung zur Kenntnis der Regierung zu bringen, bei der sie beglaubigt sind, und folgendes hinzuzufügen: Am 31. März 1909 hat die Königlich serbische Regierung an Oesterreich-Ungarn eine Erklärung gerichtet, deren Wortlaut oben wiedergegeben ist. Fast einen Tag nach dieser Erklärung hat die Politik Serbiens in Wahn eingeschlagen, die dazu geführt haben, bei den serbischen Staatsangehörigen der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie subversive Ideen zu erwecken, und dadurch die Vorbereitung jener Gebiete von Oesterreich-Ungarn vorzubereiten, die an Serbien angrenzen. Serbien wurde der Herd einer verbrecherischen Agitation; es bildeten sich Vereine und Vereinigungen, die vor aller Welt oder im geheimen dazu bestimmt waren, auf Oesterreichisch-ungarischem Territorium Unruhen hervorzurufen. Diese Vereine und Vereinigungen zählten zu ihren Mitgliedern Generale und Diplomaten, Staatsbeamte und Richter, mit einem Wort, führende Persönlichkeiten der offiziellen und nichtoffiziellen Welt des Königreichs. Die serbische Presse hielt fast vollständig im Dienst dieser gegen Oesterreich-Ungarn gerichteten Propaganda, und kein Tag vergeht, ohne daß die Organe der serbischen Presse ihre Leser zum Haß und zur Verachtung der Nachbar-

monarchie oder zu Attentaten aufreizen und mehr oder minder offen gegen die territoriale Sicherheit der letzteren gerichtet sind. Eine große Anzahl von Agenten ist damit beschäftigt, die Agitation gegen Oesterreich-Ungarn mit allen Mitteln zu fördern und die Jugend der an Serbien angrenzenden Oesterreichisch-ungarischen Gebiete zu verführen. Der Geist der Verschwörung, der die politisierenden Kreise Serbiens beherrscht und der keine blutigen Spuren in den Annalen der serbischen Geschichte hinterlassen hat, ist seit der letzten Balkankrise im Wachsen begriffen. Mitglieder von Bänden, die bisher in Mazedonien Beschäftigung fanden, haben sich der terroristischen Propaganda gegen Oesterreich-Ungarn zur Verfügung gestellt. Die serbische Regierung hat sich nicht bemüht, gegen diese Antriebe, denen Oesterreich-Ungarn seit Jahren ausgesetzt ist, in irgend einer Weise einzuschreiten. Die Königlich serbische Regierung hat so der feierlichen Erklärung vom 31. März 1909 nicht Genüge getan und sich folgergestalt in Widerspruch gesetzt gegenüber Europa und der gegenüber Oesterreich-Ungarn eingegangenen Verpflichtung. Die Langmut, welche die A. O. Regierung der herausfordernden Haltung Serbiens gegenüber beobachtet hat, war darauf zurückzuführen, daß sie sich frei von territorialem Eigennutz wußte und die Hoffnung nicht aufgab, daß die serbische Regierung die Freundschaft Oesterreich-Ungarns schließlich richtig bewerten werde. Die A. O. Regierung hatte geglaubt, daß eine wohlwollende Haltung gegenüber den politischen Interessen Serbiens das Königreich doch am Ende veranlassen werde, eine gleiche Haltung zu beobachten. Oesterreich-Ungarn erwartete eine solche Evolution der politischen Ideen in Serbien, insbesondere in dem Moment, als nach den Ereignissen des Jahres 1912 die A. O. Regierung durch ihre desinteressierte und von jedem Abwettkeln freie Haltung die so bedeutende Vergrößerung Serbiens möglich machte. Das dem Nachbarstaat seitens Oesterreich-Ungarn bekundete Wohlwollen hat jedoch die Vorgangsweise des Königreichs Serbien nicht geändert, das fortfuhr, auf seinem Territorium eine Propaganda zu bilden, deren traurige Folgen am 28. Juni d. J. der ganzen Welt offenbar wurden, an jenem Tage, da der Thronfolger der Monarchie und seine Gemahlin in Belgrad entwandenen Verschwörern zum Opfer fielen. Bei dieser Lage der Dinge hat die A. O. Regierung sich genötigt gesehen, einen neuen und dringenden Schritt in Belgrad zu unternehmen, um solcherart die serbische Regierung dazu zu zwingen, der Bewegung Einhalt zu gebieten, welche die Sicherheit und Integrität Oesterreich-Ungarns bedroht.

Die A. O. Regierung ist überzeugt, indem sie diesen Schritt unternimmt, sich in vollem Einklang mit den Gefühlen aller zivilisierten Nationen zu befinden, die es nicht zugeben können, daß der Königsmord eine Waffe wird, der man sich ungekräft im politischen Kampf bedienen dürfte, und daß der Friede Europas unausgeräumt durch die Antriebe gefährdet würde, die von Belgrad ausgehen.

Zur Unterstützung des Gesandten hält die A. O. Regierung zur Verfügung der Regierung ein Dossier bereit, das über die serbische Propaganda und deren Zusammenhang mit dem Mord am 28. Juni Aufklärung gibt. Eine gleiche Mitteilung ergeht an die A. O. Vertreter bei den übrigen Signatormächten.

Eine Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten.

Warum der Schritt in Belgrad erst jetzt erfolgte. — Die Opposition geht mit der Regierung!

Budapest, 24. Juli. Bei Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte der Ministerpräsident: Der Schritt Oesterreich-Ungarns bedarf keiner Rechtfertigung. Es müßte vielmehr erklärt werden, warum der Schritt erst jetzt erfolgte. Wir wollten abwarten, bis die Untersuchung in Serajewo über gewisse Umstände vollständig Klarheit schafft. Auch wollten wir den Anschein vermeiden, als ob die Leidenschaft oder berechnete Unterstützung uns geleitet haben. Der Schritt wurde vielmehr nach reichlicher Überlegung unternommen und ist keineswegs aggressiv, noch bedeutet er eine Provokation, da wir in der Note nichts anderes fordern, als was Serbien aus natürlicher nachbarlicher Pflicht gewähren muß. Niemand kann uns vorwerfen, daß wir den Krieg suchen. Wir gingen vielmehr bis an die äußerste Grenze der Geduld. (Sehr laut Zustimmung.) In der Überzeugung, daß dieser Schritt durch die Lebensinteressen der Monarchie und der ungarischen Nation gefordert wurde, werden wir die gesamten Konsequenzen tragen. (Allgemeiner stürmischer Beifall, die Mitglieder der Regierungspartei erhoben sich von ihren Sitzen und brachten dem Ministerpräsidenten Ovationen dar.) Graf Andrássy ergriff namens sämtlicher Fraktionen der Opposition das

Wort und erklärte, daß die Beziehungen zu Serbien unhaltbar geworden seien. In dem Maße, als Serbien Erfolge und territoriale Vergrößerungen errungen habe, sei der Haß gegen die Monarchie gewachsen. Andrássy behielt sich die Kritik der auswärtigen Politik vor, er erklärte jedoch, daß in diesem Augenblick die Opposition trotz ihres prinzipiellen Gegenjahres zur Regierung ihre patriotische Pflicht voll und ganz erfülle. Er hoffe, daß das Beispiel für jeden Ungar maßgebend sei. Schließlich ersuchte Andrássy das Haus, sich zu vertagen. Nach einer Pause erklärte der Präsident, daß, falls die auf der Tagesordnung stehende Gesetzesvorlage heute erledigt würde, er keinen neuen Gegenstand auf die Tagesordnung stellen werde.

Die Bestürzung in Belgrad.

Kundgebungen gegen Oesterreich.

Belgrad, 24. Juli. Der Inhalt der Note der Oesterreichisch-ungarischen Regierung hat in hiesigen Regierungskreisen im jetzigen Augenblick wie eine Bombe gewirkt und die größte Bestürzung hervorgerufen. Es fand sofort ein außerordentlicher Ministerrat statt, in dem die Note eingehend besprochen wurde. Aber das Ergebnis der Ministerzusammenkunft wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Auch in der Stadt selbst hat die Oesterreichisch-ungarische Demarche die größte Sensation hervorgerufen. Fast in allen Kaffeehäusern versammelten sich Gruppen, die die augenblickliche Lage erregt besprochen und sich in heftigen Angriffen gegen Oesterreich-Ungarn ergaben. Es kam auch verschiedentlich zu ernstesten Demonstrationen gegen Oesterreich.

Ministerpräsident Pašić doch nach Belgrad zurückgekehrt!

Belgrad, 24. Juli. Wie das „Serbische Preßbureau“ meldet, ist Ministerpräsident Pašić heute früh nach Belgrad zurückgekehrt.

Vorstellungen des Gesandten des Zweibundes wegen der kurzen Frist des Ultimatum.

Wien, 24. Juli. Der russische und französische Gesandte in Belgrad haben beim Oesterreichischen Gesandten Herrn v. Biehl Vorstellungen erhoben wegen der allzu kurz bemessenen Frist des Ultimatum und des verlegenden Tons der Note.

Erste Auffassung auch in Berlin.

Berlin, 24. Juli. Die Oesterreichische Note wurde in Wien vorbereitet und an Serbien abgehandelt, ohne daß man in Berlin sich Rat erbeuten hatte oder die deutsche Regierung auch nur andeutungsweise über Ton und Inhalt der Note zu verständigen. Im hiesigen auswärtigen Amt fanden heute Vormittag, wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, Verhandlungen mit dem serbischen Geschäftsträger und dem Gesandten Griechenlands statt, die auf Ansuchen in der Wilhelmstraße vorgeprochen hatten. Die von Oesterreich eingenommene Haltung gestattete kein Zurückweichen mehr, da dies als eine Schwäche der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie angesehen würde, die dadurch auch viel von ihrem Prestige verlieren würde, so daß ihre Großmachtstellung in Gefahr wäre, ernstlich erschüttert zu werden. Infolgedessen betrachtet man auch hier die Lage als äußerst ernst, wenn man auch zurzeit noch hofft, daß der Konflikt lokalisiert bleiben wird.

Italienische Mahnungen an Serbiens Adresse.

Rom, 24. Juli. Die Wälder sprechen die Erwartung aus, daß Serbien maßvoll und gerecht die Haltung der Monarchie beherzigen und dem ersten Zwischenfall eine verständliche, friedliche Wendung geben werde. Der „Popolo Romano“ schreibt: die Kulturwelt stehe auf der Seite Oesterreich-Ungarns. Die Forderungen der Wiener Kanzlei seien so billig und selbstverständlich, daß Serbien sich ihnen unmöglich entziehen könne.

Die Königskomödie um Ulster.

(Von unserem Londoner Mitarbeiter.)

London, 22. Juli.

Während jeder gute Britte so sorgsam darauf bedacht ist, daß er ja sich selbst regiert und der König ihm in keiner Weise in die Politik hineinredet, geben sich doch manche zur selben Zeit auch wieder gern der Überzeugung hin, daß der Herrscher recht fürsorglich über sie wacht, und dann zuweilen doch seinen Einfluß geltend macht und eine besondere Herrscherweisheit zutage bringt. Tatsächlich geschieht durch seinen direkten Eingriff nichts, in seinem Namen aber alles. So geht es wieder bei der Homerule-Konferenz. Der König berief sie zusammen, — heißt es, und alle wissen —, daß der Premierminister darin wieder nur den König als gefügig-

wird sie, die hin und wieder eine Höhe von 25 Meter erreicht, bei freiem Wachstum mit 12 bis 20 Jahren samenfähig, „unmanbar“, in geschlossenen Beständen viel später. In Trugwaldern vereinzelt, entwickeln sich weibliche und männliche Nadeln während der schönen Jahreszeit, werden aber erst im nächsten Frühjahr reif. Dann reifen sich, ganz ähnlich wie bei unserm Haselstrauch, die männlichen Nadeln zu halbfingerringen, hängenden, schwanken Gebilden, unter deren Schuppen die Nadeln sich hervordrängen und ihren Blütenstaub entladen. Die walzige, fingerringelange weibliche Blüte, zwischen deren Schuppen die roten Narbensäden verlangend hervorlugen, nehmen den reichen Segen auf. Diese Hochzeit findet im Wonnemonat Mai statt. Nach der Befruchtung werden die weiblichen Nadeln zu festen, grünen Nüsschen in Größe eines kleinen Haselnußkerns. Nach und nach verholzen sie und zwischen den Schuppen liegen, ähnlich wie bei den Tannenzapfen, die flachen braunen, rundlich fünfeckigen Samennüsschen, die im Herbst reifen, ausfallen und vom Winde zerstreut werden. Unser lieber, munterer Grünzeisig liebt diese Früchtchen so sehr, daß er vielfach den Namen Erlenzweig erhascht hat. Wie eine Weise an den Zweiglein hängend, sucht er die Nüsschen nach den Samen ab, die ihm gewiß jeder gönnt. Sälmmier ist es mit der Schnabelweide eines kleinen Kerls, des Erlenzüglers, bestellt, eines schwarzen oder pechbraunen Gefelles von 8 Millimeter Länge, mit weißlicher Besäufung, dessen Larven den jungen Erlenzüglern oft großen Schaden zufügen. Erfreulicher, zumal durch seinen Anblick, ist ein anderer der vielen Erlenzüglere, die die ledrigen Jungblätter als gutes Gemüse betrachten. Das ist Freund „Agrosticus Alni“, der Erlenzüglere, nicht größer als jener Käfer, aber von einem drockvollen, dunkelblau- oder violettblauen Glanz. Ich treue mich immer, wenn ich ihn sehe und wenn's ihm schmeckt, was eigentlich stets der Fall ist. Als einen direkt schädlichen Gast betrachtet die Erle aber eine würdige Milbe, die ihr als ein eisriges Einzel-

männchen allerlei Dienste tut. Nachts wimmelt ihre Sippe hurtig auf der Unterseite der Blätter umher, wo Hunderte und Tausende der kleinen Spaltöffnungen deren Atmung ermöglichen. Dort säubert sie alles von Pilzsporen und sonstigem Unrat, fängt, wie einige Forscher meinen, durch ihre Ausscheidung der Pflanze auch Stickstoff zu. Jedemfalls aber macht sie sich so verdient, daß die Erle ihr freundlich eine Unterkunftsgelegenheit gewährt, indem sie ihr in den Winkeln zwischen der Hauptrippe und den Nebentrippen des Blattes winzige Zeltchen aus feinen Härchen, sogenannte Domatien, baut, in denen die Milben, hauptsächlich Vertreter der Gattungen Gamasus und Tetranychus, zur Zeit der Ruhe ein gesichertes Dasein führen und auch ihre Eier ablegen. Diese Symbiose, die übrigens in ähnlicher Form bei vielen Bäumen, zumal bei unserer Linde, wiederkehrt, ist aber nicht die einzige Lebensgemeinschaft, die die Erle eingeht. Auch mit einem Biß hat sie Freundschaft geschlossen. Er lebt in ihrem Wurzelgeflecht, bildet dort, wie man bei Nachgrabungen mühselos entdecken kann, knollenförmige, orangefarbene Auswüchse, die man ebendem für krautartige Wucherungen hielt. Aber hier sammeln freundliche Bakterien Nahrung für den Baum, erleichtern ihm deren Aufnahme und entnehmen ihm dafür selber wieder, was sie gebrauchen. Diese Lebensgemeinschaft zwischen Kleinwigen und höheren Pflanzen ist so verbreitet, daß wenig Bäume nur, wie z. B. unser Föhren und der Walspahnbaum, ohne Beihilfe der Pilze, die in der Regel ein feines Gefäß um die Saugwurzeln legen, existieren können.

Für gewöhnlich sieht man bei uns die Erle nur in vereinzelten Gruppen. Am oberen Welltrichbach und an der Fischzucht ist sie, meines Erinnerns, wader vertreten. In den Tarnbachanlagen steht ein vereinzelter Strauch und schaut von seinem trockenen Standplatz am Walde fröhlich nach dem Bächlein hinüber. Ein paar kolossale Erlen aber fand ich am Waldbrande an der Entenpflanzwiese hinter dem

Keroberg, wo sie sich mit Hochbuchen, ums Licht ringend, gewaltig geredt, dabei aber ihre charakteristische Verzweigung eingebüßt hatten. Mitlos bis zum obersten, dünnen Wipfel standen sie da, kaum kennlich vor den andern Waldbäumen, ihres Schmudes ledig und sozusagen „barfuß“ bis an den Hals. In ihrer Totalität habe ich die Erle einst in einem entlegenen Winkel Ostpreußens kennen, wo an der durch Bruchwiesen sich hinschleichenden Adminge mauerisch in ihrer Einsamkeit die Oberförsterei Idenhock liegt. Stundenweit bin ich dort mit dem gahfreien Oberförster auf der Suche nach den mächtigen Beherrschern dieser Gebiete, den Eichen auf schmalen Dammpfaden durch die Erlensümpfe dahingefahren. Grau haben sich die flechtenbedeckten Stämme, sich spiegelnd, aus den blanken Sümpfen, von den dünnen Moosbäumen des letzten Jahres umstanden. Wälderschwärme bildeten Säulen bis hoch in die Luft, ein Schreialder erhob sich von sumpfiger Wiefe und allenthalben glitzte und schimmerte es im Didicht von den meilenweiten Überflimmungswässern. Dort ist die Erle so recht in ihrem Element, und wenn ich mich besonders schöner und interessanter Charakterwäldungen erinnere, die ich gesehen, so spielen die Erlenswäldungen am Kurischen Haff dabei ihre Rolle.

Aus Kunst und Leben.

Widende Kunst und Musik. Gestern begannen die Theaterfestspiele mit „Der fliegende Holländer“. Allen schmeichelnden Zweifeln, allen Kleinmütigen Beschränkungen zum Trotz ist die Signatur des ersten Festspielgastes: „Ausverkauf“.

Wissenschaft und Technik. In Heidelberg ist der außerordentliche Professor der Zoologie an der dortigen Universität, Dr. phil. Olga Haller im Alter von 66 Jahren gestorben.

ges Werkzeug benutzt hat. Der König begrüßte die Mitglieder und legte ihnen in eindringlichen Worten seinen Wunsch für einen glücklichen Erfolg ans Herz. — und alle wissen, daß der Premier die Worte aufgeföhrt, das Kabinett sie wahrheitsgemäß beraten und der König sie nur pflichtschuldigst ablas. Diese lokale Komödie kann aber auch Schattenseiten haben — für den König. Da erscheint in „seiner“ Rede der Satz: „Der Ruf „Bürgerkrieg“ liegt auf den Lippen der maßgebendsten und maßvollsten Männer meines Volkes“. Das geht auf die Ministerkette, — so will man es wenigstens auffassen. Sie mit solch lebendigen Eigenschaften herauszutreiben, wäre jedenfalls nicht unparteiisch, und der König soll doch nicht anders sein, gar zumal in diesem Augenblick der Friedenskonferenz. Der Ausdruck ist unter den Umständen vielleicht ein bißchen unüberlegt, aber obgleich es alle wissen, „der Premier schreibt's, der König sagt's“, erheben die Radikalen darüber einen lauten Sturm gegen den — Königl. Man redet sich flugs vor, „die Freiheit des Parlaments sei in Gefahr“, und führt dem Monarchen die schon recht abgeleiteten Warnungen zu Gemüt, wie es den Stuartis und anderen englischen Herrschern erging, die den Willen des Volkes nicht achteten. Wie der eigentliche Sünden der „Entgleisung“, der Premier, dazu kam, dem König die gewiß nur artig gemeinten, aber leicht mißverständlichen Worte in den Mund zu legen, wird nicht weiter erörtert. Die Königskomödie der Konferenz muß eben durchgeführt werden, und wie der König dabei das Lob seiner väterlichen Sorge um den Reichsfrieden über sich ergehen lassen muß, so hat er auch gelegentlich für die Versehen seiner Minister als — Prügelknabe aufzukommen.

Die Beratungen der Konferenz begleiten beide Parteipressen mit dem lauten Donner ihrer schwersten Beschüße, und Mitteilungen aus „zuverlässiger“ Quelle. Heute steht das Barometer auf Sturm, morgen vielleicht schon auf Schönwetter. Denn eine Erfolglosigkeit scheint kaum zu gewärtigen. Einmal, hätte Aquith doch kaum den König als die — wenn auch nur scheinbar — handelnde Person vorgeschoben, wenn ein Mißlingen nicht so gut wie ausgeschlossen wäre; zweitens trennt beide Parteien eigentlich nichts mehr, als der Ausschluß einer kleinen Grafschaft; und drittens sprechen alle Parteien vor den Folgen eines Bruchs zurück. Selbst wenn der angebrochte „Bürgerkrieg“ auf nichts hinausläufe, als auf — eine Auflösung des Parlaments, wäre an der irischen Frage wenig geändert. Siegte die Regierung übermäßig, dann könnten einzelne Teile Irlands kaum auf den günstigen Ausschluß rechnen; siegten die Konservativen, so würde eine Boykottierung Homerus den „Bürgerkrieg“ des übrigen Irlands bringen.

Die Someralekonferenz.

London, 24. Juli. Die Someralekonferenz trat heute vormittag 11 Uhr, also eine halbe Stunde früher als an den vorhergehenden Tagen, im Wokinghampalast zusammen. Um 12 Uhr war sie zu Ende. Wie verlautet, erfolgt heute abend die Veröffentlichung über das Ergebnis der Konferenz.

Keine neue Sitzung der Kommission.

London, 24. Juli. Wie amtlich gemeldet wird, hat die Somerale-Konferenz ihre Beratungen beendet. Sie wird nicht von neuem zusammentreten.

Des Königs Bemerkung über den Bürgerkrieg.

London, 23. Juli. Bezüglich der strittigen Auslegung, welche der Passus über den Bürgerkrieg in der Rede des Königs fand, fragte Dalziel im Unterhaus den Premierminister, welche Auslegung er selbst der fraglichen Stelle gab, als die Rede ihm vorgelegt wurde. Aquith antwortete: Reines Gerächts war es nicht beabsichtigt, in den Satz etwas hineinzulegen; man sollte an ihm auch nicht denken, um mehr hineinzulegen, als das, was offensichtlich wahr ist, nämlich, daß die Besorgnis vor dem Bürgerkrieg von weiten Kreisen geteilt und von verantwortlichen denkenden Männern ausgesprochen wurde, wozu ich vielleicht mich selbst rechnen kann. (Widerspruch, Beifall, Gelächter.)

Lloyd George über das Rüstungsfieber.

London, 23. Juli.

Im Laufe der Verhandlungen über die Finanzlage im Unterhaus erklärte Lloyd George zu den Rüstungsausgaben, er glaube nicht, daß die Ausgaben nächstes Jahr wachsen müßten. Weiter sagte Lloyd George, daß nicht nur hier, sondern auch in anderen Ländern Anzeichen dafür vorhanden seien, daß nicht nur die industriellen Klassen, sondern auch die finanziellen Interessen anfangen, beunruhigt zu werden. Er fuhr dann fort: Ich war immer der Ansicht, daß es unmöglich sei, die Rüstungen durch eine rein politische Kritik oder durch einen Appell an die Humanität aufzuhalten. Ich glaube fest, daß dies nur geschehen kann, wenn die großen finanziellen Interessen der Welt wirksam zu werden beginnen. Ich glaube, Sie beginnen jetzt sich zu vergegenwärtigen, was für eine Bedrohung die Rüstungen für das Kapital, das Eigentum, die Industrie und die Wohlfahrt der Welt sind. Außen Chamberlain sagte, diese Sache hänge nicht von uns allein ab. Ich gebe zu, das es sehr schwer ist für eine Nation, diese wirklich schreckliche Entwicklung aufzuhalten. Wir können uns selbst nicht ohne Verteidigung lassen, wenn andere Nationen riesige Summen aufbringen für das, was nicht nur Verteidigungs- sondern auch Angriffswaffe ist. Das ermutigende Symptom, das ich beobachte, ist, daß die Bewegung der Sorge über die Rüstungen international ist und international ist. Ob sie in diesem oder im nächsten Jahre Frucht tragen wird, weiß ich nicht, aber ich bin gewiß, daß ich deutliche Zeichen einer Reaktion in der ganzen Welt sehe.

Beachten Sie einen unserer Nachbarn, mit dem wir vor fünf Jahren viel zu tun hatten; die Beziehungen sind jetzt sehr viel besser.

Da ist nichts von Gemurmel, das Sie besonders in der Presse — ich will nicht sagen dieser beiden großen rivalisierenden Nationen — sondern in der der Großmächte zu hören gemohnt sind. Die Stimmung ist sehr viel besser. Man beginnt sich zu sagen, daß man für die gemeinsamen Zwecke zusammenarbeiten muß und daß die Punkte dieses Zusammenarbeitens größer und wichtiger sind, als die Punkte aller Differenzen. Der Herzog von Wellington bezeichnete im Jahre 1842 die Ausgabe von 15 Millionen Pfund für die Armee und die Flotte als die Voraussetzung für einen Krieg. Europa gibt heute 850 Millionen Pfund jährlich für

die Vorbereitung von Kriegsmaschinen aus. Sollte man annehmen können, daß das Unterhaus das als einen Zustand ansehe, der fort dauern müsse? Ich kann das nicht glauben. Man würde wirklich verzweifeln müssen an dem gesunden Verstand der Nationen, wenn man sich vorstellte, daß dieser Zustand des nicht bewaffneten Friedens sondern der Rüstung, gleichbedeutend ist mit dem Krieg, fort dauern sollte. Sollte nicht die Zivilisation, die zwischen dem Individuum und den kleineren Gemeinschaften ein gesundes und wohlgeordnetes Schiedswesen hervorgebracht hat, im Stande sein, diese Einrichtung auf eine weitere Sphäre von Streitigkeiten unter den Völkern auszu dehnen? Wenn das gelingen sollte, so würde das eine viel bessere Methode sein, Mittel für die soziale Reform aufzubringen, als durch Steuern. Ich schaue vorwärts in die Zeit, wo der Schatzkanzler die Mittel für diese Zwecke nicht lediglich durch eine Steigerung der Lasten aufzubringen braucht, sondern, wo er im Stande ist, zu zeigen, daß der gesunde Verstand unter den Völkern sich selbst hergestellt hat, und daß wir im Stande sind, alle diese riesenhaften Ausgaben, die jetzt durch Kriegspläne aufgelegt sind, zu ersparen. (Beifall.)

Deutsches Reich.

*** Hof- und Personal-Nachrichten.** Prinz Heinrich von Preußen begibt sich nach seinem Aufenthalt im Engadin nach der Insel Wight, um an den Regatten der Cowes-Woche teilzunehmen. Er wird auf seinem Dienstfahrzeug „Garmen“ Wohnung nehmen, das Oberstl. zur See von Rabenau befehligt.

Die Vermählung des Prinzen Oskar von Preußen mit der Gräfin Ina Marie v. Bassow ist für den 28. September auf dem Rittergut Dristow bei Teterow (Medl.-Schwewen) in Aussicht genommen.

*** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ zur Verlobung des Fürsten von Hohenzollern.** Anlässlich der Verlobung des Fürsten Wilhelm von Hohenzollern mit der Prinzessin Adelgunde von Bayern schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, wie uns aus Berlin gemeldet wird: Mit Freude wurde hier die Kunde aufgenommen, von der neuen glückverheißenden Familienverbindung zwischen den beiden zutrüblichen deutschen Fürstenhäusern. Aufrichtige Segenswünsche werden dem schönen Bund des hohen Paars begleitet. Zweimal im Verlaufe des 19. Jahrhunderts traten Hohenzollern und Wittelsbach in Eheverbindung: Die alte Königin Elisabeth von Preußen, die Gemahlin Friedrichs III., war bayerische Prinzessin und Tochter Maximilians I., dessen Enkel Maximilian II. teilte den Thron mit der ihm 1842 angetrauten Prinzessin Marie von Preußen, der Tochter des Prinzen Wilhelm und Bruders Friedrich Wilhelms III. In beiden Ländern steht das Andenken der Königin aus dem befreundeten Stamme in großen Ehren. So erblicken wir in der neuen Verlobung des Hauptes der fürstlichen Linie Hohenzollern mit der Ältesten Tochter König Ludwigs III. die bevorstehende Anknüpfung eines neuen verwandtschaftlichen Bandes zwischen zwei großen bundesfürstlichen Familien im Reich. — Anlässlich der Verlobung im königlichen Hause liegen im Hoflager in Leutfetten zahlreiche Glückwunschkommuniquen ein, darunter vom Kaiser, der Kaiserin, Kaiser Franz Joseph und anderen Fürstlichkeiten.

*** Das neue Gastpflichtgesetz für Lehrer.** Das Gesetz über die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen seiner Beamten vom 1. August 1909 wird auf die Volksschullehrer und Lehrerinnen ausgedehnt. Die preussische Regierung hat bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß der Staat für Lehrer keine Haftung übernehmen könne, daß dies Pflicht der Kommunen sei, die die Volksschulunterhaltungskosten zu tragen hätten; deshalb unterließ 1909 die Unterstellung der Lehrer unter das Gesetz, zumal das Herrenhaus einen Kompromissantrag (Abernahme der Gastpflicht durch die Gemeinden) ablehnte und die Meinung verteilte, nur der Staat könne haften. Als 1912 im Abgeordnetenhause ein neuer Versuch unternommen wurde, beharrte die Regierung auf ihrem Standpunkt. Auf Grund eines freikorporativen Antrages nahm der Landtag aber die Novelle an, wonach das Gastpflichtgesetz einen § 4a erhält, der auch Lehrer und Lehrerinnen eines Schulverbandes dem Gesetz unterstellt. Diese Novelle hat nunmehr die Unterschrift des Königs erhalten und ist somit Gesetz geworden.

*** Ein amtlicher Hinweis auf § 11 des neuen Spionagegesetzes.** Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: „In letzter Zeit mehrfach wahrgenommene Pressenachrichten über die Festnahme von Personen, die sich des Verrats militärischer Geheimnisse schuldig gemacht haben, lassen einen Hinweis auf den § 11 des neuen Spionagegesetzes vom 8. Juni 1914 angezogen erscheinen. Hierin ist unter gewissen Einschränkungen jede Veröffentlichung über Verhöre gegen dieses Gesetz unter Strafe gestellt, sofern nicht die Behörde, welche die Ermittlungen leitet, die Erlaubnis erteilt hat, den in Frage kommenden Fall in die Öffentlichkeit zu bringen.“

*** Ein Abschließungsversuch von Herzoglichen Wäldern in Braunschweig.** Nach dem mißglückten Versuch der Absperrung des Großklostergebäudes wird jetzt ein Abschließungsversuch aus Draunhweig gemeldet: Dort ist durch eine Verfügung der Herzoglichen Forstbehörde den Arbeiterkindern, welche in diesen Ferientagen Ausflüge in die benachbarten Wälder unternahmen, das Spielen und Kummeln im Walde verboten worden. Es handelt sich um Ausflüge, die unter der Oberleitung der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei schon seit mehreren Jahren während der Ferien unternommen wurden, um die Kinder, denen eine Reise in die Sommerfrische infolge der finanziellen Verhältnisse ihrer Eltern nicht vergönnt ist, aus den engen Straßen der Draunhweiger Altstadt, in denen jetzt der Staub und die Hitze brüht, hinaus zu führen in die Natur, mit ihnen dort unter Aufsicht von Erwachsenen Spiele zu veranstalten und Speise und Trank zu verabfolgen. Diese Veranstaltungen erfreuten sich nicht nur der lebhaftesten Anteilnahme der Kinder, sondern auch der Unterstützung solcher Kreise, die politisch keineswegs zur Sozialdemokratie gehören, in diesen Ausflügen aber ein menschlich freundliches Werk sahen, das der Unterstützung und der Förderung wert ist. Man befindet sich, daß diese behördliche Anordnung nur der erste Schritt für weitere Waldverbote auch im Harz sein wird, ähnlich wie man es in Thüringen erlebt hat.

*** Suspendierung der Waffenverbindungen an der Karlsruher Hochschule.** Der Senat der Technischen Hochschule in Karlsruhe hat in seiner Sitzung vom 22. Juli beschlossen, die 14 dem sog. Waffering angehörigen bezw. angegliederten Korporationen bis Weihnachten oder bis zur Zurücknahme der

Briefe vom 6. Juli zu suspendieren wegen Störung des Friedens unter der Studentenschaft und wegen Missollen Verhältnissen gegen den Senat, darin bestehend, daß drei Vertrauens erklörungen, die der Waffering auf Veranlassung des Senats zurückgenommen hatte, einige Tage später gleichlautend von den Einzelkorporationen erneuert wurden.

*** Krieg — Geschäftsverluste — Selbstmordstatistik.** Zahlen reden eine beredte Sprache. Gegen das im Frieden liegende Jahr 1912 ist in dem Kriegsjahre 1913 allein unter den Versicherten der Alten Leipziger Lebensversicherung die Zahl der Selbsttötungen (herzlos Selbstmord genannt) wegen geschäftlicher Verluste um 111,76 Prozent gestiegen, während die Selbsttötungen aus anderen Gründen in beiden Jahren die gleichen oder fast gleichen Zahlen aufwiesen. In der Zeit des Friedens und der Entspannung, vom 1. Januar bis heute, dagegen ist die Zahl der Selbsttötungen aus geschäftlichen Bedrängnissen wiederum in merklichem Annehmen begriffen.

*** Eine Tagung der Ärzte und Führer der Sanitätskolonnen.** In den Tagen vom 23. bis 28. Juli findet in Heidelberg die 12. Tagung der Ärzte und Führer der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz statt, zu der mehrere Tausend Angehörige der Sanitätskolonnen aus ganz Deutschland dort eingetroffen sind. Die Tagung wurde gestern durch ein Festbankett eröffnet, während heute und morgen sechs größere Referate gehalten werden. Die Stadt gibt zu Ehren der Teilnehmer am Freitagabend ein Schloßfest. Am Sonntagabend findet Schloßbeleuchtung am Sonntagabend ein Stadtgartenfest statt. Montag und Dienstag machen die Kongressbesucher Ausflüge nach Bad Dürkheim, bezw. Baden-Baden.

*** Rentengutszwischenkredit.** Seit dem Jahre 1900 sind bis jetzt zum Zwecke der Errichtung von Rentengütern staatlich-rechts am Zwischenschreiben 82 801 438 M. gewährt und 88 551 298 M. zugesichert worden. Zurückgezahlt wurden bis jetzt 48 891 000 M.

Rechtspflege und Verwaltung.

Die Folge eines Sensationsprozesses. Landgerichtsrat Schlichting vom Landgericht Berlin I hat seine Entlassung aus dem Staatsdienst genommen und seine Zulassung als Rechtsanwalt beim Kammergericht beantragt. Schlichting war der Vorsitzende in dem Schwurgerichtsprozess gegen die wegen Mordes angeklagte Kontoristin Hedwig Müller. Sein angeblich zu enge genommene Verhalten in diesem Prozess wurde im Abgeordnetenhause von dem Zentrumskoordinierten Bell kritisiert. Diese Kritik war, wie sich herausstellte, durchaus unberechtigt. Trotzdem geht man wohl nicht fehl, wenn man das Ausscheiden aus dem Justizdienst auf diese Angelegenheit zurückführt.

Parlamentarisches.

Das Fideikommissgesetz. Der 17. Ausschuss des Abgeordnetenhauses (Fideikommissgesetz) setzte gestern nachmittag den Bericht nach den Beschlüssen der ersten Lesung fest. Im Anschließ hieran wurde nochmals die Frage der Festigung des bauerlichen Besitzes erörtert. Das Zentrum macht von der Lösung der Frage seine Zustimmung zu dem Fideikommissgesetz abhängig. Anknüpfend an die zu Beginn der ersten Lesung vom Justizminister im Einvernehmen mit dem Landwirtschaftsminister abgegebene Erklärung, daß die Lösung der Frage der Festigung des bauerlichen Besitzes wohl nur durch Schaffung eines gebundenen Anerbenrechtes durchführbar sein dürfte, das dem vorliegenden Gesetz als neuer Abschnitt eingefügt werden könnte, wurde aus dem Ausschuss angeregt, das im Justizministerium zu sammelnde einschlägige Material bis zum Herbst in Form einer Denkschrift vorzulegen. Die Regierung, die schon früher die Einbringung der Ergänzungsbestimmungen bis zum Herbst als undurchführbar bezeichnet hatte, ließ erklären, auch die Denkschrift werde kaum bis zum Beginn der zweiten Lesung abgeschlossen sein können, wohl aber werde sich bis dahin ermöglichen lassen, eine Übersicht über die für den bauerlichen Besitz maßgebenden Provinzialgesetze vorzulegen. Die zweite Lesung beginnt am 6. Oktober.

Kirche und Bildungswesen.

Ein Ministerialerlaß über Schulüberhebung. Der preussische Kultusminister hat jetzt, wie der Geschäftsführer des Preussischen Städtetages den Mitgliedern des Städtetages durch Rundschreiben mitteilt, in einem neuen Erlaß die Frage geregelt, wie beim Übergang eines Schülers einer mittleren Schule auf die gleiche Schule einer anderen Gemeinde das Schulgeld erhoben werden soll. Der Erlaß des Kultusministers besagt: Wie mir mitgeteilt ist, haben sich bei der Anwendung des Erlasses vom 7. August d. J. betreffend die Grundsätze über die Schulüberhebung bei dem Übergang eines Schülers von einer mittleren Schule in eine andere, Schwierigkeiten in dem Maße ergeben, daß das Schulgeld in der ersten Anstalt zwar fällig, aber vor Übergang des Schülers auf die zweite Anstalt nicht tatsächlich gezahlt worden war. Zur Behebung dieser Schwierigkeiten veranlasse ich die königliche Regierung in Ergänzung des gedachten Erlasses, im Verwaltungswege dahin zu wirken, daß das Schulgeld ohne Rücksicht auf die tatsächliche Zahlung derjenigen Anstalt verbleibt, die der Schüler in der Zahlungsperiode zuerst besucht hat, wobei ein Fehlen wegen Krankheit oder auf Grund eines Dispenses dem Besuch gleich zu erachten ist. Als Zahlungsperiode kommt das Vierteljahr oder der Monat in Betracht, je nachdem das Schulgeld vierteljährlich oder monatlich erhoben wird. Wenn bei den beiden Schulen verschiedene Zahlungsperioden gelten, so hat das Schulgeld der ersten Schule im Anfange der bei ihr gültigen Zahlungsperiode zu verbleiben. Mehrere preussische Städte waren in dieser Angelegenheit an den Vorstand des Preussischen Städtetages wegen einer einheitlichen Behandlung der Angelegenheit durch die Städte herantreteten. Mit Bezug auf den neuen Erlaß des Kultusministeriums hat der Vorstand des Preussischen Städtetages beschlossen, die Befolgung dieser Erlasse auch in den städtischen Schulen den Mitgliederstädten im Interesse einer einheitlichen Behandlung der Frage nachzulegen.

Die neue Agenda in Baden. Die evangelische General-Synode in Karlsruhe hat in ihrer gestrigen Sitzung dem von dem Oberkirchenrat vorgelegten Entwurf eines neuen Kirchenbuchs beraten. Der Entwurf war veranlaßt durch den Beschluß der Synode von 1909, daß das derzeitige Kirchenbuch nach der sprachlichen und inhaltlichen Seite modernisiert bezw. erweitert werden solle, und daß für Laute und Konfirmation Parallelformulare mit einem anderen, als dem apostolischen Glaubensbekenntnis geschaffen werden sollen. Der Agendamentwurf ist im allgemeinen, abgesehen

macht wurden. Solche Kartoffeln können aber nicht ausgereift sein; sie enthalten wenig Stärkemehl und werden beim Kochen nicht weich, placken nicht, sind wässrig, schlüffig und unerd...

Für Automobilisten. Gesperet ist bis zum 5. August der untere Teil der Ortstraße „Langgasse“ in Kirberg, der im Zug der Bezirkstraße Limburg-Wiesbaden gelegen ist. Neugedeckt wird die Bezirkstraße zwischen Freilingen und Hohenbach bei Kilometer 91,8; die Arbeiten werden voraussichtlich bis zum 30. Juli dauern.

Keine Notizen. Das nachts hier aufgegriffene geisteschwache Mädchen, das angeb. aus Viehrich zu sein, wurde als die Tochter einer Familie in Mainz erkannt. — Zu dem Hausverkauf „Sohns-Mahr“ (siehe Morgen-Ausgabe Nr. 339) sei bemerkt, daß derselbe durch die Agentur Daniel Kahn vermittelt wurde.

Aus dem Vereinsleben.

Dorberichte, Vereinsversammlungen.

Der Wiesbadener Unterstufungsbund (Stierbelle) hält heute Samstagabend 8 1/2 Uhr im unteren Saale des Vereins, Luisenstraße 29, seine 2. ordentliche Versammlung ab.

Der Männergesangsverein „Eckend“ hält am Sonntag, den 28. Juli, auf der Neuen Adolfshöhe (Wesber Neudünen) sein 3. Stiftungsfest ab.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Nambach, 24. Juli. Der Militärschießplatz bei Nambach wird in der Zeit vom 30. Juli bis einschl. 5. August zum geschäftsmäßigen Schießschießen benutzt. Geschossen wird von 9 Uhr morgens bis zum Dunkelwerden. Die Urliste der in der Gemeinde Nambach wohnhaften Personen, welche zu dem Amte eines Schützen oder Geschworenen berufen werden können, liegt in der Zeit vom 24. Juli bis 1. August zur Einsicht offen. — Die Tücherarbeiten in der hiesigen alten Schule wurden im Submissionswege vergeben. Höchstfordernde war Ludw. Schäfer mit 257,90 Mark, Mindestfordernde H. u. W. B. Adber mit 155,12 Mark. In Betracht kommen 4 Lehrjule und das Stiegenhaus.

Frauenstein, 23. Juli. Der hiesige „Männergesangsverein“, der in diesem Jahre von der Beteiligung an einem Wettstreit abgesehen hatte, unternimmt statt dessen nächsten Sonntag eine Rheinfahrt nach Koblenz, Ehrenbreitstein, Kloster Arenberg.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Winkel, 23. Juli. Die hiesige Einwohnerschaft beklagt das Fehlen einer Verbindung mit dem gegenüberliegenden Strandbad Frei-Weinheim. Wer nicht im Besitze eines eigenen Bootes ist, hat das zweifelhafte Vergnügen, in Mittelheim mit dem Motorboot überzusetzen und den Wärdnerpreis von 20 Pf. für die einfache Fahrt zu zahlen. Abhilfe läßt dringend not.

Rüdesheim a. Rh., 23. Juli. Einer großen Beliebtheit erfreuen sich die Diners auf der Rosengarten-Terrasse des „Darmstädter Hofes“ hier. Heute nahmen an dem Rosengarten-Diner 120 Offiziere und Fahrgäste der Kriegsschule in Engers teil, die nach frühlichem Nacht den Domplatz zur Heimfahrt benutzten.

Oberlahnkain, 24. Juli. Der 21jährige Bernhard Wolf, Sohn der Witwe Wolf hier, ist nicht erkrankt, sondern lebt noch. Von ihm am Bahnufer zurückgelassene Kleider, die von Kindern an den Strand verschleppt worden waren, gaben zu dem Glauben Anlaß, B. habe sich ein Leid angetan.

Strens, Trinitatis, 24. Juli. Nächsten Sonntag begehen Schmiedemeister Gerhardt und Frau hierseits das goldene Hochzeitsfest in geistiger und fortpflanzender Gemütsstimmung.

Frankfurt a. M., 24. Juli. Prinz Heinrich hat von Kiel der Kamille des verstorbenen Stadtverordneten Adolf Jung folgendes Telegramm geschickt: „Anlässlich des Hinscheidens des verdienten Oberbürgermeisters Adolf Jung spreche ich der Kamille mein herzlichstes Beileid aus.“

Thalheim, 22. Juli. Herr cand. rer. polit. Gg. Schneider von hier bestand bei der staatswissenschaftlichen Abteilung der Universität Erlangen sein Examen in Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik und promovierte zum Doktor der Staatswissenschaft mit der Note „mit“. Das Thema der schriftlichen Abhandlung lautete: „Eine volkswirtschaftliche Studie über die Landwirtschaft des Westerrwaldes. Ihre Entwicklung und heutigen Stand.“

Vom Westerrwald, 22. Juli. Die Heuernte, die nun bis auf die einschüßigen Wiesen des hohen Westerrwaldes beendet ist, wird als gut bezeichnet. Zwar waren die feinen Gräser infolge des kalten Vorwinters zurückgeblieben, dafür konnte aber das Heu so gut eingetrocknet werden, wie seit Jahren nicht. Auch die Menge befriedigt. Im westlichen Westerrwald hat der Heubestand begonnen, im westlichen Westerrwald bereits 100 Waggons verladen; auf dem oberen Westerrwald der sein überschüssiges Heu meist in die Rheinebene (Schäfer Heuberge) verkauft. In der Verladung später. Die Preise sind niedrig, es wurden 100 und 2 M bezahlt.

Hilfenburg, 23. Juli. Wegen massenhaften Auftretens der Aoblwieklinge sieht sich der hiesige Obst- und Gartenbauverein veranlaßt, eine Fangprämie von 15 Pf. für 100 Stück auszusetzen.

Oberfeld (Mittelkreis), 24. Juli. Steiger a. D. Stahl hierseits erhielt das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens.

Regierungsbezirk Kassel.

Marburg, 23. Juli. Der seit dem Wintersemester 1912 an der hiesigen Universität wirkende Privatdozent der neueren Geschichte, Dr. phil. Willi Andreas, nahm einen an ihn ergangenen Ruf als außerordentlicher Professor an die Technische Hochschule in seiner Heimatstadt Korbstraße an.

Marburg, 24. Juli. In dem Dorfe Caldern wurde gestern Abend die 10jährige Marparcete Damm von einem Sandstreicher vergewaltigt. Sie ist an den Folgen gestorben. Der Täter wurde verhaftet.

Gerichtssaal.

Ein Pfarrer wegen Erpressung verurteilt.

sh. Heidelberg, 23. Juli. Mit einem seltenen Fall hatte sich die Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu befassen, vor der sich der 53jährige katholische Pfarrer Heinrich Geiler von Mühlhausen wegen Erpressung zu verantworten hatte. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Ein Otonom namens Haffel, der in der Pfarrgemeinde des Angeklagten wohnte, war Eigentümer eines an das Kirchengut grenzenden Grundstücks. Es sollte nun sowohl der Kirchenbau als vergrößert und der Weg zwischen Pfarrhaus und Kirche vergrößert werden, und dazu wurde ein kleiner Teil des Haffelschen Grundbesitzes benötigt. Der inzwischen verstorbene Haffel soll nun nach Ansicht des Pfarrers das bindende Versprechen gegeben haben — und zwar in Gegenwart von Zeugen und

außerdem mit Handschlag auf dem Sterbebett —, die benötigten Grundstücksstreifen der Kirchengemeinde schenktweise zu überlassen. Nach dem Tod Haffels weigerten sich nun dessen Witwe, sowie seine Kinder, die Gelände streifen herauszugeben, denn Haffel habe ein derartiges Versprechen niemals gegeben. Pfarrer Geiler schrieb nun an die Witwe einen Brief, in welchem er erklärte, vor dem Gesetz seien zwar die fraglichen Bestreife ihr bezug. ihrer Kinder unbefreitbares Eigentum, aber sie seien durch ihr Gewissen gezwungen, das der Kirche zugedachte Geschenk dieser auch zukommen zu lassen, zumal der Verstorbene ihm ausdrücklich erklärt habe, er hätte mit seiner Frau und seinen Kindern bereits alles vereinbart und die Abtretung der Grundstücke ohne Anstand erfolgen. Der letzte Wille eines Verstorbenen müsse geachtet werden; von dieser Verpflichtung könne nur durch den Papst eine Dispens erfolgen. Da sich aber die Witwe und ihre Kinder auch jetzt noch weigerten, in die Grundabtretung einzuwilligen, schrieb der Pfarrer einen neuen Brief, in welchem er erklärte, sie und ihre Kinder würden weder von ihm, noch von einem anderen Geistlichen je wieder zur Reichte zugelassen werden. Daraufhin stellte die Witwe Haffel Klage, die auch wegen verletzter Erpressung gegen Pfarrer Geiler erhoben wurde. Der Angeklagte bestritt in der Verhandlung jede Absicht, eine Erpressung versucht zu haben; nach seiner festen Überzeugung sei die Witwe Haffel zur Abtretung verpflichtet. Auch die verstellte Drohung in dem zweiten Brief, daß die Witwe Haffel bei der Vergebung der Schutzabfuhrarbeiten beim Kirchenbau nicht verdienen, und so zum Gespött ihrer Bekannten werden würde, will er für durchaus berechtigt angesehen haben; dem Umstand, daß auch der Sohn und eine Tochter Haffels nicht von der angeklagten beabsichtigten Schenkung ihres Vaters wußten, maß der Angeklagte keine große Bedeutung bei. Ein als Sachverständiger vernommener Pfarrer aus Mannheim erklärte zwar, theoretisch habe das Verlangen des Angeklagten nicht gegen die kirchliche Moral verstoßen, aber die Art und Weise, wie Pfarrer Geiler den Willen des Verstorbenen zur Schenkung feststellte, könne er nicht gutheißen. Nach dem Antrag des Staatsanwalts wurde der Angeklagte zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

we. Ein schwerer Junge. Vor der Strafkammer erschien gestern mit Fesseln und Ketten an Händen und Füßen, von zwei heftigen Werdarmen eskortiert, der im Jahre 1879 in Lital in der Provinz Krain in Österreich geborene frühere Metzger, nachherige Tagelöhner Johann Tomjic. Tomjic befindet sich heute in der Strafanstalt Marienschloß bei Tuzbach, wo er noch 10 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hat, ferner ist er zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, ohne daß dieses Urteil indes die Rechtskraft erlangt hätte. Es handelt sich bei ihm um einen berüchtigten Ein- und Ausbrecher. In Marienschloß hat man eine besondere Zelle für ihn einrichten müssen, weil gewöhnliche Zellen keine genügende Sicherheit boten. Anfangs Dezember war es ihm gelungen, während des Transports von Tuzbach zu einem Gerichtstermin dadurch zu entkommen, daß er aus einem in voller Fahrt begriffenen Zug heraussprang. Es fehlte ihm die Kleidung, welche nötig war, um sich der Verfolgung der Behörde zu entziehen. Da schlich er sich denn zunächst während der Nacht vom 6. zum 7. Dezember in eine Mühle ein und entwendete dort einen Hack sowie ein Bettuch, letzteres, um sich anständig zu kleiden, und in seinem Logis bei Mutter Grün zudecken zu können. Kurz darauf zertrümmerte er in einer Wirtschaft eine Fensterscheibe, hob eine Fensterjalousie hoch, stieg ein und stahl außer einem Quantum Wurst, sowie einigen Brötchen ein Schlachtmesser, letzteres seiner Angabe nach lediglich zu dem Zweck, damit die Wurst zu zerschneiden. Das Messer, welches man später bei ihm vorfand, wurde an ihm zum Verräter. Die Strafkammer verhängte wegen schweren und einfachen Diebstahls 3 Monate 2 Wochen Gefängnis über ihn.

FC. Tierquälerei. Drei Fuhrleute, denen man für die Folge besser keine Pferde oder sonstige Haustiere anvertrauen sollte, standen vor dem Wiesbadener Schöffengericht. Der Fuhrmann Eismüller glaubte, sein Pferd, das nach seinen Angaben sich störrisch zeigte, durch übermäßige Schläge, zu einem lammtrinken Tier machen zu sollen. Dem Fuhrmann Klärner, dessen ohne Aussicht stehendes Pferd durchgängig, hatte sein Tier zur Strafe dafür die außerordentlich heile Geisbergstraße unter fortgesetztem Einschlagen im Galopp hinaufgetrieben. Ebenfalls auf einer heilen Strafe machte sich der Fuhrmann Emil Forst der Tierquälerei schuldig. Er lehnte jegliches Vorspann ab und schlug unbarbarisch auf das eine seiner Pferde, das gefallen war, ein. Mit den verhältnismäßig geringen Strafen von je 20 M. für Eismüller und Forst und 15 M. für Klärner schickten die Schöffen die Fuhrleute nach Hause.

wb. Paris, 24. Juli. Das Rancier Kriegsgericht hat den Infanteriehauptmann Louis, der seine Frau im vorigen Monat wegen ihres ehebrecherischen Treibens erschossen hatte, freigesprochen.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen zu Comblanc, 24. Juli. Prix du Puits du Roi. 2000 Franken. 1. Quotiers Révar (B. Heub), 2. Bidpoquet, 3. Rintz, 4. Ferner liefen: Arbirot, Saint Mac, Rogana, Marche, Valmy, 5. Sumpst, Boule de Raige, Cornelia. 29:10; 15, 15, 31:10. — Prix des Etangs. 2000 Franken. 1. Comie Th. d'Orsetti's Neuf de Trêfle (Rouppel), 2. Boretto, 3. Waldmann. Ferner lief: Immortel 2, 26:10; 15, 13:10. — Prix de la Société des Steeple-Chases de France. 1500 Franken. 1. Olympe Prévostant (Legrand), 2. Bona Bellum 2, 3. Wremont. Ferner lief: Le Grand Chmrs. 70:10; 29, 14:10. — Prix de la Forte Poie. 2500 Franken. 1. Champions Saint Potin (Rouppel), 2. Cantinier 2, 3. Capricieux. Ferner lief: Kurnenaf. 16:10; 15, 34:10. — Prix des Futaies. 3500 Franken. 1. Comie D. de Cambacères Rector 5 (Du Jardin), 2. Le Syprou, 3. Biemeneu 4. Ferner liefen: Médiateur, Bruleur 2, Im Blackwood, Orellana, Le Blason, Gino, Francouer, La Bache, Westron. 107:10; 50, 50, 51:10. — Prix du Vioire. 1500 Franken. 1. de Nij de Nemessers Ulmoite (M. Marx), 2. Grand Duc 4. Ferner liefen: Cautelets 2, Revetur 3. 35:10; 20, 20:10.

Die französische Adrachtsfahrt brachte in der 13., 325 Kilometer langen Etappe, Veliort-Langon, welche noch von 46 Fahrern bestritten wurde, Francaise Faber einen Sieg. Der Luxemburger siegte in 10 Stunden 30 Min. mit 4 Min. Vorsprung vor dem Franzosen Pelissier, der Alavoine, Zbas, Hossius und Libergibien im Endspurt schlug. Deutsche Turnerschaft. Für seine Verdienste um das vorjährige deutsche Turnfest, wurde dem Leipziger Oberbürgermeister Dittich von dem Vorsitzenden der Turner-

kast, Geh. Sanitätsrat Göb, die Ehrenurkunde der Deutschen Turnerschaft im Leipziger Rathaus überreicht.

Eine Erklärung der „Delag“. Frankfurt a. M., 23. Juli. Von der „Delag“ geht uns folgende Erklärung zu: Ein Teil der deutschen Presse brachte dieser Tage eine Notiz aus einem Gladbacher Blatte, bezugnehmend auf den Delagluftschiff „Victoria Luise“ Jahrgänge von einem Beamten mit Namen Klein auf Englisch angesprochen worden seien; es werden hieron Erörterungen geführt, die offenbar die Tendenz haben, glauben zu machen, daß auf den Luftschiffen der „Delag“ prinzipiell Englisch gesprochen werde. Jeder, der die „Delag“, ihre Ziele und Bemerkungen ohne weiteres durchschauen. Tatsächlich handelt es sich um einen Luftschiff-Kellner, der, offenbar aus Versehen, einzelne deutsche Passagiere in einem zu neuem Behälter mit Engländern besetzten Schiffe für Engländer hielt, ein sehr erklärlicher Verstoß bei Berücksichtigung der — leider — festgestellten Tatsache, daß die Anzahl der an den Fahrten der „Delag“ teilnehmenden Ausländer unverhältnismäßig größer ist, als die der Inländer. Es ist auch darauf hinzuweisen, daß sehr oft nur Amerikaner oder Engländer die Passagierkabine füllen, ja das ganze Schiff chartern, in welchen Fällen notwendigerweise auch von unieren Angeleiteten Englisch gesprochen wird. Ubrigens ist an keiner der leitenden Stellen irgend etwas von einer Beschränkung jener Gladbacher Herren über die angebliche hartnäckige Verweigerung des Gebrauches der deutschen Sprache seitens des „Ritters Klein“ bekannt; es würde eine solche keinesfalls geduldet oder gutgeheißen werden. Es ist auch nicht richtig, daß die Passagiere in englischer Sprache aufgerufen werden; solcher Aufruf geschieht überhaupt nicht.

Landung französischer Flüchtlinge in Niederbayern. Bei Osterhofen in Niederbayern sind am 22. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, zwei französische Flüchtlinge gelandet. Der Apparat wurde bei seiner wegen Benzinmangel nötigen Landung schwer beschädigt. Die Flüchtlinge waren um 5 Uhr morgens in Paris aufgestiegen und wollten nachmittags 4 Uhr in Wien eintreffen, um eine Bette von 30 000 Kranken zu gewinnen.

Neues aus aller Welt.

Beim Baden ertrunken. Würzburg, 23. Juli. Beim Baden im Main ertranken in Unterfranken in den letzten Tagen vier Personen. — München, 23. Juli. Der Benediktinerprior Soager ertrank beim Baden im Ammersee infolge eines Hitzschlages.

Eine Wachtpostentragedie. Hall (Tirol), 23. Juli. Infolge großer Hitze schloß der Wachtposten des Militärmagazins in Hall (Tirol) auf seinem Posten gestern nachmittags ein. Der inspizierende Offizier traf den Posten schlafend und drohte mit der Strafe. Darauf erschick sich der Soldat an Ort und Stelle.

Der Kaiserhof in Hamburg. Hamburg, 23. Juli. Der entomologische Assistent am Preussischen Museum für Vögelkunde, A. H. K. hatte bei seinen Studien an den Kartoffelfeldern bei Stade festgestellt, daß der dort vorkommende Kolonienfäher nicht aus den Vereinigten Staaten kommt, sondern aus Mexiko und Kolumbien, von wo er mit Bananenpflanzungen eingeschleppt zu sein scheint. Der Kaiser Hofmeister hat rote Beine und Füßler und ist 10 Zentimeter lang, der in Südamerika vorkommende hat dagegen schwarze Füßler und Beine und eine Länge von 11 Zentimeter. Diefem letztem Käfer gleicht der in Stade gefundene. Auch in der Nachbarschaft Hamburgs ist die Anst der Landwirte, daß der Käfer auch in ihren Feldern sich einschleichen könnte, groß. Dieser Tage fand man in Kartoffeln von Neuhof bei Wilhelmshagen mehrere gefärbte Larven, doch hat die amtliche Untersuchung ergeben, daß es sich um die Larve des nördlichen Marienkäfers handelte.

Zu den Verurteilungen in Ostermiedingen, Magdeburg, 24. Juli. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Ostermiedingen wurden heute früh sieben Personen, die an der Verurteilung teilgenommen hatten, unter dem Verdacht des Landfriedensbruchs festgenommen.

Ein ungeratener Sohn als Vatermörder. Saarbrücken, 24. Juli. Heute früh erschloß der 17jährige Ludwig Weber seinen Vater und dann sich selbst. Der junge Mann hatte vor einiger Zeit seinem Vater über 2000 M. entwendet und war damit geflüchtet. Heute früh kehrte er zurück und verübte nach einem heftigen Wortwechsel die Tat.

Eine Familientragödie. Greis (Voigtland), 23. Juli. Heute vormittag verübte der Gelegenheitsarbeiter Grünert seine vier Kinder zu ermorden. Zwei davon schliefen, den zwei anderen durchschliff er die Kehle mit einem Rasiermesser und verlebte sie schwer. Darauf öffnete sich Grünert die Pulsadern; er wurde schwerverletzt in das Krankenhaus gebracht.

Ein geisteskranker Mörder im Kirdturn. Budapest, 23. Juli. In Debau erkrankte sich in der vergangenen Nacht ein Wokfall, der lebhaft an den Rassenmord in Großbökien erinnert. Ein Geisteskranker namens Johann Budruz unternahm einen Einbruch in die Kirche, stieg in den Turm und begann zu läuten. Als die aus dem Schlafe aufgeweckten Bewohner herbeieilten, gab Budruz aus einem Revolver Schüsse ab, wodurch vier Personen tödlich verletzt wurden. Einige beherzte Männer drangen in den Turm, Budruz verteidigte sich mit einem Küchenmesser, das er einem Polkisten in den Unterleib schick. Einem anderen Polkisten schick er ein Auge aus. Als Budruz um 4 Uhr früh sah, daß aller Widerstand vergeblich sei, sprang er vom Turm herab und blieb mit zertrümmertem Schädel tot liegen.

Letzte Drahtberichte.

Die Lage in Durazzo hoffnungslos?

Ein Ultimatum der Aufständischen.

* Rom, 24. Juli. Sier liegen heute ganz besonders ungünstige Nachrichten über die Lage in Albanien vor. Darnach haben die Aufständischen die Geschäftsträger der Großmächte in äußerst energischer Form davon in Kenntnis gesetzt, daß sie die Entfernung des Fürsten Wilhelm wünschen, um einen allgemeinen Bürgerkrieg zu vermeiden. Die Aufständischen drohen, Durazzo zu erstürmen, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden sollten. Sie fügen weiter hinzu, daß, wenn die vor Durazzo liegenden Kriegsschiffe zu einem Angriff auf Durazzo übergeben würden, sie sich vor die Notwendigkeit gestellt sehen würden, niemand mehr in Durazzo zu lassen. Die Aufständischen verlangen eine umgehende Antwort auf ihre Note.

Die Verhandlungen mit den Aufständischen endgültig abgebrochen.

wb. Wien, 24. Juli. (Wiener Corr.-Bur.) Gestern Abend herrschte in Durazzo allgemein die Empfindung vor, daß die Krisis ihrem Höhepunkt entgegengeht. Auf das letzte Schreiben der Aufständischen, das eine Verleumdung des Fürsten enthält, sowie die Drohung, Durazzo in eine Schlachtfeld umzuwandeln, falls ihren Wünschen nach Entfernung des Fürsten und Übergabe der Stadt nicht entsprochen werde, beschloffen die Vertreter der Großmächte, die Note gar nicht zu

Beantworten. Damit sind die Verhandlungen mit den Aufständischen als endgültig abgetrocknet zu betrachten.

Die Wirren in Mexiko.

Ein Waffenstillstand zwischen Carranza und Carranza.

New York, 24. Juli. Wie aus Mexiko gemeldet wird, haben der Präsident Carranza und Carranza einen Waffenstillstand abgeschlossen. Die Verhandlungen über den Regierungswechsel beginnen am Montag in Tampico.

wb. Mexiko, 24. Juli. Der neue Präsident Carranza erklärte, der Waffenstillstand sei zwar noch nicht unterzeichnet, doch würden Maßnahmen für die endgültige friedliche Lösung getroffen.

Kein Bruch zwischen Villa und Carranza?

R. Washington, 24. Juli. Staatssekretär Bryan vertritt auf Grund einer Meldung des amerikanischen Konsuls in El Paso die Ansicht, daß alle Gerüchte von einem Bruch zwischen den Generälen Villa und Carranza unbegründet sind.

Die Matrikularbeiträge des nächsten Reichsetats.

S. Berlin, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht) Die Matrikularbeiträge werden, wie eine Korrespondenz erzählt, in den nächsten Reichsetat wieder nach dem Satz von 80 Pf. pro Kopf der Bevölkerung der einzelnen Bundesstaaten eingestellt werden.

Ein offizielles Nachwort zu Poincarés Besuch.

PTA. Petersburg, 24. Juli. Der Besuch, den der Präsident der französischen Republik Joseph den Kaiser von Russland gemacht hat, hat den beiden befreundeten und verbündeten Regierungen Gelegenheit gegeben, die vollkommene Gemeinsamkeit ihrer Ansichten über die verschiedenen Probleme festzustellen.

Schwerer Automobilunfall.

wb. Siegburg (Rahn), 24. Juli. Auf der Fahrt von Frankfurt a. M. nach Niederraden stürzte ein Auto um und rollte die vier Meter hohe Böschung hinab.

wb. Berlin, 24. Juli. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Entwurf eines internationalen Pflanzenabkommens.

wb. Athen, 24. Juli. Der Abgeordnete Alexander Roma, ehemaliger Ministerpräsident und Führer der griechischen Garibaldianer, ist gestorben.

wb. Oberhausen, 24. Juli. Die hiesige Kriminalpolizei ist mit der Untersuchung schwerer sittlicher Verfehlungen beschäftigt.

wb. Eisenach, 24. Juli. Vandalen sind in der Thüringer Kreditbank in Haft genommen worden.

Aus unserem Leserkreise.

Nicht verwendete Einladungen können weder zurückgeschickt, noch aufbewahrt werden.

Täglich liest man in der Zeitung, wie durch Mücken und Fliegen Infektionen stattfinden, und nicht nur Krankheiten, sondern auch Todesfälle herbeiführen.

Schierstein a. Rh., 24. Juli. In Nr. 390 des Wiesbadener Tagblatts vom 18. Juli erschien ein Artikel, betreffend Einmischung von Schierstein und Kaschgan, herrührend von den Anwesenheiten mit verweidenden Fleisch-Bäumen usw.

Briefkasten.

Die Schließung des Wiesbadener Tagblattes bemerkt nur schriftliche Anfragen im Briefkasten, und zwar ohne Rücksicht auf die Besprechung.

K. A. P. Wasfen. Wenn Sie hier auf kurze Zeit zu verweilen zu Besuch kommen und dort wohnen, brauchen Sie keine Anträge zu besorgen.

Frau F. S. Da konsultieren Sie am besten zunächst einmal einen Spezialisten für Sprechstörungen.

„Stammisch Knipf“. Der Ueberdruck, dessen Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist ein Vergehen, das in 5 Jahren verjährt.

W. S. Was die Bezeichnung Infanterie II eb. h. p. v. bedeutet, wissen wir nicht; da müßte man zunächst wissen, wo und in welchem Zusammenhang die Bezeichnung angewendet wurde.

A. N. Der Name Rentmeyer bedeutet, daß auf dem Berge an einem sogenannten Renn-, d. h. Aufstiegswege in Kriegzeiten, eine gemauerte Schanze zur Aufnahme der Flüchtenden errichtet hat.

F. S. in L. S. Kann mir einer der Leser angeben, wie man vorwärts schwarze Schmelzen, die im Keller (in einem älteren Hause, in dem der Boden nicht zementiert oder gepflastert ist) in großen Mengen auftreten und durch das Auftreten der Kartoffeln großen Schaden anrichten, bekämpft?

E. F. 6. Aber das am schnellsten und am leichtesten erkennbare Stenographensystem sind die Anstalten verschieden. Stolze-Schub und Gabelberger sind die verbreitetsten Kurzschreibsysteme.

Alter Abonnent. Der Name „Wobbeschänke“ bedeutet aus dem Kasatischen ins Hochdeutsche wörtlich überfetzt Wappenschank.

22 = Reklamen. = 22. Die ... Cornafan. Hühneraugensalbe. 2 bis 3 Nächte. Erfolg garantiert. Haupt-Depot: Schützenhof-Apothek.

ZAHN-CREME und Mundwasser. KALODONT. F 125

Handelsteil.

Die deutsche Brauindustrie. VI.

Mainzer Aktienbrauerei Mainz.

Die Mainzer Aktienbrauerei wurde im Januar 1859 von Mainzer Geschäftsleuten, die dem Braugewerbe ursprünglich fern standen, mit einem Aktienkapital von 800 000 Gulden gegründet.

zu schaffen, der durch seine gedrungene Anordnung sich äußerst ökonomisch für die künstliche Kühlung darstellt. Die Flaschenkellerei ist zurzeit für eine Tagesleistung von 100 000 Flaschen (500 Hektoliter Bier) eingerichtet.

Das Unternehmen steigerte den Absatz von 11 781 Hektoliter im Jahre 1861 auf 296 400 Hektoliter im Jahre 1907/08; seitdem dürfte der Absatz wie bei anderen auch bei diesem Unternehmen einen Rückgang erfahren haben.

Banken und Geldmarkt.

Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank in Köln. Der Umlauf an Hypothekendarlehen stellte sich am 30. Juni 1914 auf 368 483 800 M. (Ende Dezember 1913 367 703 000 M.).

Neue Anleihe der Stadt Nürnberg. Was wir hören, ist die gestern zur Zeichnung aufgelegte 1proz. Nürnberger Stadtanleihe von 12 750 000 M. vollständig, und zwar zum größten Teil durch Sperrstücke gezeichnet worden.

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 24. Juli. Kurse von 1 1/2 bis 2 1/2 Uhr. Kreditaktien 181 1/2 a 2 1/2, Dresdner Bank —, Disconto-Comm. 177 1/2 a 177, —, Petersh. Int. Handels-Bank 155 1/2, Staatsbahn 134 1/2 a 135, —, Lombarden 15%, Baltimore u.

Ohio 79, —, Nordd. Lloyd 98 1/2, Schantung 118 1/2, Bochumer 203 1/2 a 1/4, Deutsch-Luxemburger 110 1/2 a 111 1/2, Gelsenkirchner 170, — a 170 1/2, Harpener 165, — a 163 1/2 a 164 1/2, Phoenix 220, — a 216 1/2 a 219 1/2, Edison 226 1/2 a 1/4, Schuckert 126, —.

Berliner Nachbörse.

Table with 4 columns: Name, Price, Name, Price. Includes entries like Kröblikten, Kanada, Rhein. Stahlw., etc.

Berg- und Hüttenwesen.

wb. Die Marktlage im Roheisenverband. Köln, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht) In der heutigen Hauptversammlung des Roheisenverbandes wurde über die Marktlage berichtet.

Industrie und Handel.

Deutsch-englische Diamantenkonvention. Nach Londoner Meldungen treten die Beschlüsse der deutsch-englischen Diamantenkonferenz wegen Produktionsbeschränkung sofort in Kraft.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 12 Seiten mit der Beilage „Der Roman“.

Gesetzgebung: K. Ogerhorst. Verantwortlich für die innere Redaktion: K. Ogerhorst. Die äußere Redaktion: Dr. phil. G. Schellenberg.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Geld“ Nr. 6650-53.

Ein 3 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Bg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleggeld. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämtern, auswärts durch Beleggeld. — Bezugs-Belegungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle des Reichs-Postamts, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Überbach: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Bg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einschlägiger Spalte; 20 Bg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Bg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Bg. für lokale Werben; 2 Bg. für auswärtige Werben. — Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Kunstreicher-Anzeige: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Büchelstr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen.

Samstag, 25. Juli 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 342. • 62. Jahrgang.

Vor der Entscheidung. Österreichs Vorbereitungen zum Äußersten.

* Wien, 25. Juli. Der österreichisch-ungarische Gesandte Baron Giesl hat den Auftrag erhalten, mit dem gesamten Personal der Gesandtschaft Belgrad zu verlassen, falls die serbische Regierung bis heute abend sechs Uhr keine befriedigende Antwort erteilt. Wenn Serbiens Antwort unbefriedigend ausfällt, so wird Kaiser Franz Joseph an seine Völker ein Manifest, das die Kriegserklärung an Serbien enthält, erlassen. Es bezieht die Absicht, dieses Manifest schon um Mitternacht zur Kenntnis zu bringen. Alle militärischen Vorbereitungen sind bereits getroffen. Schon am heutigen Abend wird die Mobilmachungsorder veröffentlicht werden. Der Schlag gegen Serbien soll mit aller Kraft geführt werden. Es werden 350 000 Mann gegen Serbien und Montenegro geschickt. Außer der Armee ist auch die Kriegsmarine mobil gemacht worden. Außerdem erwartet man hier, daß der Kaiser ein Kriegsmanifest an die Bevölkerung Österreich-Ungarns im Laufe des morgigen Tages erlassen wird.

Vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Serbien.

* Wien, 25. Juli. Falls bis 6 Uhr abends die serbische Regierung die österreichischen Forderungen nicht vorbehaltlos annimmt, werden dem hiesigen serbischen Gesandten sofort die Pässe zugestellt. Zugleich wird, wie schon gemeldet, der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad, Baron Giesl, seinen Posten verlassen. Hier wird sodann der deutsche Gesandte, Baron Griesinger, den Schutz der österreichischen Interessen übernehmen.

Die Stimmung in Österreich.

Wb. Wien, 24. Juli. Die feste Entschlossenheit, welche die österreichische Regierung bei der gestrigen Demarche bezeugt hat, wird, wie aus den Abendblättern hervorgeht, hier und in der ganzen Monarchie mit größter Befriedigung und einmütiger Zustimmung aufgenommen. Die aus der Provinz einlaufenden Meldungen stellen übereinstimmend fest, daß der gestrige Schritt allenthalben als eine Erlösung aus der geradezu lähmenden Stimmung, welche sich seit des Sarajewer Attentats der Bevölkerung bemächtigt hatte, wirkt.

Vaterländische Demonstrationen.

* Wien, 25. Juli. Die vaterländischen Demonstrationen beginnen sich zu mehren. Es haben bereits Versammlungen der Wiener Bürgerchaft stattgefunden, deren Tagesordnung die Stellungnahme zu dem Ultimatum an Serbien bildet. Bezeichnend für die Begeisterung, welche die Haltung Österreichs ausgelöst hat, ist ein Vorfall, der sich gestern während der Radrennen auf der Badener Rennbahn zugetragen hat. Als dort die Musikkapelle das Prinz-Eugen-Lied anstimmte, enthielten die Laufende von Zuschauern ihre Säpfer und sangen das Lied mit, das sich immer mehr zum Kampflied der Österreicher entwickelt. Es wurden zum Schluß stürmische Hockete auf Kaiser Franz Joseph ausgebracht.

Graf Berchtold in Bad Nisch.

Wb. Wien, 24. Juli. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Bad Nisch: Graf Berchtold wird morgen nachmittags wieder hier eintreffen, um hier die Antwort der serbischen Regierung auf die gestern überreichte Note abzuwarten. Der Minister will dem Kaiser keinen telegraphisch übermittelten Bericht vorlegen lassen, sondern sofort nach Eintreffen der Note aus Belgrad dem Kaiser mündlich Vortrag halten.

Kaiser Franz Joseph hofft noch auf Frieden.

* Wien, 25. Juli. Aus Nisch wird gemeldet, daß Kaiser Franz Joseph an der Hoffnung festhält, daß die serbische Regierung nachgeben werde. Wie eine Persönlichkeit aus der Umgebung des Kaisers äußerte, sagte dieser, nachdem ihm der Eindruck bekanntgegeben worden war, den die Note in Belgrad hervorgerufen hatte, folgendes: Es muß kein Krieg sein, wenn Serbien nicht will.

Die etwaigen weiteren diplomatischen Schritte im Fall der Unterwerfung Serbiens.

* Wien, 25. Juli. Von diplomatischer Seite wird mitgeteilt: Falls Serbien die österreichisch-ungarische Note annimmt wird es sich darum handeln, zu kontrollieren, ob Serbien seinen Verpflichtungen genau nachkommen wird. Es wird angenommen, daß die weiteren Aktionen, die Österreich deswegen zu führen haben wird, ebenfalls befristet sein werden, um jede Weiterentwicklung der Angelegenheit hintanzuhalten.

Serbenfreundliche Kundgebungen der Wiener Slaven und Sozialdemokraten.

Wien, 24. Juli. Die tschechischen und die südslawischen Vereine in Wien haben gegen einen Krieg Österreichs mit Serbien für den kommenden Sonntag eine gemeinsame Kundgebung in der Freudenau beschlossen. Auch die sozialdemokratischen Vereine in Wien wollen am Sonntag gegen den Krieg demonstrieren, wobei mehrere Reichstagsabgeordnete Reden halten sollen. — Noch für heute abend wird ein Verbot sämtlicher Versammlungen in der Monarchie erwartet.

Optimistische Auffassung in der serbischen Kolonie in Wien.

Wien, 24. Juli. In hiesigen serbischen Kreisen glaubt man an eine friedliche Lösung des Konflikts, da man der Ansicht ist, daß Serbien die Forderungen Österreich-Ungarns im Bloß annehmen wird.

Zusammenschluß der ungarischen Hochfinanz.

* Budapest, 24. Juli. Der Finanzminister Telefsky teilte den Vertretern der großen Geldinstitute persönlich mit, daß die österreichisch-ungarische Regierung den erwarteten Schritt in Belgrad unternommen und dort eine befristete Note überreicht habe. Der Zweck dieser Mitteilung war, daß die Nachricht den Geldmarkt nicht unvorbereitet treffen sollte. Die anwesenden Vertreter der Geldinstitute gaben ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß die ungarische Volkswirtschaft wohl instande sei, einen entsprechenden Widerstand zu entfalten, was immer auch die Folgen der Demarche sein mögen. Sie erachteten es für ihre Aufgabe, durch Aufrechterhaltung der gewöhnlichen Kredite und, falls es notwendig sei, durch erhöhte Unterstützung der kreditfähigen kleinen Institute und Privatleute eventuellen Wirren zuvorzukommen. Zugleich wurde ein Hereinkommen getroffen, daß die Institute, wenn sich die Notwendigkeit ergeben sollte, mit Intervention der österreichisch-ungarischen Bank und der Regierung eine entsprechende Organisation ins Leben rufen.

Die Auslassungen der Wiener Presse.

Wien, 24. Juli. Die hiesigen Blätter besprechen die in Belgrad überreichte Note der österreichisch-ungarischen Regierung in ruhiger und sachlicher Weise und stellen fest, daß sie zwar ein sehr ernster und energischer Schritt, jedoch noch kein Ultimatum im technischen Sinne sei, da in der Note nur Maßnahmen administrativer und rechtlicher Natur verlangt werden, und bei deren Ablehnung Zwangsmassregeln noch nicht angedroht werden. Trotzdem sei es aber notwendig, daß die serbische Regierung die Note sofort aus eigenem Antrieb annimmt, ohne sich erst, wie nach der Annexion von Bosnien und der Herzegowina, durch die Großmächte oder durch Zwangsmittel dazu zwingen zu lassen.

Die „Zeit“ sieht als wichtigste Vorfrage die Haltung Rußlands bezw. der Entente-Mächte an. Entschließe sich Rußland, die Demarche nur als eine die österreichisch-ungarische Monarchie und Serbien berührende Angelegenheit zu behandeln, dann dürften kritische und ernste Komplikationen kaum zu gewärtigen sein. Ganz unabsehbare Konsequenzen würden sich aber ergeben, wenn Rußland an der Angelegenheit ein für die Aktion der Monarchie nicht freundliches Interesse nehmen sollte.

Die „Reichspost“ bemerkt: Auf eine Fristsetzung hat Serbien nicht zu rechnen, denn das Begehren Österreich-Ungarns ist zu selbstverständlich, als daß darüber noch lange debattiert werden könnte. Jeder Versuch zur Verzögerung muß man als einen mangelnden guten Willen auffassen. Da die Befreiung weiterer störender und verletzender Einwirkungen auf unsere Grenzgebiete nur die Monarchie angeht, so kommt eine Vermittlungsaktion anderer Mächte gar nicht mehr in Betracht.

Die Stellungnahme Serbiens.

Gar keine Antwort auf die Note?

* Belgrad, 25. Juli. Nach Gesprächen, die der Vertreter der Telegraphen-Union mit hiesigen maßgebenden Politikern und Diplomaten hatte, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die serbische Regierung der österreichisch-ungarischen Note ein klattes Unannehmbar entgegenstellen wird. Wahrscheinlich wird die Regierung den Ausweg wählen, die Note Österreich-Ungarns gar nicht zu beantworten. Man erwartet, daß die Garnison der Hauptstadt, die ohnehin strategisch nicht haltbar ist, zurückgezogen und in das Innere des Landes verlegt werden wird. Man glaubt, daß die Regierung die Archive und die Staatsgelder gleichfalls ins Innere schaffen lassen und den österreichischen Truppen gestatten wird, Belgrad ohne Schwierigkeit einzunehmen. Die serbische Regierung rechnet damit, daß mit dem Einmarsch der österreichischen Truppen in Belgrad die Mächte zu einer Intervention gezwungen werden.

Das Communiqué des serbischen Regierungsorgans über die „sehr ernste und kritische“ Lage.

Wb. Belgrad, 24. Juli. Das Regierungsorgan „Samouprava“ veröffentlicht folgendes Communiqué:

Der hiesige österreichisch-ungarische Gesandte von Giesl überreichte gestern abend um 6 Uhr dem Vertreter des Ministers des Äußeren, Patschu, eine Note seiner Regierung anlässlich der Ereignisse am Vidanban. Durch die Note, welche sehr schwere Bedingungen enthält, wird eine ganz kurze Frist für die Antwort belassen. Die Lage kann als sehr ernst und kritisch beurteilt werden.

Einkerbung der Skupstina.

W.C.B. Belgrad, 24. Juli. Der Text der österreichisch-ungarischen Note gelangte abends durch Sonderausgaben der Blätter zur allgemeinen Kenntnis. Die verlautet, ist die aufgelöste Skupstina für den 26. Juli zu einer außerordentlichen Session einzuberufen und die Neuwahlen auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Paschtschik reist zum König.

* Wien, 25. Juli. Der Sonderkorrespondent der „Neuen Freien Presse“ meldet aus Belgrad: Nach Beendigung des gemeldeten Ministerrats ist Ministerpräsident Paschtschik zu König Peter nach Bränika Banja abgereist. Die serbischen Politiker hoffen, Österreich werde nicht auf der Einhaltung der von ihm gestellten Frist bestehen, sondern sich auf eine Diskussion der besonders schweren Punkte einlassen, da Finanzminister Patschu bei der Übergabe des Ultimatum dem Gesandten gleich gesagt habe, daß sich die serbische Regierung mit der Antwort beeilen werde, daß aber immerhin einige Tage vergehen würden, bis sie sich über die einzelnen Punkte schlüssig geworden sei. Die Note hat in Regierungskreisen vollkommen überbracht; man hat diesen Schritt Österreich-Ungarns absolut nicht erwartet. Am härtesten wird die Forderung empfunden, der Armee den vorgeschriebenen Tagesbefehl beizubringen.

Deutschlands Stellung zur Abrechnung mit Serbien.

O Berlin, 24. Juli.

Die Stellung der deutschen Politik zum österreichisch-serbischen Konflikt läßt sich dahin bestimmen: Es wird mit allem Nachdruck auf die Lokalisierung des Konflikts hingewirkt werden. Haben diese Bemühungen Erfolg, so wird ein Weitergreifen des Brandes nicht erwartet. Im anderen Falle wäre mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen. Ein etwaiger Versuch aus dem Lager des Dreierbundes, sich in die Auseinandersetzung zwischen Wien und Belgrad einzumischen, würde entsprechende deutsche Schritte zur unmitttelbaren Folge haben. Die Einfachheit dieser Sachlage macht alles Rätzelraten überflüssig. Die Situation ist also die, daß vorausgesetzt werden kann, es bestehe in Ost und West die Gewissheit, daß ein Herausreten aus der sich empfehlenden Zurückhaltung sehr weittragende Wirkungen haben muß, vor denen die betreffenden Kabinette nur dann nicht zurückzusehen würden, wenn der bisher betätigte Friedenswille mit einem verhängnisvollen Entschluß aufgegeben werden sollte. Die Vermutung, daß dies geschehen werde, besteht indessen zurzeit nicht. Die stärksten Gründe sprechen dafür, daß es in Petersburg (und auf die dortige Entscheidung kommt alles an) für rasch erachtet werden wird, den Standpunkt nicht zu bekämpfen, von dem aus in Berlin und in Rom, vermullich aber auch in London, eine Lokalisierung der Ereignisse als Pflicht der Großmächte betrachtet wird. Welches die Lage wäre, wenn ein Notschrei Serbiens die panslawistischen Leidenschaften noch weiter aufstachelte, darüber allerdings kann man sich hier nur mit Mutmaßungen äußern, jedoch hat es sich bisher, so oft die slavischen Tendenzen in Petersburg auf eine Lösung mit dem Schwerte hindrängten, stets gezeigt, daß die Besonnenheit an den leitenden Stellen immer noch imstande war, einen Schußdamm gegen überhäumende Gelüste aufzuwerfen.

Die österreichisch-ungarische Note rückt die verbrecherische Tätigkeit von mit Namen benannten serbischen Persönlichkeiten mit so greller Deutlichkeit in den Vordergrund, daß jeder, der den strafenden Arm der Donaumonarchie lähmen möchte, eine schwer zu tragende Verantwortung vor dem Richterstuhl der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit übernehmen müßte. Den Entschluß zu diesem Wagnis traut man hier vorderhand niemand zu. Einstweilen aber handelt es sich um eine österreichisch-serbische Angelegenheit allein, und solange die Abrechnung nur zwischen dem Donauraum und Serbien vor sich geht, kann die Lage verhältnismäßig ruhig beurteilt werden. So unwahrscheinlich die Nachgiebigkeit Serbiens auch ist, so braucht die Möglichkeit solchen Ausganges nicht sogleich und unter allen Umständen als ausgeschlossen zu gelten. Serbien hat es bisher noch nicht erlebt, daß es in dieser Weise an-

gepakt wurde, und die neue und beispiellose Situation, in der sich dies Staatswesen befindet, könnte hiernach immerhin zu Entschlüssen führen, welche die Freunde des Königreichs davor bewahren, in unübersehbare Schwierigkeiten hineingezogen zu werden. Jedoch wird ein so glatter Verlauf der Dinge, den man theoretisch nicht vorweg ausschalten möchte, praktisch eben nicht erwartet.

Deutschland vorher doch informiert.

Die „Frankf. Ztg.“ kann mitteilen, daß die, wie mitgeteilt, durch das Geroldsbureau verbreitete Darstellung, die österreichische Note sei entworfen worden, ohne daß man sich von Wien aus auch nur andeutungsweise über Ton und Inhalt mit Berlin verständigt hätte, falsch ist. Die deutsche Reichsregierung sei selbstverständlich über die Absicht und das Ziel der österreichisch-ungarischen Politik und über den Weg, der eingeschlagen werden soll, in der Hauptsache längst unterrichtet gewesen. Deutschland würde erst handförmig auf den Plan zu treten haben, wenn andere Mächte die Lokalisierung dieser Angelegenheit durch Parteinahme für Serbien fördern wollten. Wir wollen dieses Mißverständnis — so bemerkt das Frankfurter Blatt dazu — als ob Österreich-Ungarn gewissermaßen hinter Deutschlands Rücken operiert habe, richtig stellen, weil ein oder das andere Blatt aus ihm, wie z. B. die „Post“, gereizte Folgerungen zieht.

Der Kommentar der „Kölnischen Zeitung“.

Köln, 24. Juli. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: Die österreichische Note stellt eine Anklagerede von einer Wucht und einem Ernst dar, wie man sie zwischen einem Staat und einem Staat der neuesten Geschichte noch nicht gehört hat. Die Befristung verleiht dem Zug unbedingter Entschlossenheit. Mit Erstaunen wird Europa aus den Einzelheiten der Note entnehmen, bis wohin die Fäden der Verschönerung gereicht haben, deren Ergebnis der Mord von Sarajewo ist. Man sieht in einem Abgrund politischer Entartung und Unkultur, wenn man liest, wie das verbrecherische Treiben wahnwütiger Mörder unterstügt und gefördert wird. Dies gibt der Angelegenheit eine allgemeine europäische Bedeutung. Angesichts des bedeutamen Inhalts der Note wird es wohl niemand in Europa zweifelhaft sein, daß es das Interesse des Friedens erfordert, daß durch die Sprache der europäischen Presse in Belgien der Eindruck vertieft werde, daß Serbien solchen gerechten Forderungen nachgeben müsse, um einen Konflikt zu vermeiden. Aus den Tatsachen der Note ergibt sich, daß politische Vernunft und die elementarste Gerechtigkeit es gebieten, in die Auseinandersetzung nicht einzugreifen und einen möglichen Zusammenstoß örtlich begrenzt zu halten. Für alle europäischen Zuschauer bei der Auseinandersetzung erfordert es die Rücksicht auf den europäischen Frieden, demjenigen, der in dem Streit so schwer unrecht hatte, nicht den Rücken zu stärken, sondern ihn zum Entgegenkommen zu mahnen, damit der Streit Sache der österreichisch-serbischen Beziehungen bleibe. Vom europäischen Standpunkt ist es wünschenswert, daß, nachdem Serbien Genugtuung gegeben hat, die Beziehungen sich doch wieder normal und erprießlich gestalten.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 24. Juli. Von den Abendblättern sagt der „Lokal-Anzeiger“: Der Totaleindruck der österreichisch-ungarischen Note läßt sich in die Worte zusammenfassen: scharf, aber gerecht. Es wird vielleicht Leute geben, welche die Forderungen der Wiener Note als zu scharf ansehen; denen können nur die Tatsachen entgegengehalten werden, die diesen Schritt der Donaumonarchie ausgerechtfertigt haben. Wenn anders nicht der Glaube an den Fortbestand des monarchischen Gedankens in Europa in Frage gestellt werden soll, muß auch dort ein Gefühl von Gerechtigkeit und staatslicher wie monarchischer Solidarität bestehen, von wo in Serbien auf Weisheit geredet wird. Serbien wird die österreichischen Forderungen erfüllen, oder es wird zugrunde gehen.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: Man wird die Forderungen, die von der österreichischen Regierung an die Feststellungen über die großserbische Agitation geknüpft werden, für durchaus begründet halten müssen. War man endlich entschlossen, in das serbische Wespennest zu greifen, so mußte es mit fester Hand geschehen. Wir glauben, daß eine Überschneidung der serbisch-österreichischen Differenzen, ein Überspringen des Punktes auf die übrigen europäischen Mächte sehr wohl vermieden werden kann. Die deutsche Regierung hat schon seit der akuten Suspension des Konflikts keinen Zweifel daran gelassen, daß sie durchaus hinter ihrem österreichischen Verbündeten steht, daß sie aber alles

tun wird, was in ihren Kräften steht, um den Konflikt zu lokalisieren.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Die Note entspricht in jedem Punkt den Rücksichten, die Österreich-Ungarn nach dem Attentat vom 28. Juni seinem Ansehen und seiner Würde als Großmacht schuldig ist. Seit dem Sturz der Obrenowitsch und der erneuten Thronbesteigung eines Sarageorgewitsch hat die serbische Politik einen dauernden latenten Kriegszustand in den Beziehungen des Königreichs zur Donaumonarchie herbeigeführt. Der Umstand, daß Serbien bisher bei allen seinen Provokationen Österreich auf Unterstützung Rußlands rechnen zu können glaubt, macht es Österreich gebieterisch zur Pflicht, dem unruhigen Nachbarn im Süden endlich einmal mit vollem Ernst entgegenzutreten und ihn vor die Frage von Krieg oder Frieden zu stellen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ führt aus: Wir können ernstlich nicht annehmen, daß irgend ein Staat aus irgend welchen Gründen Serbien den Rücken steifen oder der österreichischen Regierung Schwierigkeiten machen werde. Wir glauben das am wenigsten von Rußland, trotz alles dessen, was in Rußland während der letzten Wochen laut geworden ist. Das Deutsche Reich kann nur den Wunsch hegen, daß Österreich die befundete Entschiedenheit weiter zeigen möge, und daß es mit allem Ernst und Nachdruck seine Forderungen aufrechterhalte. Es hegt den weiteren Wunsch, daß der Konflikt, wenn er unvermeidlich ist, sich auf die beiden beteiligten Staaten beschränke. Wenn die Beschränkung des Konflikts wider Erwarten nicht möglich sein sollte, würde das Deutsche Reich seine Bündnispflicht ohne Winkelzüge und mit aller Kraft erfüllen. — In ihrer Morgen-Ausgabe sagt die „Deutsche Tageszeitung“ weiter: Das Verlangen Rußlands, die Frist des österreichisch-ungarischen Ultimatums zu verlängern, bedeutet nichts weiteres, als die Verschleppungspolitik des Zweibundes zugunsten Serbiens anzuwenden. Es ist zugleich eine gräßliche Brüllierung Österreich-Ungarns. Die Folgen dieses russischen Schrittes könnten sehr ernste sein, und man sollte nur hoffen, daß er noch in letzter Stunde rückgängig gemacht werden kann.

Die „Germania“ meint: Im ganzen zivilisierten Europa würden sowohl die österreichisch-ungarische Note wie die heutigen Darlegungen des „Wiener Fremdenblatts“ wie die Vereitelung von einem schweren Alp wirken. Mit kaum mehr zu bemerksamer Ungeduld habe man das entscheidende Wort: „Bis hierher und nicht weiter“, erwartet. Jetzt sei es gesprochen und überall atme man erleichtert auf, nicht nur in der Donaumonarchie.

Die Aufnahme der Note in Italien.

Weitere Mahnungen zur Verschuldlichkeit an Serbien. Wb. Rom, 24. Juli. Das „Giornale d'Italia“ schreibt zur österreichisch-ungarischen Note: Dieser Schritt hat den ganzen feierlichen Ernst, den die Forderungen haben müssen. Daß für morgen Antwort verlangt wird, kann nicht überraschen, denn die von Serbien verlangten Verpflichtungen sind zu natürlich, zu berechtigt, um irgend eine Diskussion zuzulassen. Gerade, daß eine solche Diskussion unmöglich ist, gibt die Hoffnung, daß der Konflikt morgen geregelt sein wird. — „Rita“ versichert, daß die diplomatischen Kreise überzeugt sind, daß der österreichisch-serbische Konflikt auf friedliche Weise erledigt werde.

Die „Tribuna“ führt aus, es wiederhole sich jetzt vielleicht mit noch ernsterem Charakter die Situation des vergangenen Jahres, in welchem die Vermittlungsaktion der Mächte einem österreichisch-serbischen Konflikt vorbeugen konnte. Die Vermittlungsaktion sei heute mit nicht minderem Eifer begangen. Italien habe bereits aktiv in Belgrad interveniert, indem es eine vorsichtige Haltung anempfohl. Es hat außerdem in Wien und Petersburg analoge Schritte unternommen. Italien hat auch versucht, Rumänien dazu zu bewegen, in Belgrad vorstellig zu werden und zur Ruhe zu raten. Die öffentliche Meinung Italiens gebe sich Hochachtung von der latenten Gefahr, welche die alferbische Propaganda und die alferbische Bewegung für Österreich-Ungarn darstellen und lände es demgemäß gerecht, daß Serbien die beruhigendsten Zusicherungen geben könne und müsse.

Die Intervention Rußlands.

Ein vierstündiger Ministerrat.

Wb. London, 24. Juli. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Petersburg: Der heutige Ministerrat dauerte vier Stunden. Man versichert, daß Rußland unverzüglich intervenieren und von Österreich-Ungarn verlangen wird, die Frist des Ultimatums hinauszuschieben, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren Einfluß geltend zu machen.

Die erste Überraschung. Petersburg, 25. Juli. Das österreichische Ultimatum hat hier wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt, zumal die maßgebenden Kreise noch gestern davon überzeugt waren, daß eine Entspannung zu erwarten sei. Man äußert sich sehr ekstatisch über Österreich und schließlich wird erklärt, daß Rußland unmöglich dabei talentlos bleiben könne. — Es verleiht, daß Rußland sechs weitere Armeekorps an die österreichische Grenze entsandt hat. Dieser Entschluß soll noch während der Anwesenheit Poincarés gefaßt worden sein.

Eine amtliche Erklärung.

Petersburg, 25. Juli. Das amtliche Organ veröffentlicht folgendes Communiqué: Die kaiserliche Regierung, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien von der österreichisch-ungarischen Regierung gerichtete Ultimatum, verfolgt mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-serbischen Konflikts, in dem Rußland nicht indifferent bleiben kann.

Beteiligung Frankreichs an der Einmischung?

* Paris, 25. Juli. Der offiziöse „Petit Parisien“ meldet aus Petersburg, daß Rußland bereits seine Absicht kundgegeben habe, in Wien zugunsten Serbiens zu intervenieren. Rußland wird die Wiener Regierung sofort auffordern, die Frist des Ultimatums zu verlängern, um der europäischen Diplomatie Zeit zu geben, ihren vermittelnden Einfluß auszuüben. Fest steht, daß Frankreich seinerseits versuchen wird, sich ins Mittel zu legen, um der Krisis den scharfen Charakter zu nehmen. Es scheint, daß man in den Pariser maßgebenden Kreisen die Situation als sehr bedenklich ansieht. Denn es geht mit großer Hartnäckigkeit das Gerücht, daß der französische Ministerpräsident Biviani, der sich befandlich in Begleitung Poincarés befindet, angesichts der schwierigen Situation das französische Staatsoberhaupt nicht nach den skandinavischen Ländern begleiten, sondern auf kürzestem Wege nach Paris zurückkehren wird.

Schwer vereinbar mit diesen Meldungen aus Petersburg und Paris — man muß sich immer gegenwärtig halten, daß nie soviel gelogen und gedulst wird wie vor einem Kriege — ist die folgende Meldung aus Belgrad:

Die Tripel-Entente rät zur Nachgiebigkeit?

* Belgrad, 24. Juli. Hier verlautet, daß die Tripel-Entente einen energischen Schritt ihrer Vertreter bei der hiesigen Regierung vorbereitet, um die serbische Regierung zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Einseitige Parteinahme in Frankreich.

Verschiedene Beurteilung.

Paris, 25. Juli. Der außerordentliche Eindruck, welchen die österreichische Note hier hervorgerufen hat, gibt sich in Erörterungen der gesamten Presse kund. Fast durchweg wird Österreichs Schritt in rückhaltlosester Weise verurteilt.

Der „Matin“ sagt, Rußland werde Österreich-Ungarn zweifellos ersuchen, seine Aktion aufzuschieben, um den Mächten die Prüfung der Akten zu ermöglichen, die Österreich zu ihrer Verfügung stelle. Das wäre eine vernünftige Lösung, welcher sich Europa anschließen müßte. Auch Österreich habe nur dies eine Mittel, um seine bona fides zu beweisen: Die Annahme des russischen Ersuchens.

Jaurès schreibt in der „Humanité“: Die österreichische Note ist furchtbar hart; sie scheint darauf berechnete, das serbische Volk aufs tiefste zu demütigen oder zu zerschmettern. Die Bedingungen, die Österreich den Serben auferlegen will, sind herabwürdigend, daß man sich fragen muß, ob die serbische und militärische Reaktion in Österreich nicht den Krieg wünscht und ihn nicht unvermeidlich machen will. Das wäre das ungeheuerlichste Verbrechen.

Die radikale „Lanterne“ sagt: So trenn man auch am Friedensgedanken festhalten mag, so gibt es doch Stunden, wo man sich zur Gewalt entschließen muß, um auf die Gewalt zu antworten; da wird der Krieg die heiligste aller Pflichten.

Die radikale „Aurore“ schreibt: Die Kriegserklärung wäre das Signal einer furchtbaren europäischen Katastrophe.

Der „Rayval“ sagt: Das von Österreich an Serbien gerichtete Ultimatum ist von einer unerbittlichen Strenge. Es stellt solche Bedingungen, daß man offen von einer regelrechten diplomatischen Herausforderung sprechen kann.

freiwilligen Verfügung überreicht. Die Spende beläuft sich auf 6433 M. Wobens hat die Summe in sechs Teile geteilt und je 1000 M. dem Bräuer Georg Duffe-Palma, Herrn von Gumpenberg, Arno Holz, Peter Altenberg, Franz Ewers und Paul Scheerbert gestiftet.

Der Operetten-Komponist Edmund Gschler hat, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt, für das vor einem Jahr eröffnete Internationale Musiker-Erholungsheim in Baden (bei Wien) eine Stiftung errichtet. Er widmete dem Institut den Betrag von zweieinhalb Prozent aller seiner Lantliemen und Verlegerhonorare. Oskar Nedbal hat dem Heim ein Prozent seiner Lantliemen und Verlegerhonorare gewidmet.

Wissenschaft und Technik. Die Königl. Medizinische Akademie in Turin eröffnet jetzt den Wettbewerb für die 13. Preisverteilung „Miseri“ über 20 000 Lire für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiete der medizinischen Disziplinen im allgemeinen. Bewerbungen sind bis zum 31. Dezember 1916 eingereicht.

Aus London wird uns berichtet: Die erst vor kurzem der Öffentlichkeit bekannt gewordenen, aufsehen erregenden Briefe Nelsons an seine Frau sind nun bei Christie unter den Hammer gekommen. Die Sammlung umfaßt nicht weniger als 233 eigenhändige Briefe und Dokumente Nelsons. Im letzten Brief entspann sich ein harter Kampf; das erste Angebot lautete auf 6000 M., aber schnell wurde der Preis in die Höhe getrieben, und Siegerin blieb schließlich die Firma Quaritch, der die Sammlung für 44 000 M. zugeschlagen wurde. Für einen weiteren Nelson-Brief an Lady Hamilton, in dem von dem Lady Hamilton-Porträt der Bigge Le Vent die Rede ist, wurden dann 1000 M. bezahlt, und eine Sammlung von 6 Briefen Nelsons an den Admiral Joseph de Rozaredo erzielte 700 M.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Wertvolle Ausgrabungen unter dem Hammer. Kostbare Schätze an Briefen und Manuskripten wurden in der letzten Auktion bei Sotheby in London versteigert und brachten im ganzen die respektable Summe von 102 418 M. Und Deutsche interessieren am meisten die 48 Briefe Goethes an seinen Schwager Joh. Fr. Schloffer, die aus den Jahren 1808 bis 1830 stammen, etwa 100 Seiten umfassen und sich hauptsächlich mit Familienangelegenheiten beschäftigen; sie wurden von einem deutschen Sammler für 12 000 Mark erstanden. Den höchsten Preis auf der Auktion erzielten 22 Briefe, die aus den Jahren 1712 bis 1716 datieren und die Verbreitung des Evangeliums unter den Indianern in Neu-England behandeln. Die 15 000 M., die hierfür gezahlt wurden, beweisen den großen Anteil, den die Amerikaner an jeder Einzelheit ihrer Geschichte nehmen; denn es war natürlich ein Händler aus der neuen Welt, der diese Schriftstücke kaufte, wie überhaupt mehr als ein Viertel der Autographen nach Amerika gingen. Eine Serie von 22 Briefen der Königin Viktoria, die viel Intimes über ihre Heirat und über die Jugend des späteren Königs Edward enthalten, brachten nur 1580 M. Für einen langen Brief von Burns wurden 5100 M. angelegt, für das Autogramm eines seiner Gedichte 4000 M. Eine Serie von 8 Briefen des Dichters Charles Lamb ging für 8200 M. in andere Hände über, das Manuskript von Thackerays berühmter Vorlesung über Swift für 4200 M.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Eine Feyer zur Erinnerung an den schlesischen Dichter Andreas Gryphius plant, wie die „Wt. Ztg.“ mitteilt, für das Jahr 1916, in das der 300jährige

Geburtstag des Dichters fällt, der Magistrat von Glogau, der Geburtsstadt Gryphius.

In Lyon wurde ein Denkmal für den Dichter Sully Prudhomme errichtet, ein Werk des Bildhauers Marius Cladel.

Maurice Kostand, der Sohn des berühmten Dichters, führte ein dramatisches Gedicht „Septentrion“ dem Sommerpublikum des Pr.-Catalon vor. Dieser mondäne Garten, mitten im Bois de Boulogne gelegen, enthält nicht nur das bekannte Restaurant, sondern auch ein Theater im Grünen. „Septentrion“ ist ein dramatisches Gedicht, das die Idee vertritt, die wahre, ideale Kunst sei ungreifbar und könne durch kein menschliches Hemmnis beeinträchtigt werden. Septentrion ist dieses Symbol. Das Werk wurde von ganz jungen Kräften des Pariser Konservatoriums mit frischer Annuit dargestellt und errang bei dem raffiniert vornehmen Publikum großen Erfolg.

Einer der bekanntesten Männer der Berliner Gesellschaft, der in ganz Deutschland geschätzte Schriftsteller Generalkonstant z. D. v. Dincklage-Campe feiert heute seinen 75. Geburtstag.

Bildende Kunst und Musik. Das Chemather Stadttheater hat die Oper „Die heilige Katharina“ von Böhmne zur Uraufführung in der nächsten Saison angenommen.

Die Ausstellung „Das Kind“, Breslau 1915, schreibt unter den in der Provinz Schlesien tätigen oder geborenen Künstlern einen Wettbewerb zur Erlangung eines Ausstellungsplatzes aus. Als Preise sind ausgesetzt: 1. Preis 300 M., 2. Preis 200 M., 3. Preis 100 M. Die Bedingungen sind erhältlich bei der Geschäftsstelle in Breslau, Schubertstraße 76.

Die Bedekind-Spende wurde, wie das „W. T.“ berichtet, am Vorabend des 50. Geburtstages dem Dichter zur

Der „Figaro“ schreibt: Es gibt noch einen allerdings schwachen Hoffnungsschimmer. Die österreichisch-ungarische Regierung prüft weder den Charakter noch die Grenzen ihrer Intervention bei der Kontrolle und Ausführung der von ihr geforderten Maßnahmen. Vielleicht wird dieser weitaus wichtigste Punkt doch Stoff zu Verhandlungen und Ausgleichungen bieten.

Eine böartige Hebe des „Echo de Paris“ gegen den Dreibund. Paris, 25. Juli. Das nationalistische „Echo de Paris“, das besonders ausgeprägte deutschfeindliche Gefühle zur Schau trägt, benutzte den gestrigen Besuch des deutschen Botschafters Freiherrn v. Schoen auf dem hiesigen auswärtigen Amt, um heute früh in einem Leitartikel einen besonders heftigen Ausfall gegen den Dreibund im allgemeinen und gegen die deutsche Politik im besonderen zu machen. Das Blatt behauptet, aus bester Quelle erfahren zu haben, daß Herr v. Schoen dem stellvertretenden Minister des Auswärtigen Wiennu-Martin eine Note vorgelesen habe, in der die deutsche Regierung erklärt, daß sie sowohl nach Form als nach Inhalt die österreichische Note an Serbien billigt, und daß sie hofft, daß die Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien lokal bleibe, und daß, wenn eine dritte Macht intervenieren würde, sich daraus eine schwere Spannung zwischen den beiden Mächtegruppen in Europa entwickeln könnte. Das „Echo de Paris“ knüpft an diese Informationen folgenden Kommentar:

„Dieser Schritt des Botschafters bedeutet mit anderen Worten: Wenn Ihr Österreich Serbien nicht zerschmettern laßt, so werdet ihr es mit Deutschland zu tun bekommen. Es besteht also die Drohung einer allgemeinen Erniedrigung für die Tripartente oder die Aussicht auf einen Weltkrieg. Diese Wiederholung des Coups von Agadir ist in aller Stille vorbereitet worden. Noch zu Beginn der Woche berichtigte ein hoher Beamter der österreichischen Regierung den französischen Botschafter in Wien mit der Erklärung, daß die österreichische Note an Serbien in der vorläufigsten Form abgefaßt sein würde. Aber zur gleichen Zeit nahm Deutschland, offenbar ermutigt durch die unläufigen Gerüchte über unsere unzulängliche Rationalverteidigung, zu militärischen Maßnahmen seine Zuflucht, die denen des Jahres 1911 fast ähneln. (?) Die italienische Diplomatie scheint nicht von allen Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Wien und Berlin unterrichtet worden zu sein. Andererseits steht jedoch fest, daß der italienische Generalstab vor kurzem 100 000 Reservisten einberufen hat. Die österreichische Regierung hatte seit dem 28. Juni bis zum 23. Juli nichts Positives veröffentlicht, weder über den Gang der gerichtlichen Untersuchung noch über ihre diplomatischen Absichten. Dagegen hat sie die Note in einem Augenblick veröffentlicht, wo in London die Militärkrise auf dem Gipfelpunkt angelangt ist, wo in Petersburg die Arbeiterfrage sich mehr und mehr zugespitzt hat, in dem Augenblick, wo der Präsident der französischen Republik und der Ministerpräsident ihre Rücksicht auf dem Baltischen Meer ansetzen. Einige Ereignisse treffen vielleicht auch nur zufällig zusammen. Sei es nun, daß Deutschland und Österreich alle diese Umstände vorausgesehen haben, sei es nun, daß sie aus dem zufälligen Zusammentreffen der für sie günstigen Ereignisse Nutzen ziehen, man kann nicht leugnen, daß die beiden Mächte eine viel weitergehende Absicht haben, als die Ermordung des Thronfolgers zu rächen. Das Attentat von Sarajewo ist nur eine Gelegenheit, die Note ist durchaus nur ein Werkzeug und die österreichisch-serbischen Differenzen sind nur eine Episode. Es handelt sich vielmehr darum, die germanische Rasse gegen die Übergriffe und Raublosigkeiten der anderen Rassen, die von der germanischen beherrscht werden, zu schützen. Es handelt sich jetzt darum, die Nationen Europas zu zwingen, die Überlegenheit des Dreibundes anzuerkennen.“

Ein Besuch des deutschen Botschafters am Quai d'Orsay. Paris, 24. Juli. Der deutsche Botschafter Freiherr v. Schoen hatte heute nachmittag eine längere Unterredung mit dem interimistischen Minister des Äußern Wiennu-Martin.

Die Londoner Presse und die Note. Das ministerielle Blatt glaubt nicht an einen russischen Einspruch.

London, 25. Juli. Die hiesige Presse steht der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herrschenden Spannung (wie gemeldet) mit ziemlicher Ruhe gegenüber, wenn sie auch nicht zum Optimismus neigt.

Die ministerielle „Westminster Gazette“ schreibt über die Wiener Note: Wir wissen nicht, welches Maß von Wahrheit in den Anschuldigungen enthalten ist, aber sie sind bestimmt. Wenn sie erhärtet werden, handelt es sich nicht allein um die Frage des Asylrechts. Die Beschuldigung ist, daß serbische Beamte direkt darin verwickelt sind. Wir können nicht glauben, daß Serbien so schlecht beraten ist, die Angelegenheit nicht mit großer Achtung und Ernst zu behandeln. Wir sagen keineswegs, daß die serbische Antwort notwendig eine ernsthafte Erwiderung auf eine Reihe schwerer Anschuldigungen sein muß. Man sprach viel von Aufklärung in dieser Frage, aber wenn die in der Note enthaltenen Anschuldigungen substantiiert werden können, glauben wir nicht, daß die russische Regierung einen sehr erheblichen Einspruch erheben dürfte, daß Serbien genötigt sein wird, Österreich-Ungarn eine Genugtuung zu geben.

Weitere Kommentare für und wider Österreich. London, 24. Juli. Die „Ballmal Gazette“ schreibt: Die österreichisch-ungarische Note an Serbien zeichnet sich durch die Verbindung von Festigkeit mit Zurückhaltung aus. Es ist unzulässig, daß Belgrad die Pflichten der Verantwortung gegen die Ruhe des Nachbarlandes ist. Es ist die Pflicht der serbischen Regierung, sich nicht nur selbst vor solchen Nachschüssen fernzuhalten, sondern ihnen auch den Schutz ihrer Jurisdiktion zu verweigern. Österreich ist berechtigt, die strikte Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern, und wir erwarten, daß die Antwort auf ihre Anforderung auf Seiten der Regierenden Serbiens die ehrliebe Bereitschaft zeigen wird, das Land von dieser Anlage zu reinigen.

Die „Daily Mail“ äußert sich folgendermaßen: Nichts könnte schlimmer sein, als wenn Graf Berchtold den Eindruck machte, daß es der österreichisch-ungarischen Regierung weniger um die Befriedigung gerechter Anforderungen als um eine Gelegenheit zur Demütigung eines Nebenbuhlers zu tun sei. Der Versuch, in Serbiens Souveränität eingzugreifen, würde aber sofort Rußland in den Feld bringen, wäre es auch nur, um sein eigenes Ansehen auf dem Balkan zu wahren.

Die „Morning Post“ schreibt: Österreich-Ungarn erwartet die Hilfe Deutschlands. Deutschland soll gegen Rußland und dessen Verbündeten Frankreich die Waage halten, während Österreich-Ungarn den freien Teil der serbischen Rasse unterwirft. Das versteht man unter der Lokalisierung des Krieges. Rache von den österreichisch-ungarischen Zeitungen erklären, in dieser Politik genieße die Monarchie die Sympathien der Mächte, einschließlich Englands. In dieser Annahme sind sie aber durchaus auf dem Irrwege. Wenn Österreich-Ungarn bereit ist, seine Existenz und den Frieden Europas an die Eroberung Serbiens zu setzen — denn es ist nicht anzunehmen, daß, wenn der Krieg einmal beginnt, Österreich-Ungarn im Falle des Sieges mit weniger als der Einverleibung zufrieden wäre — so hat es eine Möglichkeit des Erfolges. Doch ist es ziemlich klar, daß auch Möglichkeiten eines anderen Ausganges vorliegen. Es ist durchaus nicht sicher, daß alle andern Mächte müßig zusehen werden, und falls der Plan der Lokalisierung des Krieges nicht gelingt, wer kann dann den Ausgang voraussagen? (Vergl. Letzle Drahtberichte.)

Die Stellung der Balkanstaaten.

Die Stellung Montenegros. Triest, 24. Juli. Der Triester „Piccolo“ veröffentlicht eine Unterredung seines Korrespondenten in Venedig mit dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Kuzovic, der es für ausgeschlossen erklärte, daß eine höhere serbische Persönlichkeit in die serbische Verschwörung verwickelt sei. Serben werde auf keinen Fall eine Beleidigung oder Drohung dulden, über die Haltung Montenegros befragt, erklärte der Ministerpräsident, daß Montenegro sich auf alle Fälle auf die Seite seines Verbündeten stellen werde.

Eine bulgarische Stimme.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Sofia, 24. Juli: Das Ultimatum an Serbien wird hier natürlich überall als großes Ereignis aufgefaßt, an dessen weiterer Entwicklung Bulgarien größtes Interesse hat. In den politischen Kreisen aller Parteien wiegt die Auffassung vor, daß Serbien, welches von keiner Seite her (Rußland nicht ausgeschlossen) wohlwollende Hilfe erwarten kann, den österreichisch-ungarischen Forderungen nachgeben werde. Freilich seien in diesem Falle innere Erschütterungen nicht ausgeschlossen. Bulgarien werde, erklären maßgebende Stellen, eine beobachtende Haltung bewahren.

Deutsches Reich.

Hof- und Personal-Nachrichten. Der frühere konser-vative Landtagsabgeordnete Geheimrat Hellmuth von Weiche, ehemals Landrat des Kreises Czarnikau, ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

P. O. Beleidigungsfälle im Reichsland. Der „Courier de Reik“ hatte dem „Journal d'Alsace-Lorraine“ vorgeworfen, daß seine Berichterstattung im Salkauer-Prozess von der Internationalen Freimaurerei begünstigt werde. Das „Journal“ hat wegen dieser Behauptung gegen den „Courier“ und dessen Chefredakteur Humbert Beleidigungsklage angestrengt. — Eybingermeister Blumenthal hat Beleidigungsklage gegen das „Miesbacher Tagblatt“ angestrengt. Dieses hatte ihm Tatkraftlosigkeit vorgeworfen, weil er den Vorsitz in der Kommission noch führt, die die Bewerbungen um den Bürgermeisterei posten zu prüfen hat.

Der Entwurf zum Patentrecht. Der Präsident des Deutschen Handelsklubs, Dr. Kaempf, hat an den Staatssekretär des Innern folgende Eingabe gerichtet: „Der im Reichsamt des Innern ausgearbeitete vorläufige Entwurf eines Patentrechts ist veröffentlicht worden, um den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, zu den geplanten Neuerungen Stellung zu nehmen. Dies ist von manchen Seiten geschehen, und auch wir haben am 17. Dezember v. J. in unserer Patentkommission, am 12. Februar d. J. in unserer Ausschuss und am 18. März d. J. in unserer Vollversammlung über den Entwurf verhandelt und haben das Ergebnis der Verhandlungen in den Sitzungsberichten und in unserer Eingabe vom 20. März d. J. dem Herrn Staatssekretär überreicht. Wir gelangten zu der Anschauung, daß der Entwurf in der vorliegenden Fassung unannehmbar sei und ihm gegenüber der gegenwärtige Rechtszustand den Vorzug verdiene. Nun hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 14. Dezember v. J. (zweite Morgenausgabe, erstes Beiblatt) eine Zuschrift „von sechshundert Seiten“ veröffentlicht, die sich gegen die Verwerfung des Entwurfs durch die Industrie, wendet, die Preisgebung der Grundzüge, der Hauptpunkte der ganzen Neuerung, durch die Regierung für außerordentlich unvorteilhaft erklärt, und den Sach enthält: „Soweit die Industrie einen intransigenten Standpunkt einnimmt und sich den Gründen verschließt, aus denen der Entwurf einigen ihrer Wünsche nicht nachgibt, ist ihre Interessenpolitik einseitig.“ Wenn auch diese Veröffentlichung vor unseren Verhandlungen erfolgt ist, so verwarfen wir uns doch dagegen, daß man die auf sorgfältiger Erwägung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte beruhende Kritik der Industrie an dem Entwurf herabzusetzen sucht, indem man sie als intransigent und als Ausfluß einer einseitigen Interessenpolitik bezeichnet. Da wir mit der Möglichkeit rechnen, daß die Zuschrift aus dem Reichsamt des Innern, oder dem kaiserlichen Patentamt stammt, versehen wir nicht, dem Herrn Staatssekretär unsere Meinung zur Kenntnis zu bringen.“

Bayern will keine deutsche Eisenbahngemeinschaft. In der bayerischen Abgeordnetenkammer wandten sich in der Freitagssitzung bei der Generaldebatte über den Eisenbahnetat die Redner aller Parteien gegen eine deutsche Eisenbahngemeinschaft, gegen die sowohl wirtschaftliche wie politische Gründe ins Treffen geführt wurden. Zustimmung fand dagegen der Vorschlag einer Vereinfachung der gesamten Verwaltung.

Preussisch-bayrisch-herfische Verhandlungen über die Mainabwässer. In der letzten Zeit sind von verschiedenen Interessentkreisen bei den zuständigen preussischen Behörden zahlreiche Klagen und Beschwerden über eine zunehmende Verunreinigung des Rains erhoben worden. Die daraufhin eingeleiteten Erhebungen haben ergeben, daß tatsächlich eine ungewöhnlich starke Verunreinigung des Rains vorliegt. Die Schwierigkeit für die Beseitigung dieses Abfalls liegt darin, daß die Einleitungen von Schmutz- und Abwässern nicht allein von Preußen, sondern auch Bayern und Hessen herühren. Die preussische Staatsregierung hat deshalb — wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ von gut unterrichteter Seite hört — unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern Veranlassung genommen, mit beiden Staaten wegen Ab-

stellung der Verschmutzung in Verbindung zu treten. Man hofft, daß die eingeleiteten Verhandlungen bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, besonders bezüglich der besseren Reinigung der städtischen Abwässer aus Offenbach.

Der konfessionslose Moralunterricht. Die „liberale Landtagskorrespondenz“ schreibt: Die liberale Landtagsfraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem viel erörterten Erlaß des bayerischen Kultusministers beschäftigt, durch den der zum Teil seit vielen Jahren bestehende Sitten- und Religionsunterricht der freireligiösen Gemeinden verboten wird. Der Erlaß berührt die Grundfragen religiöser Gleichberechtigung und der Gewissensfreiheit; er steht zudem in schroffem Widerspruch zu den eigenen Äußerungen des Kultusministers in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 20. November letzten Jahres. Die liberale Fraktion wird dem Minister bei der nächsten dazu geeigneten Gelegenheit wegen des Erlasses zur Rede stellen.

Ein internationales statistisches Bureau. Im vergangenen Jahre fand in Brüssel ein internationaler statistischer Kongress statt. Zur Erörterung stand u. a. die Frage, ob es sich empfehle, ein internationales statistisches Bureau einzurichten. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß nunmehr zwischen den an der Konferenz beteiligten Staaten eine Vereinbarung auf Errichtung eines solchen Bureaus zustande gekommen ist, der auch Deutschland beigetreten ist. Das Bureau wird versuchen, durch Gruppierungen in den statistischen Warenverzeichnis der verschiedenen Länder eine vergleichbare internationale Handelsstatistik zu erzielen.

Der Lohnkampf in der Lausitz. In den zehn Versammlungen der Arbeiterschaft, die am 23. Juli in Forst stattfanden, wurden die ausgesperrten Arbeiter aufgefordert, falls sie von der Krankenkasse abgemeldet sein sollten, die Versicherungsbeiträge fortzusetzen, damit sie im Krankheitsfalle der Vorteile der Krankenkasse nicht verlustig gingen. Weiter wurde ihnen bedeutet, sich andauernd der größten Ruhe zu befleißigen. Am 27. Juli zahlte der deutsche Textilarbeiterverband seinen ausgesperrten Mitgliedern die ersten Unterstützungsgelder aus.

Heer und Flotte.

Personalveränderungen. Siemens, Internarz h. 1. Hoff. Feldart.-Reg. Nr. 37 Oranien. mit Wahrnehmung einer offenen Assi.-Kasselle beauftragt.

Ein neuer Flugstützpunkt. Der Flugplatz Wanne-Serten ist vom Kriegsministerium zum Flugstützpunkt bestimmt worden. Die seit längerer Zeit zwischen dem Kriegsministerium und der Verwaltung des Flugplatzes geführten Verhandlungen haben heute nach der Unterzeichnung eines Vertrages ihren Abschluß gefunden, nach dem der Flugplatz Wanne-Serten in die Zahl der staatlich subventionierten Flugstützpunkte aufgenommen worden ist.

Post und Eisenbahn.

Eine Fählung der Eisenbahnreisenden. Aus Leipzig wird gemeldet: In allen dem Personenverkehr dienenden Zügen hat von Mittwoch bis Freitag auf Anordnung der Eisenbahndirektion eine Fählung der Reisenden stattgefunden. Der Zweck ist festzustellen, in welcher Weise während der jetzigen Reisezeit die Eisenbahnzüge benutzt werden und ob die Zahl der Wagen und Plätze dem Verkehrsandrang entspricht.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Verhaftung rumänischer Studenten. Budapest, 24. Juli. Vorgesert wurden an der rumänischen Grenze dreißig rumänische Studenten verhaftet. Sie werden in Hermannstadt wegen Verhöhnung des ungarischen Sinates vor Gericht gestellt und verbleiben weiter in Haft.

Frankreich.

Wieder ein Deutscher unter Spionageverdacht verhaftet. Paris, 25. Juli. In Gray bei Dijon wurde ein angeblicher deutscher Elektriker namens Silni verhaftet, weil er einem Soldaten zur Desertion verholfen haben soll.

England.

Ergebnislosigkeit der Homerulskonferenz. R. London, 24. Juli. Die Homerulskonferenz erzielte kein Übereinkommen. Das Kabinett sei gegenwärtig zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Die Mitteilung Asquiths im Unterhause. London, 24. Juli. Premierminister Asquith teilte im Unterhause mit, die Homerulskonferenz habe die Möglichkeit erwogen, gewisse Gebiete abzugrenzen, die von den Bestimmungen der Homerulsbill ausgeschlossen werden sollen, sei aber nicht imstande gewesen, im Prinzip oder in Einzelheiten darüber eine Einigung zu erzielen und habe ihre Beratungen geschlossen. Der Sprecher als Vorsitzender habe dem König darüber Mitteilung gemacht. Asquith fügte hinzu, die zweite Lesung der Ergänzungsbill werde am 28. Juli stattfinden. — Das Haus vertagte sich darauf in großer Erregung.

Nordische Staaten.

Die Nordlandreise des Kaisers. Västernorrland, 24. Juli. Vor dem Frühstück unternahm der Kaiser mit einigen Herren des Hofes einen längeren Spaziergang an Bord und wohnte mittags dem Wasserportfest der Rannschiffen der „Sohngöllern“ und der „Vogelkiffse“ bei. Mittags traf aus Berlin ein Kurier mit Depeschen ein. Nachmittags ging der Kaiser mit Gefolge an Bord des „Sleipner“, um einen Ausflug nach Vil zu machen, wo die angeblich aus dem 12. Jahrhundert stammende Holzkirche eingehend besichtigt wurde.

Rußland.

Zum Tode des Fürsten Metsherski. Mit dem Fürsten Metsherski, dessen Tod wir in der gestrigen Abendausgabe meldeten, ist einer der bedeutendsten Politiker Rußlands aus dem Leben geschieden, zugleich ein entschiedener Gegner derjenigen Politik, deren Hauptvertreter der russische Botschafter in Paris Istowolski war. Der Fürst vertrat in seinem Blatt „Graschnin“ mehr die alte russische Politik, die auf ein gutes Verhältnis mit Deutschland Wert legte. Noch eben beim Besuch des Präsidenten Poincaré kam diese Haltung in seinem Blatt zum Ausdruck. Besonders scharf griff er häufig England an, so auch bei Gelegenheit des letzten englischen Notenbesuches in Kownstadt. Sterbt im Albauer Hafen. Libau, 24. Juli. Die Hafenarbeiter sind in den Ausbruch getreten. Sie verlangen eine Besserung ihrer materiellen Lage.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Todesfall. Gestern morgen verstarb im vollendeten 77. Lebensjahre Herr Samuel Bielefeld, Seniorchef der Firma „Wiesbadener Bank, S. Bielefeld u. Söhne“.

Die Wetterlage. Die für Mitte der Woche angelegte Störung in der europäischen Luftdruckverteilung hat einen unerwartet großen Einfluss auf unser Wetter genommen.

Die Kanalbenutzungsgebührenordnung. Der Magistrat schreibt an: „Die in der letzten Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen zwei Abänderungen der Kanalbenutzungsgebührenordnung sind von dem Bezirksausschuss bereits genehmigt worden.“

Fleischpreise. Vom Vorstand der „Fleischerinnung“, Obermeister J. Mattern, erhalten wir eine Zuschrift, in der es u. a. heißt: „Den in Ihrem Morgenblatt vom 23. d. M. gedruckten Artikel über die Fleischpreise kann ich im Interesse des hiesigen Metzgergewerbes nicht un widersprochen lassen.“

Diebstahl. In der Taunusstraße wurde von einer dort haltenden Kasse ein brauner Korb mit 300 Eiern gestohlen. Etwaige Mittelungen über den Täter werden auf Zimmer 18 der Polizeidirektion entgegen genommen.

Personalnachrichten. Ernannt zum Oberpostsekretär Postsekretär Hanckammer in Wiesbaden. Staatsrat in Wiesbaden und Privat in Bad Domburg. Übertragen eine Postmeisterstelle dem Postsekretär Löw aus Wingen in Dornheim.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes. Kurtheater. Morgen Sonntag wird „Oberst Holmes letztes Abenteuer“ zum letztenmal gegeben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden. Sonnenberg. 24. Juli. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung wurde die Tagesordnung mit der Bewilligung einer Ausnahme für die Errichtung eines Landhauses an der Bingerstraße eröffnet.

willigt die Ausnahme unter den üblichen Bedingungen. Von dem festgesetzten technischen Kanalplan für die Verbindungsstraße nach der Kaiser-Friedrichstraße zwischen den Besitzungen Wiesbadener Straße 60 und 71 wird Meinungs genommen. Die von der Gemeindevertretung wiederholt zum Ausdruck gebrachte Notwendigkeit einer Herabsetzung der Baukosten hat in der beschlossenen Form nicht die Genehmigung der Ausschussbehörde erhalten.

Diebstahl. In der Taunusstraße wurde von einer dort haltenden Kasse ein brauner Korb mit 300 Eiern gestohlen. Etwaige Mittelungen über den Täter werden auf Zimmer 18 der Polizeidirektion entgegen genommen.

Personalnachrichten. Ernannt zum Oberpostsekretär Postsekretär Hanckammer in Wiesbaden. Staatsrat in Wiesbaden und Privat in Bad Domburg. Übertragen eine Postmeisterstelle dem Postsekretär Löw aus Wingen in Dornheim.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes. Kurtheater. Morgen Sonntag wird „Oberst Holmes letztes Abenteuer“ zum letztenmal gegeben.

Aus dem Landkreis Wiesbaden. Sonnenberg. 24. Juli. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung wurde die Tagesordnung mit der Bewilligung einer Ausnahme für die Errichtung eines Landhauses an der Bingerstraße eröffnet.

Regierungsbezirk Kassel.

Marburg, 24. Juli. Wie schon kurz gemeldet, wurde gestern Abend in dem etwa 2 Stunden von hier entfernten sogenannten Ummersbüsch bei Caldern ein schweres Verbrechen verübt. Seit einigen Tagen hatte man in den umliegenden Ortschaften einen verdächtig aussehenden Mann bemerkt, der sich beständig umtrieb und die Leute belästigte.

FC. Wilhelmshöhe, 24. Juli. Nach den neuesten Dispositionen wird das Herzogspaar von Braunschweig und Lüneburg mit dem kleinen Sohne in der Zeit vom 1. bis 10. August, nachdem der Kaiser hier eingetroffen ist, zum Besuch des Kaiserpaars hier erwartet.

Nachbarstaaten u. Provinzen.

Mainz, 25. Juli. Am Abend des 8. März versuchte der 34jährige auf dem technischen Bureau der Eisenbahndirektion Mainz beschäftigte Zeichner Karl Damm auf dem Bahnsteig in Heidesheim kurz vor 5 1/2 Uhr abends seinen Vater, den dortigen Bahnverwalter, zu erwidern. Er schoss dabei mit einem Revolver seinem Vater eine Kugel ins Gesicht, die durch den linken Oberkiefer in die Kehnhöhle eingedrungen war.

Wien, 25. Juli. Noch immer nicht zu Ende ist die Geschichte „Die Gasthäuser am Rhein“. Nachdem verschiedene Eingekaufte in „Stadt-Anzeiger“ zu Köln die Seite von verschiedenen Seiten belästigt haben, wird sich nunmehr auch der Verein der rheinischen Hoteliers und vor allem der Vorstand des Verbandsvereins in Königswinter damit beschäftigen. Gerade der letztere ist dabei ja am meisten interessiert, da der Gast in einem Gasthause in Königswinter überverteilt wurde.

Letzte Drahtberichte.

Die äußerste Zuspitzung der Krisis.

Kriegsvorbereitungen der österreichischen Bahnen. Graz, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht) Auf allen böhmischen Bahnen sind Vorbereitungen für den Mobilisierungsfall getroffen. Das gesamte Bahnpersonal wurde aus dem Urlaub zurückgerufen.

Weitere patriotische Kundgebungen in Wien. Wien, 25. Juli. Den Blättern zufolge fanden gestern an vielen öffentlichen Stellen, wie am Tegethoff-Denkmal, große patriotische Kundgebungen statt. Nach einer Versammlung zogen etwa 500 Manifestanten unter Abführung der Volkshymne und Hochrufen auf Österreich-Ungarn sowie Hui-Rufen auf Serbien zum Prinz-Eugen-Denkmal, wo eine patriotische Demonstration stattfand.

Der junge Thronfolger zum Obersten ernannt. Wien, 25. Juli. Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht die Ernennung des Erzherzogs Karl Franz Joseph zum Obersten des 1. Infanterie-Regiments.

Die russisch-französische Intervention in Wien. Paris, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht) Der „Petit Parisien“, der in enger Fühlung mit dem Ministerium des Auswärtigen steht, erfährt, daß Rußland und Frankreich bereits gestern in Wien Schritte unternommen haben, um den Frieden zwischen Österreich und Serbien zu sichern.

Noch keine Intervention der Triple-Entente. Wien, 25. Juli. Vielfach wurde gestern eine Nachricht verbreitet, daß seitens einer der Triple-Entente angehörigen Mächte beim Minister des Auswärtigen Verstoß zugunsten Serbiens interveniert worden sei.

Lord Haldane über die Lage. London, 25. Juli. Lord Haldane sagte in einer gestern gehaltenen Rede, die Lage im nahen Osten sei derart, daß sie jede Regierung in Verlegenheit versetzen würde.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Dem Entel die Hand verkrüppelt. Kassel, 24. Juli. Ein hebräisches Unglück geschah heute vormittag dahier. Der Zimmermann Kurz schlug an dem Treppengang von der Feststraße zur Schule Zaunpfähle ein. Hierbei half ihm eifrig sein sechsjähriger Entel, der Sohn des Wehgers Busch, indem er dem Großvater die einzuschlagenden Pfähle festhielt.

Das schwere Automobilunglück. Dautern, 24. Juli. Heute vormittag wurde die Unfallstelle, an der gestern der Autoomnibus verunglückte, durch Staatsanwalt Dr. Baumeister (Limburg) besichtigt. Nach Ansicht der unversehrt gebliebenen Fahrteilnehmer hat der Chauffeur Erwin Höfeler, der erst kürzlich die Prüfung als Kraftwagenführer bestand, den großen Wagen nicht in der Gewalt gehabt.

Königsstein, 24. Juli. Heute kam Prinzessin Hilda von Anhalt, eine Schwester der Großherzogin Adolphine von Sachsen, hier im Schloße der letzteren an. Ihr Aufenthalt ist auf 6 Wochen vorgesehen. Während dieser Zeit wird auch die Großherzogin Hilda von Baden hier erwartet.

Dillenburg, 24. Juli. Kommerzienrat Rudolf Haas in Neuhoffnungshütte bei Sinn wurde der Charakter als Geheimkommerzienrat verliehen.

sehen
Land
die Ge
dem B
darum
gesund
seit 10
an per
einer r
ausgef
wi
der
der
ho
ni
der Jo
eines
Gef
soden
sie die
Nachb
Kriegs
Macht
nicht
anerke
haupts
les M
Österr
baten
dung.
war
Bro
reicht
und d
ziehen
alle A
Ende
T
Ingar
haben
Porte
Widg
jag
ich u
Nord
Verp
würde
T
auch
Kri
brau
u ne
Leite
territ
find
S
jede
müß
Rück
tragen
im se
Wal
daru
wah
größt
chisch
23 P
bahne
schle
übrig
Russ
wri
6 P
es ka
das
wei
haber
Geld
Pri
an d
an S
Krieg
Auge
Bors
Lok
schei
wie
gest
Nach
Ulti
Öster
kann
Die
tehl
rest
der
der
aller
der
ware
7/10

sehen müsse, aber er hoffe, daß die Interessen Englands auf der Seite des Friedens stehen werden.

Eine Verhaftung wegen Hochverrats in Rumänien.

10. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Hier verhaftete die Gendarmerie den Silberhüttenbesitzer Borowitsch unter dem Verdacht des Hochverrats. Er war 10 Jahre lang Gendarm in Bosnien. Borowitsch gab zu, von den in Bosnien gefundenden Bomben gewußt zu haben. Bomben seien schon seit 1909 in großer Zahl nach Bosnien eingeschmuggelt und an verschiedenen Orten versteckt worden, um sie gelegentlich einer Erhebung, die aus verschiedenen Gründen immer hinausgeschoben wurde, zu benutzen.

Die letzten englischen Prestigestimmen.

Die Berechtigung des Schrittes und dessen Gefahr.

London, 25. Juli. Die Blätter beschäftigen sich mit der Wiener Note. — Die „Times“ schreibt: Alle, denen der allgemeine Friede am Herzen liegt, müssen ernstlich hoffen, daß Österreich-Ungarn in der Note an Serbien nicht sein letztes Wort gesprochen hat. Wenn dies doch der Fall ist, dann stehen wir am Rande des Krieges, und zwar eines Krieges, der für alle Großmächte unvorstellbare Gefahren im Gefolge haben kann. Das Blatt gibt die Tatsachen und Ziele der großserbischen Agitation zu, sowie daß sie die serbische Regierung nicht unterdrückt hätte und daß ein Nachbarstaat an sich berechtigt wäre, hierauf mit einer Kriegsdrohung oder einem Kriege zu antworten. Aber eine Macht, die von diesem Rechte Gebrauch machen will, könne nicht erwarten, daß die Gerechtigkeit ihrer Aktion von anderen anerkannt werde, bis sie sie durch etwas mehr als bloße Behauptungen erhärtet. Außerdem nehme die kurze Frist des Ultimatums Serbien jede Gelegenheit, sich zu verteidigen. Österreich-Ungarn überlasse damit einem kleinen und erregbaren Balkanstaate binnen wenigen Stunden die Entscheidung, ob ein dritter Balkankrieg stattfinden soll, und zwar ein Balkankrieg, in dem diesmal von Anfang an eine Großmacht verwickelt sein würde. Einige der österreichischen Forderungen seien im höchsten Maße hart und demütigend. Alle Mächte müßten in Erwägung ziehen, was ihre Ablehnung bedeuten könnte, und sie müßten alle Anstrengungen machen, einen Kampf zu vermeiden, dessen Ende niemand voraussehen könnte.

Der „Daily Telegraph“ glaubt, daß Österreich-Ungarn in keinem Falle von einem Kriege Vorteil haben würde, denn wenn er erfolgreich wäre, so würden seine Vorteile äußerst zweifelhaft sein, während ein erfolgloser Ausgang unheilvolle Wirkungen haben würde. Andererseits sagt das Blatt, ist es die serbische Regierung, die sich selbst schuldig, ihre Ehre von der Angelegenheit der Ritschuld an der Mordtat zu reinigen, und das Blatt zweifelt nicht, daß diese Verpflichtung vollkommen anerkannt und erfüllt werden würde.

Der „Daily Telegraph“ sagt: Keine der Großmächte, auch nicht Rußland, wollen in diesem Augenblick Krieg, und daher wünscht keine ein Opfer für einen brandstiftetischen Staat zu bringen, der nicht nur unentschuldbar Verbrechen vor sich gebracht hat, sondern auch eine beständige Bedrohung für den territorialen Status quo im Orient sei.

Die „Morning Post“ schreibt: Die Forderungen Österreichs sind ohne Präzedenz und bedeuten einen Verzicht Ser-

biens auf seine Souveränität und Unabhängigkeit. Das Verfahren ist das hochfahrendste, das man in der Geschichte kennt. Die österreichische Regierung sei weiter gegangen, als man im Traum für möglich halten konnte, denn solche Forderungen sind in einer solchen Form niemals einem besiegten Staat auferlegt worden. Andere Staaten mögen Serbien zum Nachgeben raten, aber zum Widerstand könnte keine Regierung raten, wenn sie nicht bereit wäre, zum Bestand Serbiens zu handeln. Das ganze Verfahren mache den Eindruck einer Herausforderung Österreichs, als eines Mitglieds des Dreibundes an die anderen Mächte oder als Herausforderung an den Zweibund, die England zwingen sollte, sich zu entscheiden, ob es an der europäischen Politik weiter teilnehmen wolle oder nicht.

„Daily Mail“ schreibt: Wenn Österreich Rußlands Forderung auf Verlängerung der Frist ablehnt, so werde der Konflikt nicht lokalisiert bleiben, und die Großmächte würden einer europäischen Frage ersten Ranges gegenüberstehen. Die Frage würde keine österreichisch-serbische sein, sondern die Tripelentente würde dem Dreibund gegenüberstehen.

Der „Daily Chronicle“ sagt: Die österreichische Note ist tragisch, aber kaum tragischer, als die begründete Selbstverleugung der Doppelmonarchie erfordert. Die serbischen Agitatoren und Komitaischis haben mit Zustimmung der gesamten regierenden Klasse in Bosnien etwa dieselbe Kampagne gegen Österreich-Ungarn geführt, die alle Balkanvölker bis 1912 in Mazedonien gegen die Türkei führten. Aber die Türkei war ein „kranker Mann“ und von der Großmacht Österreich-Ungarn muß man Widerstand gegen ein solches Verfahren erwarten. Österreich könne etwas dergleichen von einem Nachbarstaate nicht dulden, ohne seine Würde und seine Existenz zu gefährden. Seine Forderungen seien außerdem von der Versicherung begleitet, daß es auf keinen Fall die Integrität des serbischen Territoriums beeinträchtigen wolle. Wenn die politische Existenz Serbiens auf dem Spiele stünde, so würde Rußland sicher in den Krieg gehen, aber das Blatt glaubt, daß Rußland diese Frage nicht in diesem Lichte sehen würde. Serbien habe eine schlechte Sache, und Rußland noch viel weniger als die anderen Mächte der Triple-Entente könnte seinen Standpunkt vertreten. Rußland läte am besten, Serbien zum Nachgeben zu raten, während es über die österreichische Verpflichtung wacht, das Land nicht zu annektieren. Wenn die Mächte der Tripel-Entente darüber hinaus eingriffen, so müßten sie die Fehler von 1909 vermeiden, wodurch sie Serbien die Hoffnung erweckten, mehr zu erreichen, als es erreichen konnte, und wodurch der Krieg unnötig hinausgezogen wurde.

Die „Daily News“ sagen: Österreichs Forderungen enthalten nichts, was wirklich unerträglich wäre. Seine Entzweiung sei natürlich und nicht ungerecht, und Serbien läte am besten, sich prompt zu unterwerfen. Verhandlungen könnten später erfolgen.

Ein Landhütchen abgebrannt.

Wien, 25. Juli. Das „Neue Wiener Tagblatt“ meldet aus Kralau: In der Stadt Burzgin sind 200 Häuser abgebrannt. Vier Kinder sind verbrannt, viele Personen wurden verletzt. Über 300 Familien sind obdachlos.

Handelsteil.

Berliner Börse.

Berlin, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Börse hat jeden Halt und alle Fassung verloren. Heute mußte man geradezu von einer Deroute sprechen, da die Rückgänge fast das Dreifache der gestrigen Verluste betragen. Man befürchtet eine russische Einmischung im serbisch-österreichischen Konflikt, was der Entfaltung eines Weltbrandes gleichkommen würde. Die Stimmung war daraufhin geradezu demoralisiert und die Ware wurde wahl- und planlos auf dem Markt geworfen. Den größten Ansturm hatten wieder Russenbanken und österreichische Werte auszuhalten. Petersburger Internationale anfangs 23 Proz. niedriger. Russenbanken, Türkenlose und Orientbahnen mußten 16 Proz., 11 1/2 bzw. 7 Proz. ein. Hansa schließlich 17 Proz. niedriger, Aumetz-Friede 10 1/2 Proz., die übrigen Werte der Hauptmärkte bis 6 Proz. gedrückt. 1902 er Russen gingen um 2 1/2 Proz., Österreichische Renten und Ungarische Kronrente um 1 1/2 Proz. zurück. Canada wurden um 6 Proz. herabgedrückt. Deutsche Bank verloren 5 Proz. Aber es kam immer weiteres neues Material an den Markt und das Kursniveau senkte sich weiter und weiter. Tägliches Geld war noch zu 2 Proz. und darüber zu haben. Ultimogeld zu 3 1/2 Proz. bei strengster Auswahl der Geldsucher; die Seehandlung gab solches zu 2 1/2 Proz. Privatdiskont 3 Proz. (gestern 2 1/2 Proz.).

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Es gibt an der Börse nur eine Frage: Bedeutet die österreichische Note an Serbien den Krieg? Weiter frage sich die Börse, ob der Krieg auf Serbien und Österreich beschränkt bleibt. Aller Augen richten sich auf Rußland. Es gibt aber an der Börse verständige und durchblickende Menschen, denen eine Lokalisierung des Streitfalles mit Ehren möglich scheint. Die Börse ist aufgeregt, da Zweifel bestehen, wie sich die anderen Mächte dazu stellen. Bereits an der gestrigen Abendbörse trat eine weitere Verflauung ein, auf die Nachricht, daß Rußland intervenieren wolle, um die Frist des Ultimatums hinauszuschieben. Es liegt auf der Hand, daß Österreich nur gegen gewisse Garantien dieses genehmigen kann; heute zeigte sich bei Eröffnung eine flauere Tendenz. Die von Wien abhängigen Werte unterlagen weiteren Abschlagen. Das Angebot war jedoch nicht so dringend wie gestern. Eine Stütze fand die Börse überhaupt nicht, da auch der New Yorker Markt auf die Gerüchte von der Vertagung der Frachtratenentscheidung in schwacher Haltung schloß. Auf allen Märkten war das Angebot groß, um so mehr, als auch der Berliner Markt Abgabelust zeigte. Die Kurverluste waren bedeutend. Die Börse schloß flau. Privatdiskont 3 1/2 Proz. (gestern 2 1/2 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

Als erster Staatskommissar bei der Berliner Börse soll Geheimer Regierungsrat Fischer, vortragender Rat im Ministerium für Handel und Gewerbe, ausersuchen sein. Geheimer Rat Fischer dürfte in sein neues Amt am 1. September eintreten.

Industrie und Handel.

Ein Zusammenschluß im Gummigewerbe ist kürzlich vollzogen worden. Es handelt sich dabei um eine Vereinigung in der Gummiabsatzbranche, die durch die Mode gerade in letzter Zeit stark an Ausdehnung gewonnen hat. Man hofft durch die Vereinigung gewisse Auswüchse, die sich in der Branche sehr unangenehm bemerkbar gemacht haben, zu beseitigen. In erster Reihe soll mit dem neuen Verbands bezweckt werden, das Zugabewesen, das auf diesem Gebiet einzusetzen und Schaden anzurichten droht, zu beseitigen. Die vor einiger Zeit unter einer Anzahl Gummifabrikanten herorgetretenen Bestrebungen auf anderen Gebieten eine Konvention zu schaffen, haben zu einem Ergebnis nicht geführt.

Dividenden von Porzellanfabriken. Die Dividende der Porzellanfabrik Königszelt in Königszelt wird mit 9 Proz. (i. V. 11), die der Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther in Selb mit 12 Proz. (12) in Vorschlag gebracht werden.

Auffindung einer Petroleumquelle. Bei Bana in der Nähe von Moreni in Rumänien ist eine Petroleumquelle von ungewöhnlichem Reichtum zutage getreten. Die Quelle liegt 670 Meter tief.

Verkehrswesen.

Ratenermäßigung der Canadian Northern-Linie. Montreal, 24. Juli. Auf die Ankündigung der Herabsetzung der Zwischendecksraten um einige Dollars seitens der Canadian Pacific Railroad und der Allan-Linie, wurden von der Canadian Northern-Linie ähnliche Ermäßigungen vorgenommen.

Versicherungswesen.

Versicherung gegen Kriegsgefahr. An der gestrigen Bremer Börse wurden für enorme Beträge Versicherungen gegen Kriegsgefahr abgeschlossen. Die Prämie beträgt 1/8 bis 1/4 Proz., je nach Lage der Schiffe.

Weinbau und Weinhandel.

Gegen die Weinfirma Gebr. Eckel in Deidesheim ist nunmehr der Konkurs beantragt worden. Der Konkursantrag geht von einem Gläubiger mit einer nur geringen Forderung aus. Das Interesse der großen Gläubiger geht aber dahin, den Konkurs zu vermeiden und die Liquidation auf dem raschesten und billigsten Wege zu betreiben. Bei einem Konkurs würde der bereits vollzogene Verkauf der Firma und des Weinlagers ungültig, es müßte das Unternehmen aufs neue verkauft oder versteigert werden. Ob dabei aber ein so günstiges Resultat erzielt würde wie bei der letztthin vollzogenen Versteigerung, ist sehr fraglich.

Marktberichte.

Frucht- und Wochenmarkt zu Mainz vom 24. Juli. Preise per 100 kg. Weizen, Pfälzer, 20.75 bis 21.75 M., Roggen, Pfälzer, 17 bis 17.75 M., Futtergerste 14.50 M., Hafer, inländischer, 19.75 M., Wiesenheu 5.50 bis 7 M., Kleeheu 5.30 bis 8.60 M., Stroh, Fiegladrusch, 5 M., Maschinendrusch 2.70 bis 3 M., Speisekartoffeln (Industrie), neu, 6.50 bis 7.75 M., Landbutter per Pfd. 1.20 bis 1.30 M., in Klumpen per Pfd.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

25. Juli, 8 Uhr vormittags.

Table with weather data for various stations including Hamburg, Berlin, and others. Columns include station name, wind direction, weather conditions, and temperature.

Beobachtungen in Wiesbaden

Table with weather observations for Wiesbaden. Columns include date, time, barometer, thermometer, and other meteorological data.

Wettervoraussage für Sonntag, 26. Juli 1914, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M. Abnehmende Bewölkung, zeitweise Regenschauer, kühl, zeitweilig auffrischende, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Table with water level data for the Rhine. Columns include location, date, and water level measurements.

Advertisement for '1000' toothpaste. Features an illustration of a hand holding a tube of toothpaste and the text 'Etwas Besseres für die Zahnpflege giebt es nicht!'.

1.20 bis 1.25 M., Eier per 25 Stück 1.60 bis 2 M. — Brotpreise der Stadt Mainz nach Erklärung der Bäckereiinnung: 2 Kilo gemischtes Brot 1. Sorte 60 Pf., 2 Kilo Schwarzbrot 2. Sorte 56 Pf., 1 1/2 Kilo Weißbrot, allgem. Preis, 75 Pf. N Viehmarkt zu Mainz vom 24. Juli. Ochsen: a) Lebendgewicht 46 bis 49.50 M., Schlachtgewicht 48 bis 88 M., b) 42.50 bis 44.50 bzw. 76 bis 80 M., Bullen: b) 38.50 bis 39.50 bzw. 68 bis 73 M., Färsen und Kühe: a) 39 bis 47 bzw. 76 bis 84 Mark, b) 41.50 bis 43.50 bzw. 76 bis 78 M., c) 33.50 bzw. 64 M., d) 56 bis 59 bzw. 94 bis 98 M., Schweine: c) 45 bis 46.50 bzw. 56 bis 58 M., d) 47 bzw. 59 bis 60 M., e) 46 bis 47 bzw. 58 bis 60 M. — Fleischpreise der Stadt Mainz nach freier Erklärung der Metzgerinnung: Ochsenfleisch per Pfd. 84 bis 90 Pf., Kuh- oder Rindfleisch 60 bis 84 Pf., Schweinefleisch 70 bis 80 Pf., Kalbfleisch 92 bis 96 Pf., Hammelfleisch 70 bis 100 Pf. Preissteigerung am Getreidemarkt. Die politischen Vorgänge blieben auf die Berliner Getreidebörse naturgemäß nicht ohne Einfluß. An der gestrigen offiziellen Berliner Mittagbörse gestaltete sich der Verkehr noch lebhafter und Weizen und Roggen stiegen fast 3 M.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 20. bis 23. Juli 1914.

Table with shipping news. Columns include ship name, origin, destination, and arrival/departure dates.

Bleibrich-Mainzer Dampfschiffahrt. (August Waldmann, Bleibrich.) Von Mainz nach Bleibrich ab Stadthafen (bei schönem Wetter evtl. halbtäglich): 9.30, 10.30, 11.30, 12.30, 2.30, 3.30, 4.30, 5.30, 6.30, 7.30, 8.30, 9.30. Von Bleibrich nach Mainz ab Schleiß (bei schönem Wetter evtl. halbtäglich): 9.30, 10.30, 11.30, 12.30, 2.30, 3.30, 4.30, 5.30, 6.30, 7.30, 8.30, 9.30. Mit 7 bis 14 Juni nur Sonntags. — (Wochentags bei schlechtem Wetter erst ab 2 Uhr.)

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten und die Beilagen „Der Landbote“.

Verantwortlich für die innere Redaktion: H. Gessner; für die äußere Redaktion: Dr. phil. G. Schellenberg; für die Druckerei: G. Schellenberg; für die Anzeigenverwaltung: G. Schellenberg; für die Buchhandlung: G. Schellenberg; für die Druckerei: G. Schellenberg; für die Anzeigenverwaltung: G. Schellenberg; für die Buchhandlung: G. Schellenberg.

1 Pf. Sterling	20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Lei	80
1 österr. Kr. 100	2.00
1 fl. öst. W. 100	1.70
1 ungar. Krone	85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl. W. 1.125
1 skand. Krone	1.125

Kursberichte vom 25. Juli 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 fl. holl.	1.70
1 alter Gold-Rubel	3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	2.16
1 Peso	4.00
1 Dollar	4.30
7 fl. süddeutsche W. 100	12.00
1 Mk. Bko.	1.50

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %	Div.	In %	
10 1/2	Berliner Handelsbank	142.	10	Rheinische Stahlw.	140.
8 1/2	Commerz- u. Disc.-B.	103.75	12	Riebeck Montan	150.
6 1/2	Darmstädter Bank	110.25	10	Rombacher Hüttenw.	131.
12 1/2	Deutsche Bank	222.	10	Wittener Stahlröhren	118.
6	D. Etl. u. Wechselb.	173.25	Chemische Werke.		
8 1/2	Disconto-Commandit	138.	30	Alberti Chem. W.	380.
8 1/2	Dresdner Bank	138.	28	Bad. Anilin u. Soda	494.
8 1/2	Meininger Hyp.-Bank	111.30	24	Griesheim Elektr.	230.
7 1/2	Nordl. Grundkredit	112.50	30	Höchster Farbwerke	415.
7 1/2	Mittelb. Creditbank	112.50	15	Milch & Co.	245.50
10 1/2	Nationalb. d. Deutschl.	103.50	12 1/2	Rütgerswerke	180.
10 1/2	Oesterr. Kreditanst.	178.	14 1/2	Ang. Wegelin	124.
10 1/2	Petersb. Intern. Bk.	129.25	Elektrizitätsgesellschaften.		
5 1/2	Reichsbank	132.	25	Akkumulatoren	255.
3	Schaaffh. Bankverein	102.50	14	Allgem. Elektr.-Ges.	187.75
Bahnen- und Schiffahrt.					
10	Canada-Pacific	184.80	3	Bergmann Elektr.	97.
6	Baltimore und Ohio	76.50	11	Deutsch. Ueberr.-El.	150.
6	Deutsche E.-Betr.-G.	104.50	11	El. Untern. Zürich	189.
10	Hamb.-Am. Paketf.	102.50	10	Oes. f. elektr. Untern.	157.
20	Hansa-Dampfschiff.	123.50	9	Russ. Allg. Elektr.-G.	129.50
8	Niederwaldbahn	96.	8	Schnecker Elektr.	144.
8	Nordl. Lloyd	131.50	6 1/2	Siemens elektr. Betr.	110.25
7	Oesterr.-Ung. Staatsb.	14.40	Maschinen- u. Metallindustrie.		
8	Oesterr. Südb. (Lomb.)	150.10	30	Adler Fahrradw.	265.
6	Pennsylvania	102.10	10	Bremer Vulkan	128.
6 1/2	Südd. Eisenbahn-G.	128.	20	Bruchsal Maschinen	368.
7 1/2	Schantung-Eisenb.	109.	10	Breuer-M. Höchst/M.	254.50
0	V.Eisenb.-Bau-Betr.-G.	—	28	Dürkopp, Bleichf. M.	107.10
Bräuerereien.					
15	Bräuerer Schultheis	204.50	10	Keonigsmasch. Metallf.	109.
14	Bräuerer Sinner	222.	15	Ludwig Löwe & Co.	278.
10	Leipz. Bierbr. Riebeck	102.75	11	Franz Mügeln & Co.	—
Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.					
1	Beton- und Montierbau	144.50	14	Orenstein & Koppel	127.
23	Deutsche Erdöl-Ges.	158.	0	Rhein. Metallwarenf.	82.50
15	Gebhardt & König	180.	11	Rockstr. & Schneider	—
6	Neue Bodens.-A.-G.	67.	11	Silesia Emailierwerk	—
Bergwerks-Unternehmungen.					
12	Aumetz-Friede	125.	12	Wegelin & Häntzer	121.
10	Baroper Walzwerk	91.	Papier- u. Zellstoffabriken.		
14	Bochumer Ostfahl	109.75	28	Ammendörfer	350.
13	Buderus Eisenwerke	97.	11	Kostheim Zellulose	88.
17	Concordia Bergbau	340.	10	Varziner Papierf.	85.
10	Deutsch-Luxemb. B.	107.10	Textilindustrie.		
20	Donnersmarckhütte	—	30	Mech. Web. Linden	103.75
12	Eisenwerk Kratt	157.	10	Nrdl. Wollkammerei	141.
20	Eisenhütte Thale	241.	40	Ver. Glanzstoff-Fabr.	550.
11	Eschw. Bergwerk	217.	Veredlung.		
11	Geisweider Eisenwerk	120.	0	Adler Feuhl.-Coment	85.
10	Geisenk. Bergwerk	100.	32	D. Wolf- u. Mun.-F	298.10
11	Harpener Bergbau	165.	9	Lindes Eismaschinen	—
11	Hösch-Eisen u. Stahl	289.	6	Markt- u. Köhllöhle	67.
24	Ise Bergbau	647.	10	Nobel-Dynam.-Trast	153.50
8	Königs- u. Lannarhütte	128.	10	Porzellanfabr. Kahla	335.
10	Lachhammer kon.	160.	3	Rositzer Zuckerraff.	—
9	Leob.-Braunkohle	—	28	Spritzbank, A.-G.	—
13 1/2	Manness.-Röhrenw.	187.	29	Ver. Köln Rottweil	—
11	Möhl. Bergwerk	141.	5	South West Africa Co.	88.
15	Oberschl. Koks	—	7	Türkenlose	144.
18	Phönix-Berg- u. Hütt.	211.	Deutsche Kolonial-Ges.		
13	Rhein.-Nass. Bergw.	173.	11.	O. Ostaviminen	Fr.
			5.	S. S. West Afr. C.	—

Vorl. Letzt.	In %	Vorl. Letzt.	In %		
7 1/2	Berg.-Märk. Bank	140.80	8 1/2	M. Mot. Obererr.	—
8 1/2	Berl. Handelsb.	141.	9	Pokorny u. W.	133.
8 1/2	Ull.	109.	12	Pfaff. Nitt. Kays.	150.
6 1/2	Do. Hyp.-B.L.A.B.	104.12	16	Scha. Frankent.	274.
6	Comm. u. Disc.-B.	—	9	Schraub. Kron.	154.
6 1/2	Darmstädter Bk.	111.50	12	Witten. Stahl	195.
12 1/2	Deutsche B. L.-X	222.50	9	Waggon Fuchs	134.
5	Do. Etl. u. W. Thl.	111.80	22	Wagn. Pr.-O. Neb.	300.
6	Do. Hyp.-B.	140.	10	Offab. Ver. D.	164.80
6 1/2	Do. Natb. in Brem.	113.	3	Porzellan Wesel	45.
9	Do. Oberseebr. Thl.	152.	13	Pressh. Spirit, abg.	389.
6	Do. Ver.-Bank	116.70	8	Pulverf. Pl. St. I.	131.
10	Disconto-Ges.	174.50	12	Scharflüss. Steing.	202.
8 1/2	Dresdner Bank	141.50	11	Schulz. Fr. Fränk.	110.
8	Eisenbahnbank	162.50	7	Seiland. (Wolf)	116.50
10	Eisenbahn-R.-Bk.	165.80	15	Sieg. Eisenb. u. Bckh.	—
9	Franckfurter Bank	213.50	15	Olasing. Siemens	—
10	Do. H.-Bk.	154.	10	Stiana Romanz	—
8	Do. Hyp.-K.-V.	154.	8 1/2	Stepp. Tric. Bes.	139.50
8	Luxh. Intern. Bankfr.	—	8	West. Just.	103.
7 1/2	Metallb. u. Met.-G.	127.	10	D. Verlags-Anst.	167.80
4 1/2	Mittelb. Bdr. Gr.	—	15	Zellst.-Fabr. Waldh.	150.
6 1/2	Mittelb. Kreditb.	113.50	25	Zuckerfabr. Frankent.	414.
7	Mittele. Privb. Mgr.	119.	Div. Bergwerks-Aktien.		
7	Nitbbk. f. Dtschl.	103.25	12	Aumetz-Friede	139.
12	Nürnb. Vereinsbk.	245.	10	Berzelius Bergw.	142.
8 1/2	Oest.-Ungar. Bk. Kr.	139.50	14	Boch. Bb. u. G.	199.
7 1/2	Oest. Länderb.	118.50	9	Do. Ull.	153.
10 1/2	Do. Cred.-A. & B.	176.50	7	Brasenk. V. Loomh.	—
7	Pfäz. Bank	120.75	23	Buderus Eisenw.	—
9	Do. Hypot.-Bank	151.	10	Conc. Bergw.-G.	100.
8	Preuss. H.-C.-B. Thl.	151.	10	Deutsch-Luxemb.	105.75
6	Do. Hyp.-A.-B.	103.90	10	Eschweiler Bergw.	—
6 1/2	Reichsbank	138.	15	Friedrichshütte	138.
7	Rhein. Credit-B.	193.	11	Gelsenkirchen	103.
7	Do. Hypot.-Bank	—	11	Harpener Bergw.	168.70
7	Rh.-Westf. Disc.-G.	110.70	11 1/2	Hibernia Bergw.	158.50
5	Schaaffh. Bankver.	104.20	10	Kalw. Aachster	—
6	Südd. Disconto-G.	109.40	13	Kath. Westerrg.	—
8 1/2	Südd. Bodenk.-B.	102.50	4 1/2	Königl. Marienh.	—
5 1/2	Schwabz. Hyp.-B.	102.50	0	Lothring. Eisenw.	75.
7 1/2	Wiener Bank-V.	192.75	0	Oberschl. E. Ull.	—
7	Württemberg. Bankanst.	—	3	Oberschl. Eis.-An.	62.
6	Do. Notenb. u.	116.30	18	Phönix Bergbau	212.75
7	Do. Vereinsbk. B.	131.40	12	Riebeck, Montan	212.25
7 1/2	Banque Ottomane Fr.	107.	8	V. Kön.-u. Laura Thlr.	—
Deutsche Kolonial-Ges.			25	Ostr. Alp. M. & B.	—
11.	O. Ostaviminen	Fr.			
5.	S. S. West Afr. C.	—			

Vorl. Letzt.	In %	Vorl. Letzt.	In %		
8 1/2	Alum. Neum. (50% Jrr.)	226.	8 1/2	Lunck-Büchse	168.50
10	Aschflg. Baustap.-A.	165.	7	Allg. d. Kleinb.	130.
8	Aschflg. Pap.	107.	9	Do. Lok.-u. Str.-B.	—
12 1/2	Bad. Zckf. Wagn. B.	51.30	8 1/2	Berliner Gr.-Str.-B.	140.
0	Basg. Südd. I. 60% E.	—	5	Cass. gr. Str.-B.	108.
15	Bleist. Faber Nbg.	270.	6	D. Eis.-Betr.-Ges.	104.
10	Bräuerer Bindg.	173.	6	Hochb. Berlin	128.50
7	Henninger Fr. u.	122.	7 1/2	Scha. E.-B.-Akt.	110.
3 1/2	Merckes Cass.	153.	6 1/2	Südd. Eisenb.-G.	128.50
10	Hofbr. Nicol.	68.	0	Westf. Eisenb.-G.	108.
10	Kempp	—	7	Hamb.-Am. Pack.	89.50
3	Löwenbr. Sth.	39.	7	Nordl. Lloyd	—
9	Manngr. Br.	168.50	b) Ausländische.		
9	Nürnberg	110.	10 1/2	Baschtelr. Lit. A. & B.	—
7	Rettenmayer	—	11 1/2	Do. Lit. B.	—
11 1/2	Stern Oberrad	191.	7	Ost.-Ung. St.-B. Fr.	131.25
8	St. Akt.	—	6	Do. Södt. (Lomb.)	14.50
9	Celina. Schierl. (W. J.)	146.	4	Prag-Dux Pr.-A. & B.	85.
10	Chem. Heidelb.	132.50	5	Do. St. Akt.	—
8	F. Karst.	—	2 1/2	Rasp. Od.-Eisenf. u.	—
8	Loth. Metz	114.	8	Orient-E.-Betr.-G.	—
10	Cham. u. Th.-W. A.	117.	6	Baltim. u. Ohio Doll	76.62
8	Chem. A.-C. Osnabr.	117.	6	Pennsylv. R. R.	—
28	Bad. A.-u. Soda	606.75	6	Anatol. Eis.-B.	—
0	Blei. Südb. Braub.	75.	5 1/2	Prince Henri Fr.	—
30	D. Gold.-St.-Sch.	523.75	11	Grazer Tramway G. B.	192.
14	Fabr. Odbg.	225.50	Pr.-Obligat. v. Transp.-Anst.		
12	Goldschmidt	427.	5	Allg. d. Kleinb. abg.	73.80
14	F. Grieh. E.	150.	4	Allg. Lok.-u. Str.-B. v. 98	98.
30	Farbw. Höchst	427.	4 1/2	Bad. A.-O. i. Schiff.	93.
20	Fabr. v. Manna.	300.	4	Casseler Strassenbahn	100.
12	Walden-Meer	—	4 1/2	D. E.-Betr.-G. S. II	100.
30	Werke Albert	—	4 1/2	D. Esh.-O. (H. S. II) IV	99.
15	Holzwerkholzg.	—	4 1/2	Nordl. Lloyd abg. u.	66.
12 1/2	Rütgerswerke	—	4 1/2	Do. 1908 uk. 1913	93.
18	Schramm L. Farb.	971.	4	Do. v. 02 uk. 07	93.
12	Ull.-Fabr. Ver.	214.	4	Südd. Eisenbahn v. 07	—
14	Wegel. Rüst.	—	3 1/2	Südd. Eisenbahn	85.
5	Dpfrbr. u. Prih. Helb.	—	b) Ausländische.		
8	Drahtad. Südd.	113.50	4	Elisabethst. in Gold	—
25	El. Accum. Berlin	—	5	Ost. Nordwestb. v. 74	100.20
14	Allg. Ges. Berl.	218.20	3 1/2	Conv. v. 74	—
14	Ull.	217.62	3 1/2	Do. v. 1903 Lit. S. G. B.	100.
5	Bergm.-Werke	—	3 1/2	Do. conv. L. A. Kr.	—
8	Brown Bov. & C.	144.50	3 1/2	Do. von 1903 L. A.	—
30	Condit. Nürnb.	149.	3 1/2	Do. conv. L. B. Kr.	—
11	Dtsch.-Übersee	—	3 1/2	Do. v. 1903 Lit. I. G.	75.25
8	El. Felt. u. Oull. L.	129.	4	Do.	—
4	W. Hamb. v. d. H.	117.50	3 1/2	Do. Södt. (Lomb.)	—
6	Lahnener-Meer	118.50	3 1/2	Do.	—
12	Licht u. Kraft	118.50	3 1/2	Do. E. v. 1871 L. G.	47.
12	Lief.-Gs. Berl.	190.	3 1/2	Do. Staatsb. 73/74	100.
8	Rein. G. u. Sch.	122.40	3 1/2	Do. Brünn-Rob. Thl.	—
7 1/2	Schucker	122.	3	Do. Staatsb. v. 83	—
12	Rhein.	—	3	Do. XX. I.-VIII. Em. Fr.	—
12	Slern. u. Hals.	—	3	Do. IX. Em.	—
6 1/2	Slern. u. Hals.	112.	3	Do. von 1885	—
7 1/2	Fl.-O. Dtsch. A.	118.	3	Do. v. 1895 stf. I. G.	71.40
10	Volg. Hachtb. P.	194.	3	Prag-Dux 1896 stf. I. G. & B.	75.30
5	Feist B. S. Frk. Sekt.	99.	Amerikanische Bahnen.		
5	Oelsenk. Oudst.	99.	2 1/2	Atchafon Top. common	99.25
9	Oummil. Berl.-Frk.	—	2 1/2	Canada Pacific	135.75
0	Mittelb. (Per.)	114.40	5	Eric common	25.
7	Hafenm. v. Süd. Kw.	103.50	5	Mis. Kas. Texas	12.62
9	Hilckirch. M. u. Strassb.	125.	5	Peruvian	37.
8	Jungb. Geb. Strassb.	125.	4 1/2	Reading	82.75
12	Kalk Bn. Westf.	106.	4 1/2	Rock Island	0.75
9	Lederf. N. Spier	106.	4 1/2	Southern Pacific	97.37
5	Rothe Kreuzn.	110.	4	Do. Railway common	20.75
9	Löhnerg. Mühlb.	45.	4	Steele common	61.37
10	Ludwigsh. W.-M.	155.	4	Truce common	13.87
30	Masch. A. Kleyer	—	4	Union Pacific common	159.37
7	Armst. Hilpert	86.	Minen.		
9	Boden. Weinb.	120.	Amalgamated	70.25	
12	Beck u. Henkel	148.50	Anacosta	6.19	
28	Bielefeld D.	254.55	City Deep	68.50	
12	Daimler-Mot.	308.	Rio Tinto	0.81	
5	Esslingen	84.	Chartered	18.56	
7	Faber u. Schl.	80.	Do. Better deferred	1.21	
6	Masch. Fahrz. Eis.	86.	East Rand	—	
25	Frk. & Br. Exz.	262.	Pfandbr. u. Schuldversch.		
9	Osm. Deute	225.	5	Hypothek-Banken.	—
18	Grütz. Durl.	118.	3 1/2	Allg. R.-A. Stuttg.	87.
10	Karlstr.	191.	3 1/2	Bay.-Verh.-München	90.
13 1/2	Manness-R.	191.	4	Do. Handlab.	97.80
9	Masch. u. A. Kl.	—			
12	Moenns	—			

Die Ereignisse in Albanien.

Eine Reise des Fürsten Wilhelm nach Salona.
Durazzo, 24. Juli. Fürst Wilhelm begibt sich nach Salona, um sich persönlich über die dortige Lage zu informieren.

Durazzo vor einem Angriff?

Durazzo, 24. Juli. Der österreichisch-ungarische Kreuzer „St. Georg“ und der englische Kreuzer „Defiance“ haben ihre Ankerplätze näher an die Küste verlegt, da ein Angriff auf die Stadt befürchtet wird.

Zographos und die Kontrollkommission.

Durazzo, 24. Juli. Die epirotische Regierung setzte die mohammedanische Bevölkerung der Orte Delvine und Argrofasia von der Möglichkeit in Kenntnis, daß diese Orte durch epirotische Banden zerstört werden. Die internationale Kontrollkommission protestierte telegraphisch bei Zographos wegen der durch die Epiroten verübten Gräueltaten. Zographos antwortete telegraphisch, indem er die aggressiven Absichten der Epiroten auf Salona sowie die Behauptung, daß griechische Truppen auf Salona sowie die Behauptung, in Abrede stellte. Gleichzeitig beschuldigte er die albanischen Truppen, Gräueltaten begangen zu haben. Die Kontrollkommission antwortete in einem scharf gehaltenen Telegramm, in welchem sie die Verdächtigung gegen die albanischen Truppen widerlegte.

Die Lage in Mexiko.

Die Finanzoperationen Guertas. — Veracruz.

wh. Mexiko, 24. Juli. Präsident Carranza hat eine Untersuchung über die Finanzmethoden Guertas angeordnet. Auf Grund der Untersuchung ist ein Haftbefehl gegen Eugenio Pardoes, den früheren Generalschatzmeister der Republik erlassen worden. Pardoes, der sich jetzt in Puerto Mexico befindet, soll, wird beschuldigt, mehr als zwei Millionen Pesos unterschlagen zu haben. — Die Regierung beginnt sofort mit den Untersuchungen zwecks Wiederherstellung des merikanischen Bundesbanknotens in Veracruz und schlägt auch die Wiederherstellung der militärischen Autorität Mexikos in Veracruz vor.

Optimismus in der Union.

A. P. Washington, 24. Juli. Amtliche Kreise sind hinsichtlich der Herstellung des Friedens in Mexiko hoffnungsvoller denn je. Carranza hat seine Bereitwilligkeit kundgegeben, Milde gegen seine Feinde abzuwalzen zu lassen. Villa verspricht sein Möglichstes zur Wiederherstellung des Friedens zu tun. Zapata drückt den Wunsch aus, mit den Konstitutionalisten zusammenzugehen, um die Regierung in Mexiko wiederherzustellen.

Guerta in Jamaica gelandet.

wh. Kingston, 24. Juli. Guerta und seine Begleiter sind auf dem deutschen Kreuzer „Dresden“ hier eingetroffen. Sie wollen sich hier eine Woche aufhalten.

Der Caillaux-Prozeß.

Der fünfte Verhandlungstag.

wh. Paris, 24. Juli. Labori erwartete die Ankunft der zu Anfang der Verhandlung ausweisenden Frau Guendun, um über die Briefe eine Erklärung abzugeben. Bei der Abgabe seiner Zeugnisaussage sprach sich der Abgeordnete Ceccaldi in warmer Weise zugunsten der Familie Caillaux aus. Dabei rief er zuerst seitens der Advokaten und dann seitens Caillauxs Widerpruch hervor. Darauf sprach Barthou der Angeklagten seine aufrichtige Achtung aus, fügte aber hinzu, daß er seinen Freund Calmette bedauere und schätze, den die Angeklagte geliebt habe. Ferner bedauere er die Kinder, welche ihren Vater beweineten. Nach einem Rede duell Caillaux- Barthou über den Bericht Labors traf Frau Guendun ein. Labori bat, aus den Akten fünf Briefe zurückzugeben, die, wie er sagte, von einer Frau geschrieben seien und mit dem Prozeß in keinerlei Beziehung zu stehen schienen. Labori war der Ansicht, daß man öffentlich drei andere Briefe vorlesen könne, die von Caillaux geschrieben worden seien. Chenu widersprach dem, indem er forderte, daß die Geschworenen von allen Briefen Kenntnis nehmen sollten. Frau Guendun bestand energisch darauf, daß man entweder alle Briefe vorlese oder gar keinen. Darauf wurde vorgeschlagen, sie Chenu zu übergeben. Es folgte eine lebhafteste Debatte zwischen den Advokaten und Frau Guendun, bis Labori erklärte, daß diese Briefe ihm jetzt gehörten, und daß er damit machen werde, was er wolle. — Unter lebhafter Aufregung wurde die Verhandlung unterbrochen.

Nach langer Unterbrechung der Verhandlung erklärte Labori, der die Briefe aufbewahrt, daß er sie nicht lesen werde, aber vorschläge, sie Frau Guendun zurückzugeben. Diese weigerte sich, sie zurückzunehmen. Nach einem lebhaften Wortwechsel erklärte sie, daß Labori über die Briefe im Einverständnis mit Chenu verfahren könne. Labori besprach sich sodann mit Herrn und Frau Caillaux. Mit ihrer Zustimmung beschloß man schließlich, daß die Briefe vorläufig Labori und Chenu anvertraut werden würden.

Damit war der Zwischenfall erledigt, worauf mit der Zeugniserhebung fortgefahren wurde. Der Vorsitzende erklärte, daß die Vernehmung der Ärzte auf Morgen verlegt werde. Da die Verhandlungen nicht bis Samstag zu Ende geführt werden könnten, würden sie auf Montag verschoben.

Dr. Calmette, der Direktor des Postinstituts in Lille sagte aus, daß am Abend des Dramas in Portfeuille seines Bruders zwei Papiere vorgefunden wurden, die das darstellten, was man in der Folge als „Grünes Dokument“ bezeichnete. In Anbetracht der Wichtigkeit habe er sie am 21. März Poincaré eingehändigt, der ihm schriftlich dafür gedankt habe, daß er sie nicht benutzte.

Die Verhandlung wurde um 5 Uhr aufgehoben.

Gerichtssaal.

Eine interessante Beurteilung wegen Gotteslästerung.

sh. Gießen, 24. Juli. In einer Anklagesache wegen Lehrerbeleidigung hat die Strafkammer des hiesigen Königl. Amtsgerichts ein sehr interessantes Urteil ergehen lassen. Der 42 Jahre alte Tischlergehilfe Cesar Wode in Gießen hatte sich jahrelang geweiht, für seinen jetzt 13 Jahre alten Sohn, der die hiesige Anabaptistenkirche besuchte, die vorgeschriebenen Religionsbücher anzuschaffen mit der Begründung, er sei Atheist und wolle aus seinen Sohn als solchen erziehen. Die Bücher wurden schließlich von der Schule selbst geliefert und die Anschaffungskosten von dem jetzigen Angeklagten zwangsweise beigetrieben. In das seinem Sohn ausgehändigte Gesangbuch der hannoverschen Landeskirche schrieb er hinter die Widmung „Auf Gott nur will ich bauen!“ folgende Verse ein: „Verlassen ist jeder, — Der auf den gewaltigen — allmächtigen, helfenden Gott sich verläßt. — In prächtigen Kirchen — Verkünden die Priester — Glenden Menschen — den gütigen, helfenden — Liebenden Gott. — Die Welten verneinen — die heilige Vorsehung; — sie glauben und beten, — bezweifeln und sterben. — Der Gütige, Liebende — läßt hoffen und harren. — bezweifeln und sterben — Gott hilft ihnen nicht!“ Ebenso füllte er andere Lehrbücher mit blasphemischen Wendungen an. Die Kinder stürzten sich wie Wilde auf die Verse, die vor Beginn des Unterrichts und in den Pausen von dem Sohn des Angeklagten vorlesen wurden, und auch die Lehrer erhielten davon alsbald Kenntnis, die nunmehr sofort die Eingehung der Bücher veranlaßten. Die Folge war eine Klage gegen den Vater des Knaben wegen Lehrerbeleidigung. Als besonders erschwerend erachtete es das Gericht, daß der Angeklagte die erwähnten Verse in ein Gesangbuch eingeschrieben hatte, das der Kräftigung und Erbauung dienen sollte. Der Angeklagte gab an, er habe die Verse nur eingeschrieben, um seinem Sohn kühnig vor Augen zu halten, daß er, der Angeklagte, den Inhalt der Bücher für unrichtig halte. Das Gericht ließ dagegen die Frage offen, ob Wode nicht durch das Einschreiben der Verse seinen Sohn gegen Schulguth und Schulunterricht, und namentlich gegen den Religionsunterricht, habe aufheben wollen; jedenfalls sei es ganz zweifellos, daß der Angeklagte als vernünftiger Mensch gewußt habe, daß die von ihm eingeschriebenen Verse eine Aufhebung gegen die Schulautorität bedeuteten. Der Angeklagte habe von Anfang an damit rechnen müssen, und auch damit gerechnet, daß die Erziehung, in welche sein Sohn durch die Verse verkehrt werden würde, nicht allein auf ihn beschränkt bliebe, sondern daß die Verse alsbald auch den übrigen Schülern und den Lehrern bekannt werden würden. Das Gericht habe deshalb die Frage offen gelassen, ob der Angeklagte der Lehrerbeleidigung aus § 185 schuldig sei, zumal ein rechtzeitig gestellter Strafantrag des Rektors nicht vorlag, hat ihn aber der Gotteslästerung aus § 166 für schuldig erachtet. Es sei allerdings nicht anzunehmen, daß der jugendliche Sohn des Angeklagten den gotteslästerlichen Charakter der Verse erkannt habe; wohl aber habe der Angeklagte diese Erkenntnis beabsichtigt, und deshalb seinen Sohn und dessen Mitschüler als Werkzeuge seiner Lästerung benutzte, bezw. zu benutzen versucht. Das Gericht erachtete es weiter für zweifellos, daß für die Gotteslästerung auch die Öffentlichkeit gegeben gewesen sei, weil vor Beginn des Unterrichts und während der Pausen auch andere Personen als Lehrer das Schulhaus betreten, und weil bei der großen Zahl der Schulkinder diese in keinerlei näheren Beziehungen zueinander standen. Der Angeklagte sei zwar, so führte das Gericht schließlich noch aus, noch nicht vorbestraft; die inkriminierten Verse enthielten aber eine so frivole Lästerung, daß das Gericht eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten für angezeigt erachtete, zumal unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Gotteslästerung vor unreifen Knaben erfolgte.

Sport und Luftfahrt.

* Die süddeutsche Zuverlässigkeitsfahrt. Darmstadt, 24. Juli. Die vom Hessischen Automobilklub veranstaltete süddeutsche Zuverlässigkeitsfahrt hat heute früh unter lebhafter Anteilnahme der hessischen Automobilisten ihren Anfang genommen. Der erste Wagen fuhr Punkt 8 Uhr vom Start ab. In Abständen von je zwei Minuten folgten die übrigen Wagen. Die Fahrt geht heute über Dieburg durch den Odenwald über den Sträßberg, Werfelden, Eberbach, Heilbronn, Stuttgart und Tübingen nach Ulm. Hier ist die erste Etappenstation. Am ersten Tage der Konkurrenz sind wenigstens 350 Kilometer zurückzulegen.

* Fußball. Am Sonntag, den 20. Juli, betritt nach langer sommerlicher Ruhepause die Distanzmannschaft des Sportvereins Wiesbaden zum erstenmal in dieser Saison den grünen Rasen, um ein Beispielspiel auszuspielen. Als Gegner steht ihr die gleiche Mannschaft des bekannten 1. Hannoverer Fußballklubs 1898 gegenüber. Der im Nordkreis wohlbekannte, ausgezeichnete Rechtsaußen v. Westphalen wird zum erstenmal für die Wiesbadener Farben antreten. Von vielen Freunden des Fußballsports wird es ferner freudig begrüßt werden, daß Robt. v. der früher in Wiesbaden so populäre Spieler, in dieser Saison wieder für den heimischen Verein spielen wird, sicher mit demselben Erfolg wie früher. Das Spiel beginnt auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße um 5 1/2 Uhr.

sr. Das Lawn-Tennisturnier in Karlsruhe erreichte mit dem Herren-Einzelspiel seinen Abschluß. Wie nicht anders zu erwarten war, hatte Logie im Kolal der Stadt Karlsruhe und im Herren-Doppelspiel um den Bäderpreis. Im Herren-Doppelspiel, das Bergmann-A. Kleinjohr gewonnen, konnte Logie mit seinem Partner Beer nur den dritten Platz befehen. Recht anerkennend besaßen die Kämpfe im gemischten Doppelspiel ohne Vorzüge. Hier gewannen Fr. Bamberg-Bergmann den ersten, Fr. Fürtz-Berling den zweiten und Frau Amende-A. Kleinjohr überaus verdientermaßen den dritten Preis. Im Damen-Doppelspiel zeigten sich Frau Amende-A. Bergmann und Fr. Bamberg-Frau Samel überlegen, während im gemischten Doppelspiel Fr. Fürtz-Logie über Frau Katha-Baron J. S. Wörzburger triumphierten.

sr. Die Davis-Pokalspiele nahmen in Amerika mit dem Ausdehnungsspiel Australien-Canada ihre Fortsetzung. Für Australien spielt das sehr starke Quartett Woodroffes, Wadding, Dunlop und für Canada Powell, Schwengers, Rabes und Thernell. Wie uns ein Kabeltelegramm aus Chicago meldet, möchte dem ersten Spiel zwischen dem Weltmeister Woodroffes und Schwengers am Donnerstag in Lake Forest bei Chicago eine große Zuschauermenge bei Schwengers

helferte dem Australier zwar ein vorzügliches Spiel, konnte jedoch nicht verhindern, daß Woodroffes verhältnismäßig leicht mit 6:2, 6:3, 6:2 gewann.

* Hundesport. Am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3 Uhr, veranstaltete die Abteilung „Hessen-Raffau, Hesen“ des großen Deutschen Doggen-Klubs, gegründet 1888, als Vorbereitung des Materials der Mitglieder für die im September hier stattfindende Ausstellung eine Doggen-Schau, verbunden mit einer Ausstellung von Gemälden, Plakaten, Statuetten usw. Die Schau findet in den Räumen der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8, statt. Auch Doggen von Nichtmitgliedern können vorgeführt werden. Die Tiere werden durch einen anerkannten Richter beurteilt und prämiert und nach Möglichkeit mit Ehrenpreisen bedacht. Die Prämierung wird in zwei Klassen, einer Altersklasse (über 18 Monate) und einer Jugendklasse (8 bis 18 Monate) vorgenommen.

Neues aus aller Welt.

Die Osterweddlager Schießfäule. Magdeburg, 24. Juli. Heute früh wurden sechs Verhaftungen wegen der bekannten aufregenden Vorfälle in Osterweddingen vorgenommen. Nach der vorgenommenen Untersuchung stellt sich die Tat des fluchtigen Tramer nicht als Mordtat, sondern als Landesfriedensbruch der Exedenten dar. Die Verhafteten sind der Arbeiter Erbe, der Schneider Löffler, der Schlosser Drehsen, der Leinwand Weber, der Schneidermann Koch und der Farmer Froh. Die verhafteten Exedenten wurden nach Magdeburg übergeführt. Wie verlautet, stehen in dieser Angelegenheit noch weitere Verhaftungen bevor.

Ein Eisenbahnunfall. Reg., 24. Juli. In Großmorbouwe fuhr heute nachmittags 12 30 Uhr eine Maschine dem Bergenszug 285 in die Kante. Es wurden schwer verletzt: Herr Eising, Frau Marx, Herr de Bouges; leicht: Frau Braunsberger aus Sandringen, Polizeimeister Weber, Sohn, Koch und Frau Müller aus Großmorbouwe. Die Schwerverletzten konnten sich nach Anlegen des Roten Kreuzes durch den Bahnarzt Dr. Freiburger in ihre Wohnung begeben.

Zwei Seeschiffe als verhasst erklärt. Turhaden, 25. Juli. Der Hochsee-Seegeschiffhändler „S. S. 232“, der am 19. Dezember vorigen Jahres von Turhaden zum Hong nach der Ostsee ausgesandt war und nirgends mehr gesehen wurde, ist als verhasst erklärt worden. Die Hamburger Post „Lohn“, die unter der Führung des Kapitäns Koch mit einer Ladung Holzhanden und Pflanzensamen am 20. Dezember vorigen Jahres eine Reise nach New-Orleans antrat, ist dort nicht angekommen. Man hat bisher von der Post keine Spur finden können. Mit dem Verlust dieser beiden Schiffe dürften wiederum deutsche Seeleute ihren Tod im Meere gefunden haben.

Unter Raubmordverdacht verhaftet. Oberhausen, 25. Juli. Hier wurde in einem Kasino ein von der Kriminalpolizei in Barmen (Schlesien) wegen Mordes gefuchter Mann namens Ferdinand Lisch verhaftet, der verdächtig ist, im März d. J. den Bergarbeiter Conrad ermordet, benannt und die Leiche verschluckt zu haben.

Verkehrsstörung durch einen Bergsturz. Turin, 24. Juli. Durch einen auf der Grenzstation Robene eingetretenen Bergsturz sind die Tunneln unzugänglich. Es ist mit einer Unterbrechung der Eisenbahnverbindung zwischen Frankreich und Italien zu rechnen. Die Störung dürfte einige Tage dauern.

Überschwemmungen in Österreich. Turin, 23. Juli. Im Kosiatal haben seit gestern heftige Unwetter und die heutigen zahlreichen Wolkenschübe, wie sie dort seit Menschenanfangen nicht vorgekommen sind, ungeheuren Schaden angerichtet. Der reichende Dorosuff ist nach seiner Höhe getreten. Valsurmande, wo sich das Jagdschloß Viktor Emanuel befindet und wofür der König von Italien sich bekanntlich zur Sommerzeit besetzt, steht vollständig unter Wasser. Die meisten Häuser des Ortes sind zerstört, zwei Brücken vollständig verschwunden und der größte Teil der armen Bevölkerung hat sich in die höher gelegenen Ortsteile gerettet. Die Ernte ist vollständig verloren. Regenwetter und Alpenjäger arbeiten Tag und Nacht an dem Rettungswerk. Der Regimentsarzt Amato hat sowie ein Fabrikunternehmer sind bei den Rettungsbemühungen von der Strömung fortgerissen worden und ertrunken. Die Eisenbahnverbindung sowie der Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen Turin, Kosta und Chivasso ist seit gestern unterbrochen. Die Provinzialstraßen sind kilometerweit unter Wasser. Der Schaden ist unermesslich. Auch Lugano und Immenegg ist, wie gemeldet, teilweise überschwemmt. Die Stadt ist seit gestern ohne Licht, weil das Elektrizitätswerk, welches Lugano bis nach Chiasso versorgt, unter Wasser steht.

Die Cholera in Rußland. Petersburg, 24. Juli. Es ist jetzt kein Zweifel mehr darn, daß die Cholera und die Pest eine große Ausbreitung finden werden. Im Gouvernement Bodoien verbreitet sich die Cholera mit Riesenschritten und ungefähr der vierte Teil der Erkrankten stirbt. Jetzt ist auch in Kowno die Seuche ausgebreitet, und gleichzeitig werden aus dem Gouvernement Charlons choleraartige Erkrankungen gemeldet. Am Südoften wurden in verschiedenen Orten pestbedingte Notizen in ungeheuren Mengen beobachtet. Die Seuchen werden zu Wasser und durch Eisenbahnen weiter im Reiche eingeschleppt und man befürchtet schon, daß auch Petersburg infiziert wird.

Reiseverkehr. Badeorte.

— Bad Gms, 23. Juli. Die Hochsaison hat bei dem prächtigen Wetter einen starken Zugang von Fremden gebracht; die Statistik verzeichnet bisher 13000 Gäste. Auch Herrgott Friedrich von Anhalt weist wieder hier zum gemauerten Jungbrunn. Naturgemäß gibt es jetzt viele Festlichkeiten, die wie z. B. das letzte abendliche Parquet — sehr große Festlichkeiten anstehen. So hatte auch das zum Festen des roten Kreuzes vom Vaterländischen Frauenverein veranstaltete Wohlthätigkeitsfest einen schönen Erfolg und brachte weit über 1000 R. Reinerlöse. Große Anerkennung finden die Neubauten im Kurzentrum, die sich dem prächtigen Kurhausneubau wirkungsvoll anschließen: der Kurpark mit den Gesellschaftssälen sowie insbesondere das neue Theater, das mit allen modernen Mitteln ausgestattet ist. Überhaupt ist jetzt hier den vornehmsten Ansprüchen der eleganten Welt Rechnung getragen.

— Baden-Baden, vom 23. Juli d. J. ab werden im Grotto Friedrichsbad und Katerin-Augusta-Bad neue Abonnementarten ausarbeiten, die maßvolle zur Benutzung verschiedener Bäderarten, großes Gesellschaftsbad, Gesellschaftsbad, Schwimmbad, Bannbad berechtigen und eine namhafte Preisermäßigung gewähren. Die Karte kostet 1050 R. und ist in 30 Abkannisse zu 35 R. eingeteilt, von denen je nach der Art des gewünschten Bades eine dem Preis entsprechende Anzahl an der Kasse entwertet wird. Wegen Einzelstehende Anzahl an der Kasse entwertet wird. Wegen Einzelstehende Anzahl an der Kasse entwertet wird. Wegen Einzelstehende Anzahl an der Kasse entwertet wird.

— Bad Wildungen. Die Besucherzahl unseres Bades betrug am 23. Juli 9400 Personen.
St. Mafien. Die Besucherzahl seit 1. Januar beträgt 8803, darunter Durchreisende 1036.

SINNLER

Lehrer Pflanzschulen

Generalvertretung und Lager: J. Bergmann Nachf., Sedanplatz 1. Telefon 410.

Amthliche Anzeigen

Am 10. August 1914, vormittags 10 Uhr, werden an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 61, zwei Aeder an der Schiersteiner Straße, groß 1 ar 45 qm und 15 ar 60 qm (Wert circa 1800 Mk. für den ar), Eigentümer Architekt Ludwig Meurer in Düsseldorf, zwangsweise versteigert.

Wiesbaden, 21. Juli 1914.
Königliches Amtsgericht,
Abt. 9. F313

Verdingung.

Die Arbeiten zur Herstellung von etwa 225 lb. Meter gemauerten einringigen Kanal des Profils 110/60 Zentimeter in der Frauensteiner Straße, vom Güterbahnhof bis zur Angelheimer Straße, sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung verdingt werden.

Angebotsformulare, Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können während der Vormittagsdienststunden im Rathause, Zimmer Nr. 57, eingesehen, die Verdingungsunterlagen ausschließlich Zeichnungen auch von dort gegen Vorkasse oder bestellgeldfreie Einzahlung von 50 Pf. (keine Briefmarken und nicht gegen Postnachnahme) bezogen werden.

Verflossene und mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote sind spätestens bis

Freitag, den 31. Juli 1914, vormittags 10 Uhr, im Rathause, Zimmer 57, einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformulare eingereichten Angebote werden bei der Zuschlagserteilung berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 21 Tage.
Wiesbaden, den 18. Juli 1914.
Städtisches Kanalbauamt.

Bekanntmachung.

Die Instandsetzungsarbeiten an der städtischen öffentlichen Leinwandbahn sind um weitere drei Tage aus, so daß dieselbe bis einschließl. Samstag, den 25. d. Mts., außer Betrieb gesetzt bleibt. Ab Montag, den 27. d. Mts., kann dieselbe voraussichtlich wieder benutzt werden.

Wiesbaden, den 21. Juli 1914.
Städtisches Klaffamt.

Bekanntmachung.

Die Schlichtung der städt. Friedhöfe wird auf folgende Zeiten festgesetzt:

Im Monat November, Dezember, Januar und Februar 5 Uhr abends.
Im Monat Oktober und März 6 Uhr abends.

Im Monat April und September 7 Uhr abends.

Im Monat Mai, Juni, Juli und August 8 Uhr abends.

Wiesbaden, den 25. April 1914.
Die Friedhofsdeputation.

Nichtamtliche Anzeigen

Markt billig

Sind Montag früh am Zwiebelstand billig zu haben.
Einmachgurken MEINHARD.

Nr. 50 „Jägerholz“

preiswerte 5-Pfg.-Zigarette.
Zigaretten 10 Stück 20 Pfg.
Tabak, Feinschnitt, 1/2 Pfd. 35 Pfg.
1. Wehrstraße 4, Zigarettenladen.
Asterbrannt, Bett, Ottomane, Waschton, Schauffel, Spiegel, Koffhaarmatratze, Tisch, Regulatortisch, Decktisch u. Kissen, Spinnstuhl, zu verkaufen in bloc. N. Tagbl.-Zweigst. 20

Achtung! — Für Wirte!

1/2 Stck. Schwein, garantiert haltbar, billig zu verkaufen. Näheres Eltville, Bahnhofsstraße 2.

Sichere Existenz für Damen.

Zur Verz. einer vornehmen Naturalienhandlung wird eine nicht zu junge vermögende Dame, besseren Standes, als Leibwartin gesucht. Nur reelle gef. Aufschreiben unter W. 679 an den Tagbl.-Bureau.

Suche zum 1. Okt.

für junge Dame (Dauermieterin) ein leeres oder einfach möbliertes Zimmer
in gutem Hause, am liebsten nahe Kochbrunnen. Schriftl. Off. mit Preis an Frau Gussy Aloff, Kapellenstr. 12.

Was jetzt im Schuhkonsum

19 Kirchgasse 19 geboten wird, muß gesehen werden.
Hochfeine braune Chevr.-Halbschuhe . . . 4.90
Feine Box-Herren-Stiefel jetzt für 7.90
Kinder-Stiefel, elegante Ausführung, für 2.90



Sandalen

Große Gelegenheitsposten für Herren, Damen und Kinder, den Größen entsprechend von 2.25 an
Damen-Größen für 3.30.

Es lohnt sich, unsere **Schuhkonsum**, G. m. b. H. Auslagen zu beachten.

Das Wiesbadener Tagblatt

ist in Dohheim

zum Preise von 80 Pfg. monatlich direkt zu beziehen durch:

- Jacob Kroth, Wilhelminenstraße 2,
- Philipp Seelbach, Wiesbadenerstraße 54,
- Anton Dohland, Wiesbadenerstraße 29,
- Georg Gauss, Neugasse 12,
- Heinrich Nees, Viebricherstraße 18,
- Wilhelm Schuler, Schiersteinerstraße 6,
- Abolf Wurster, Taunusstraße 6,
- Ernst Deschner, Dohheim-Wiesbaden, Dohheimerstr. 181.

Bestellungen nehmen die Obengenannten jederzeit entgegen.
Der Verlag.

Miet-Pianos

von 4.50 an. Schmitz, Jahnstr. 40.

Eleg. Dame

für Varietätstheater gesucht. Offerten unt. Varietät Mainz hauptpostlagernd.

Fürstliche Schreiner (Bankarbeiter) sofort gesucht. Karl Kirch, Dohheimer Straße 82.

Armes Kind verlor ar. Mutter. Geg. Belohn. abzug. Kirchstr. 23, 3.

Am Mittwoch, den 22. Juli, auf der Straße von Kessel bis Wiesbaden ein Paket mit verschiedenem Inhalt verloren. Der Finder wird gebeten, es an die auf dem Paket vermerkte Adresse oder an Förster Schneider II, Kessel, geg. Belohnung mitzutheilen.

Schwarze Kleider,
Schwarze Blusen,
Schwarze Röcke,
Trauer-Hüte,
Trauer-Schleier,
Trauer-Stoffe,
von einfachsten bis zum allerfeinsten Genre. KII

S. Blumenthal & Co.,
Kirchgasse 39/41.

Weißer Boyer,

hinten schwarzer Fied, entlaufen. Wiederbringer oder Nachweiser erhält Belohnung.
A. Meister, Wilhelmstraße 58.

Witwe

mit 1 Kinde wünscht die Bekanntschaft eines Herrn zur Heirat. Offert. u. B. 244 postlag. Viebrich am Rhein.
12. St. bevor Nach. unmg. Verläumt erw. D. Doh. G. D. D.

Habe mich als prakt. Arzt

hier niedergelassen.
Sprechstunden v. 8-10 vorm.
v. 3-4 nachm.

Dr. Erbach,
Lanzstr. 14. Tel. 2692.

Für ältere Damen ein Polster-Jug- u. Schürstiefel, sehr bequeme Formen, weiches Leder, so lange Vorrat, zu 5.50, 6.50, 7.50 u. 8.50 abzugeben Marktstraße 25, 1.

Piano, tadellos erhalten, billig zu verl. Sedanplatz 7, 1 r. B14301

Familien-Nachrichten

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen
zeigen hochzufrieden an
Regierungsbaumeister
Eugene u. Frau,
Laura, geb. Bärtle.
Ebenburg i. Grbh., 24. Juli 1914.
Ziegelhofstr. 23.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme bei dem Tode unserer geliebten Mutter,

Frau Dorothea Reitz, wwe.,
geb. Therkorn,

sprechen wir hiermit unsern herzlichsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wiesbaden, den 24. Juli 1914.
Rauenthaler Straße 11.

Statt jeder besonderen Anzeige.

In der Nacht vom 22. auf 23. Juli verschied in Hofheim im Taunus nach langem Leiden

Frau Anna Wutge,

geb. von Kriegstein,

im 83. Lebensjahre.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beisetzung fand im Südfriedhof in Wiesbaden am 25. Juli nachmittags statt.

Statt besonderer Anzeige.

Am 21. Juli wurde uns unser lieber Sohn,

Fritz Voiges,

durch plötzlichen Tod genommen.

Tieftrauernd:

Voiges, Geheimer Baurat, u. Frau,
Anna, geb. Schwartz.

Wiesbaden, im Juli 1914.

Einäscherung in Hamburg. — Blumen und Kondolenzbesuche dankend abgelehnt.

Statt jeder besonderen Nachricht!

Allen Verwandten und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, dass mein innigstgeliebter Gatte und treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel,

Herr Küchenmeister Ferdinand Wirth

im fast vollendeten 51. Lebensjahre infolge Herzlähmung am 24. Juli in Schlangenhöhle verstorben ist.

Um stille Teilnahme bittend

Die tieftrauernde Gattin:

Wilhelmine Wirth, geb. Brandt,

und Söhne Ferdinand, Eugen, Alexander und Emil Wirth,
sowie alle Verwandten.

Wiesbaden, den 24. Juli 1914.

Im Sinne des Verstorbenen findet die Einäscherung Montag vormittag im Mainzer Krematorium im engsten Familien- und Verwandtenkreise statt.
Kranzspenden und Kondolenzbesuche dankend verboten.